



Dr. Ine Gerstenschläger:

Psychologisch verständlich, physikalisch unsinnig

Die bei T-Mobile tätige Expertin erläuterte in einem Gespräch mit der GZ den derzeitigen Wissensstand zum Thema Mobilfunk und Gesundheit. **Seite 3**



Dr. Gabriele Stauner:

Städtepartnerschaften von großer Bedeutung

Bei einem Regionalforum bezeichnete die Europa-Abgeordnete die Förderung von Partnerschaften als eine typisch europäische Aufgabe. **Seite 15**



Harald Leitherer:

Reformorientierter Kurs für den Landkreis

Der Schweinfurter Landrat feierte am 18. April seinen 50. Geburtstag. Er kann auf eine äußerst erfolgreiche Amtszeit verweisen. **Seite 13**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 24. April 2003

54. Jahrgang / Nummer 9



KPV-Landesvorstandssitzung. Unser Bild zeigt (v.l.): die Bürgermeister Gerhard Weber und Maximilian Gaul, Staatssekretär Hermann Regensburger, sowie die Landräte Luitpold Braun und Hanns Dorfner.

KPV-Hauptausschuss in München:

Quo vadis Gewerbesteuer?

Bei seiner jüngsten Sitzung in München befasste sich der KPV-Hauptausschuss unter der Leitung von Landrat Luitpold Braun mit der Zukunft der Gewerbesteuer. Kommunalstaatssekretär Hermann Regensburger, berichtete über den Stand der Beratungen und wies darauf hin, dass sich die Staatsregierung im Rahmen einer Sitzung Ende April zur Zukunft der Gewerbesteuer positionieren will.

Regensburger ist Mitglied der Arbeitsgruppe Kommunalsteu-

ern der Kommission zur Gemeindefinanzreform. Zunächst sprach er die Zahlungsunfähigkeit vieler Gemeinden an. Trotz einer Koalitionsvereinbarung aus dem Jahre 1998, der zufolge die kommunalen Finanzen durch eine entsprechende Reform we-

Diskussion gestellten Modelle der Kommunalen Spitzenverbände bzw. des BDI/VCI im konkreten Fall auswirken würden. Für die Entscheidungsfindung ist dies laut Regensburger ein „fürchterliches Dilemma“. Dennoch zeichne sich in der Union ein „gewisser Trend“ zum Zuschlagsmodell des BDI ab. Wie dies jedoch konkret ausgestaltet werden soll, sei nach wie vor nicht sicher.

Verschiedene Modelle

Im Anschluss an Regensburger (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Landkreistag in Bad Füssing:

Weniger Staat - Mehr Verantwortung

Der Bayerische Landkreistag 2003 findet am 12. und 13. Mai in Bad Füssing im Landkreis Passau statt. Am ersten Tag hält Verbandspräsident Landrat Theo Zellner eine Grundsatzrede. Für das Hauptreferat wird Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erwartet.

Die Arbeitstagung am zweiten Tag steht unter dem Motto „Weniger Staat - Mehr Verantwortung“. Zu diesem Thema diskutieren der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, MdL Alois Glück, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, MdL Franz Maget, der Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, MdL Heinrich Traublinger, und der Vorsitzende der Deregulierungskommission, Prof. Dr. Herbert Henzler.

sentlich gestärkt werden sollten, seien noch keine großen Fortschritte erzielt worden - und dies, obwohl die Kommunalfinanzreform bereits am 1. April 2004 in Kraft treten soll. In den sechs bislang durchgeführten Arbeitsgruppen-Sitzungen, die sich mit der Kommunalsteuer beschäftigen, sei es bislang nur um Verfahren gegangen, erläuterte Regensburger. Allmählich erst würden die Vorschläge konkreter.

Aufkommensneutralität und Abbau von Standards

Grundsätzlich, so Regensburger, handle es sich bei der Kommunalfinanzreform um eine komplexe Materie. Die Reform müsse aufkommensneutral sein, die Frage sei, wie sie zu gestalten werden können - in jedem Fall eine schwierige Gratwanderung. Bislang gebe es keine Berechnung, wie sich die beiden zur



Immer wieder fasziniert die Radikalität, mit der in den USA Problemen zu Leibe gerückt wird - zum Beispiel Helena. In diesem amerikanischen Städtchen ist die Zahl der Herzinfarkte um 60 Prozent zurückgegangen, nachdem man überall das Rauchen verboten hatte. **Seite 15**

GZ-7 tt „Die virtuelle Behörde“: Brennpunkt der kommunalen EDV-Welt

Am 2. Juli 2003 ist es wieder soweit: Alles, was in der EDV-Szene der bayerischen Kommunen Rang und Namen hat, trifft sich bei der 7. GZ-Zukunftswerkstatt „Die virtuelle Behörde“ im Garching Bürgerhaus. Es gibt wieder viel Neues zu sehen und zu hören. Für die fachliche Betreuung zeichnet erneut Prof. Klaus Jamin verantwortlich.

Das sind die geplanten Themen:

- Behördenanwendungen**
Kameralistik versus kaufmännische Buchhaltung, Digitale Signatur, Bürgerinformationssysteme, Kommunen stellen ihren Internet-Auftritt vor, Elektronische Beschaffung, Haushaltsinterne Prozesse, Einsparpotenziale, eProcurement
 - Internet/Intranet**
Bürger und Amt im Internet, Dokumente und Formulare, Lebenslagen-Konzept, Behörden-Intranet, Marktplatz Bayern, Portale und ihr Nutzen, Pflege und Laufbarkeit des Auftritts, Sicherheit
 - Netzwerke**
Drahtlose Anbindung, Bluetooth-Technologie, schnelle, neue Technologien, Internet aus der Steckdose, verteilte Datenhaltung im Netz
 - Geo-Informationssysteme**
Baugenehmigungsverfahren, digitale Flurkarte, Katasteramt, Geoportale, Gewerbeflächenmanagement.
Anfang Juni versenden wir unsere Einladungen an alle bayerischen Kommunen und veröffentlichen das Programm unter www.gemeindezeitung.de in Internet. Die Teilnahme bleibt für Besucher kostenlos.
- Wir freuen uns auf Ihr Kommen!**

Aktion „Rettet die Kommunen“:

Rathauschefs gehen auf die Straße

Bayerns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind sich einig. Die kommunale Finanznot führt dazu, dass die kommunalen Dienstleistungen drastisch reduzieren müssen und der Wirtschaft kaum noch öffentliche Aufträge erteilt können. Die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung seien gefordert, Abhilfe zu schaffen. Alle Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags unterstützen die Resolutionen ihres Verbandes.

Mit der Veranstaltung in Mindelheim haben inzwischen über tausend Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die kommunale Finanznot diskutiert. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, zeigte die Dramatik der kommunalen Finanzlage auf. Aufgrund der steigenden Arbeitslosenzahlen und der Auswirkungen des Steuererhöhungsgesetzes werden die Kommunen weniger Mittel aus der Einkommensteuer erhalten. Die schlechte Konjunktur wird sich zudem negativ auf Gewerbesteuereinnahmen auswirken.

Großveranstaltung

„Zudem dümpelt die Gemeindefinanzreform vor sich hin. So kann es nicht weitergehen. Es ist bereits fünf nach zwölf“, rief Dr. Uwe Brandl seinen Kolleginnen und Kollegen auf den Versammlungen in ganz Bayern zu. Am 21. Mai wollen die Vertreter der Kommunen in Berching an der Großveranstaltung des Bayeri-

schen Gemeindetags teilnehmen und dabei zwei Protestresolutionen zu verabschieden. Auf den Bürgermeisterversammlungen in den bayerischen Regierungsbezirken machten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihrem Unmut deutlich Luft. Die versammelten Rathauschefs beklagten insbesondere, dass die von der Bundesregierung angekündigte Gemeindefinanzreform nicht vorankommt und die zu ihrer Ausarbeitung und Umsetzung einberufene Kommission bislang keine brauchbaren Ergebnisse vorzuweisen hat. Die vom Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung im März angekündigten Finanzhilfen wurden allgemein als unzureichend kritisiert. Auch der Freistaat wurde in die Pflicht genommen: Die Schlüsselzuweisungsmasse müsse spürbar erhöht werden und die Bedarfszuweisungsmasse für Gemeinden, die kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehen, müsse erheblich aufgestockt werden.

Grundsicherung belastet Kommunen

Über 100 Millionen Euro Zusatzkosten pro Jahr erwartet
Bund muss höhere Erstattung leisten

Für den Vollzug des am 1. Januar 2003 in Kraft getretenen Grundsicherungsgesetzes werden die Städte und die Landkreise ca. 145 Millionen Euro brutto in diesem Jahr auszahlen müssen. Dies ergaben Umfragen des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Landkreistags.

Danach wechseln in den 25 kreisfreien Städten rund 20.000 Leistungsempfänger zur Grundsicherung. Dazu kommen über 9.000 Grundsicherungsempfänger, die bisher keine Sozialhilfe in Anspruch genommen haben. Für diese etwa 28.500 Grundsicherungsempfänger werden die kreisfreien Städte voraussichtlich 65 Millionen Euro Bruttoausgaben aufbringen müssen. Die Landkreise rechnen mit

30.700 Antragstellern, für die Bruttoausgaben von über 80 Millionen Euro anfallen werden.

Verfassungsbeschwerde

Diesen Ausgaben in Höhe von 145 Millionen Euro jährlich stehen aber nur 34,9 Millionen Euro gegenüber, die der Bund dem Freistaat Bayern für die Grundsicherung zuweist. Wegen dieses hohen kommunalen Defizits wird

von einigen Kommunen bereits erwogen, Klage beim Bundesverfassungsgericht zu erheben.

Nach einem vom Deutschen Landkreistag in Auftrag gegebenen Gutachten ist die Aufgabenübertragung durch den Bund auf die Städte und Landkreise ohne ausreichende Finanzzuweisung verfassungswidrig. Für eine kommunale Verfassungsbeschwerde sollten jedoch zumindest die Ausgaben eines Quartals abgewartet werden, um dann begründet darlegen zu können, dass der Bund die Kommunen mit dem Vollzug (Fortsetzung auf Seite 2)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kommunale Handlungsfähigkeit durch stabile Kommunalfinanzen	2
Post dünnt ihr Agenturnetz aus	2
Städtetag warnt vor Verkauf von Stadtwerken	3
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Vorschläge zur Deregulierung umsetzen!	3
Aktuelle Rechtsfragen	4
GZ-Fachthemen: Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	5 - 7
Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung	8 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Beschluss des CSU-Partei Vorstandes:

Kommunale Handlungsfähigkeit durch stabile Kommunalfinanzen

Die Kommunen in Deutschland zahlen heute die Zeche für die rot-grüne Politik. Viele Städte und Gemeinden stehen an der Grenze zur Handlungsunfähigkeit. Die Lastenverteilungspolitik der Bundesregierung belastet die Kommunen über Gebühr. 2003 werden die kommunalen Investitionen um weitere 11 % einbrechen. Das bedeutet 11 % weniger Aufträge im Mittelstand und drastische Einschränkungen in den Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Zwar stehen bayerische Kommunen nach wie vor besser da als die Kommunen in anderen Ländern mit geringerer Verschuldung, niedrigeren Zinsausgaben und höherer Investitionsquote; dennoch brauchen auch sie eine spürbare finanzielle Entlastung. Benötigt werden einschneidende Reformen, die die Kommunen wieder in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen und als Investitionsmotor zu einer Belebung der Konjunktur in Deutschland beizutragen. Ein Kreditprogramm für Investitionen, wie von der Bundesregierung geplant, ist ungeeignet, die kommunale Finanzsituation zu verbessern.

Dabei setzt die CSU an vier Punkten an:

1. Sofortentlastung der Kommunen (sofortige Senkung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der Steuerreform, Entlastung der Kommunen bei der Flutopferhilfe),
2. Schutz der Kommunen vor Aufgabenüberlastung (Konnektivität, Konsultation auf Landesebene, Konnexität im Verhältnis zum Bund, Stärkung der kommunalen Eigenverantwortlichkeit durch Abbau von fachlichen Standards, Änderung des Kinder- und Jugendhilferechts, Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe),
3. Reform des Finanzausgleichs (im Rahmen der Nachtragshaushaltsverhandlungen 2004 wird Bayern einen Schwerpunkt beim Sozialhilfeausgleich für die Bezirke setzen),
4. Eine umfassende Gemeindefinanzreform auf Bundesebene muss rasch auf den Tisch.

Senkung der Gewerbesteuerumlage

Durch eine sofortige Senkung der Gewerbesteuerumlage auf

das Niveau vor der Steuerreform würden den Kommunen über zwei Mrd. Euro pro Jahr zufließen, die diese etwa in Infrastrukturmaßnahmen investieren könnten. Zudem ist die sachliche Rechtfertigung für die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage im Zuge der Steuerreform entfallen. Die SPD verhält sich widersprüchlich und damit unglaublich: Im Bundestag hat sie im Februar 2003 eine Bayerische Bundesratsinitiative zur Senkung der Gewerbesteuerumlage, die mit der Unionsmehrheit im Bundesrat beschlossen wurde, mit rot-grüner Mehrheit scheitern lassen. In Bayern wiederum fordert sie, dass das Land den Kommunen im Alleingang diejenigen Mittel, die sie ihnen durch die Ablehnung der Senkung der Gewerbesteuerumlage vor-enthält, auf anderen Wegen zukommen lässt.

CSU-Fraktion dementiert Erhöhung der Gastschulbeiträge

Gemeindetag begrüßt die Entscheidung, Gastschulbeiträge nicht zu erhöhen

„Über die klare Aussage der CSU-Landtagsfraktion, dass keine Erhöhung der Gastschulbeiträge geplant ist, bin ich sehr erfreut. Damit ist die Forderung insbesondere zu Gunsten der kommunalen Schulen im großstädtischen Bereich zurückgewiesen und die Probeberechnungen des Kultusministeriums zur Erhöhung der Gastschulbeiträge, können in den Reißwolf“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, auf der Präsidiumssitzung des Verbands in München.

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat in einer „Tischvorlage“ vom Dezember des vergangenen Jahres eine Änderung des Gastschulbeitragsrechts zu Lasten der Gemeinden in Landkreisen im Umkreis der kreisfreien Städte durchgespielt. Durch Einbeziehung der kalkulatorischen Kosten der Schulgebäude sowie einer Erhöhung der Personalkostenpauschale würden

Solide Grundlage

Die CSU setzt sich für eine Gemeindefinanzreform, die die Finanzkraft der Kommunen auf eine solide Grundlage stellt, ein. Eckpunkte einer wirksamen Gemeindefinanzreform müssen sein:

- ≪ Verstärkung der gemeindlichen Steuereinnahmen,
 - ≪ Stabilisierung der Steuerbasis,
 - ≪ Gewährleistung einer gerechten Lastenverteilung, die sich an der Leistungsfähigkeit der Unternehmen orientiert, d.h. grundsätzlich soll nur der Ertrag eines Unternehmens besteuert werden,
 - ≪ Erhaltung der kommunalen Finanzautonomie als Teil des kommunalen Selbstverwaltungsrechts und
 - ≪ möglichst rasche Umsetzung.
- Die CSU wird im Sommer dazu eigene Vorschläge vorlegen. Da die Finanzsituation der Kommunen rasch verbessert werden muss und sich bislang eine Lösung mit Wirkung ab 01.01.2004 nicht abzeichnet, muss eine Zwischenlösung für 2004 erarbeitet werden, um eine weitere Erosion der Kommunalfinanzen zu verhindern. DK

CSU-Fraktion dementiert Erhöhung der Gastschulbeiträge

Gemeindetag begrüßt die Entscheidung, Gastschulbeiträge nicht zu erhöhen

Die Gastschulbeiträge derart stark steigen, dass die Landkreise im Umland größerer Städte nicht umhin kommen würden, die jeweiligen Kreisumlagen um bis zu ein oder gar zwei Prozentpunkten anzuheben. Dies könne den kreisangehörigen Gemeinden angesichts deren desolaten Finanzlage nicht zugemutet werden.

Auf Zusage verlassen

Das Präsidium des Bayerischen Gemeindetags hat sich daher vehement gegen die Überlegungen des Kultusministeriums ausgesprochen. Der Freistaat wurde vielmehr aufgefordert, den Anträgen der Großstädte auf Verstaatlichung der kommunalen Schulen bzw. hilfsweise zur Anhebung der Personalkostenzuschüsse von derzeit 60 auf 90 Prozent stattzugeben. Damit würde sich eine Anhebung der Personalkostenzuschüsse im Gastschulbeitragsrecht erübrigen. Bayern dürfe sich seiner finanziellen Aufgabe nicht dadurch entziehen, indem es versuche, diese den Kommunen im Rahmen eines interkommunalen Verteilungswettkampfs zuzuschieben.

Der Präsident wies darauf hin, dass Ministerin Monika Hohlmeier ihm gegenüber geäußert habe, dass eine Änderung des Gastschulbeitragsrechts nur im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolgen würde. Er begrüßte darüber hinaus die Aussage der CSU-Landtagsfraktion in einer Pressemitteilung wonach weder die CSU-Fraktion noch die Staatsregierung eine Erhöhung der Gastschulbeiträge plane. „Wir verlassen uns auf die Zusage“, betonte Dr. Brandl.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl:

Ernst machen mit Deregulierung und Entbürokratisierung

Gemeindetag übergibt Vorschläge zur Bürokratieabbau

24 Seiten umfasst der Katalog kommunaler Vorschläge, wie bürokratische Regulierung und Reglementierung zurückgedrängt und die Eigenverantwortung und Kreativität der Kommunen behindernde Standards abgebaut werden können. Der Bayerische Gemeindetag hat inzwischen der Bayerischen Staatsregierung und den Fraktionen im Bayerischen Landtag den umfangreichen Vorschlägekatalog übersandt und erwartet zügige Umsetzung.

„Die bayerischen Gemeinden haben eine Fülle von praxismotivierten Vorschlägen gemacht. Ich erwarte nun ein mutiges Handeln des Landtags und der Bayerischen Staatsregierung an der Deregulierungsfront“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags.

Beispiele:

- ≪ Die bayerischen Gemeinden müssen für eine Vielzahl staatlicher Stellen umfangreiche Statistiken und Berichte abliefern. So werden beispielsweise eine Haushaltsansatzstatistik, eine Bautätigkeitsstatistik, eine Jugendhilfestatistik, eine Kindergärtenstatistik und eine Viehzählung gefordert. Der Sinn vieler derartigen Statistiken muss hinterfragt werden.
- ≪ In vielen Förderbereichen (z.B. Städte-

bauförderung, Förderung nach Finanzausgleichsgesetz, Zuschüsse zur Beschaffung von Feuerwehrausrüstung) ist das Antrags- und Abwicklungsverfahren schwerfällig und komplex. Die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns und die Zuweisung pauschalierter Beträge könnten den Antragsstau abbauen und das Förderverfahren verschlanken.

≪ Ausschreibungen bei Beschaffungen oder zur Bestellung von Leistungen sind an komplizierte Verdingungs- und Honorarordnungen geknüpft. Diese lösen einen immensen Verwaltungsaufwand aus und verteuern Beschaffungen und Baumaßnahmen. Eine Liberalisierung bei der Anwendung dieser Vorschriften ist dringend erforderlich.

Allerdings sind die Vereinfachung und Streichung bestehender Vorschriften nur ein Gesichtspunkt der Entbürokratisierung. Genauso wichtig ist es, die Entstehung unnötiger neuer Standards so weit wie möglich zu verhindern. Daher dürfen neue Vorschriften in Bayern nur noch dann erlassen werden, wenn sie zwingend erforderlich sind. Das Setzen von neuen Standards muss dadurch erschwert werden, dass diejenigen, die die Standards setzen, gezwungen werden, viel intensiver als bisher über Notwendigkeit und Konsequenzen nachzudenken. ≪

Post dünnt ihr Agenturnetz aus

Städtetag kritisiert neue „Vertragsstrategie“ der Post AG Rechtliche und politische Einflussmöglichkeiten sind gering

Der Bayerische Städtetag hat Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, den Vorstandschef der Deutschen Post AG, Dr. Klaus Zumwinkel und den Präsidenten der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, Matthias Kurth, aufgefordert, den in Bayern zu beobachtenden Abbau der Postagenturen aufzuhalten. Der Verband weist darauf hin, dass die Post nach dem Grundgesetz verpflichtet ist, ausreichende Postdienstleistungen anzubieten.

Die Deutsche Post AG drängt derzeit bundesweit die privaten Betreiber der Postagenturen neue Verträge abzuschließen. Betroffen von der Maßnahme sind 1.300 Agenturen. Mit den neuen Verträgen drohen dem Vernehmen nach den Agenturbetreibern Provisionsverluste von 20 bis 40 Prozent. Weigern sich die Betreiber, neue Verträge abzuschließen, müssen sie mit der Kündigung rechnen. In vielen Fällen sehen sich die privaten Anbieter gezwungen, den Agenturbetrieb aufzugeben. Neuesten Angaben zufolge dürften bundesweit rund ein Viertel der Agenturen schließen.

Nach der Post-Universaldienstleistungsverordnung muss die Deutsche Post AG mindestens 12.000 stationäre Posteinrichtungen vorhalten. Davon muss sie mindestens 5.000 mit eigenem Personal betreiben.

In jeder Gemeinde mit mehr

als 2.000 Einwohnern muss eine Poststelle vorhanden sein. In Gemeinden mit mehr als 4.000 Einwohnern muss eine Poststelle in der Regel im Umkreis von 2.000 Metern anzutreffen sein. Dieser Mindeststandard ist gefährdet, wenn sich Agenturbetreiber in großer Zahl weigern, die neuen Verträge zu akzeptieren und keine neuen Partner zur Verfügung stehen.

Bund machtlos

Die Post AG rechtfertigt ihr Verhalten mit Portosenkungsbeschlüssen der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post. Der Bundeswirtschaftsminister unterstellt ganz einfach, dass sich die Deutsche Post AG weiter an die bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen zur Bereitstellung eines ausreichenden Filialnetzes hält. Er verweist auf die „unternehmerische Dispositionsfreiheit“ der Vertragspartner. Der Bund könne weder postrechtlich noch über seine Stellung als Postaktionär auf die Vertragsgestaltung Einfluss nehmen. Auch die Regulierungsbehörde sieht keine Möglichkeit auf die Post einzuwirken.

Negatives Paradebeispiel

Die Diskussion um die Zukunft der Postagenturen ist ein Paradebeispiel für die negativen Folgen der Privatisierung, so der Bayerische Städtetag in seinem Informationsbrief. Die Post AG ziehe sich als privates Unternehmen auf betriebswirtschaftliche Kostenzwänge zurück. Der Bundeswirtschaftsminister dokumentiere mit seinem Hinweis auf die „Dispositionsfreiheit“ der Vertragspartner und die fehlenden Einflussmöglichkeiten aufgrund von Postrecht oder Aktienrecht die Machtlosigkeit der Politik gegenüber Unternehmen, die Grundversorgungsaufgaben zu erfüllen haben.

Auch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation sei hilflos, weil sie weder nach Postregulierungsrecht noch nach Kartellrecht in die Vertragsgestaltung zwischen Post AG und Agenturen eingreifen könne. Die Folgen seien klar, sagt man in der Münchner Prannerstraße: Das Postunternehmen werde schlanker und rationaler, die Politik zeige sich als „zahnloser Tiger“ und die Bürger zahlten mit einer schlechteren Postversorgung die Zeche. „Diese Bilanz sollte den rigorosen Privatisierungsbefürwortern zu denken geben.“ Bestätigt fühlen sich die Städte, die dafür plädieren, die grundlegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge weiterhin in öffentlicher Verantwortung zu betreiben. ≪

Bayerns Museen bundesweit an der Spitze

Die bayerischen Museen liegen im Bundesvergleich mit Abstand an der Spitze bei den Besucherzahlen. Dies geht aus einer statistischen Erhebung für das Jahr 2001 hervor. Wissenschaftsminister Hans Zehetmair betonte in München, dass dies ein Beleg für die hohe Attraktivität der bayerischen Museumslandschaft ist, zumal Bayern bei der Gesamtzahl der Museen hinter Baden-Württemberg den zweiten Platz einnimmt. Zehetmair: „Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die bayerischen Museen einem breiten Publikum Themen und Gegenstände der Vergangenheit und Gegenwart zeitgemäß und besucherfreundlich zugänglich machen.“

Der Freistaat Bayern hat mit 19.211.910 Besuchern seinen deutlichen Vorsprung vor dem Nachbarland Baden-Württemberg (14.331.428 Besucher) im Vergleich zum Vorjahr (Bayern: 18.968.789 Besucher, Baden-Württemberg: 13.823.979) weiter behaupten können. Da die statistische Erhebung mit ca. 860 Institutionen nicht alle bayerischen Museen erfasst, kann man bei rund 1.100 Museen in Bayern sogar von insgesamt weit über 20 Millionen Besuchern ausgehen. ≪

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Erwin Braun
96103 Hallstadt
am 7.5.

Oberbürgermeister
Hans Schröpf
92637 Weiden
am 15.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Heidrun Schmitt
63808 Haibach
am 9.5.

Bürgermeister
Karl Spangler
93164 Brunn
am 12.5.

Bürgermeister
Siegfried Luge
82279 Eching a. Ammersee
am 12.5.

Bürgermeister
Georg Otter
83536 Gars am Inn
am 13.5.

Landrat Armin Nentwig
92224 Amberg
am 15.5.

Bürgermeister
Franz Ketzner
84549 Engelsberg
am 17.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Manfred Diem
87776 Sontheim
am 4.5.

Landrat Walter Schneider
91405 Neustadt a. d. Aisch
am 7.5.

Bürgermeister Reinhard Weiß
95158 Kirchenlamitz
am 8.5.

Bürgermeister Richard Gebhard
92720 Schwarzenbach
am 13.5.

Landrat Hermann Steinmaßl
83278 Traunstein
am 15.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Haslinger
84367 Reut
am 4.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Bley
93149 Nittenau
am 7.5.

Bürgermeister Wolfgang Seitz
63930 Neunkirchen
am 17.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Hofstetter
83093 Bad Endorf
am 12.5.

GZ-Interview mit Dr. Ine Gerstenschläger:

„Psychologisch verständlich - physikalisch unsinnig“

Die Auswirkungen elektromagnetischer Felder bei Mobilfunkanlagen werden häufig unsachlich diskutiert

Dr. Ine Gerstenschläger arbeitet bei Deutschlands größtem Mobilfunkanbieter T-Mobile als Expertin für die Auswirkungen elektromagnetischer Felder. In unserem Interview erläutert Dr. Gerstenschläger den derzeitigen Wissensstand zum Thema Mobilfunk und Gesundheit und gibt einen Ausblick, welche Studien gegenwärtig in den Laboren rund um die Welt in Arbeit sind.

GZ: Frau Dr. Gerstenschläger, worin besteht Ihre Aufgabe bei T-Mobile?

Gerstenschläger: Wir beobachten sehr sorgfältig die weltweiten Forschungsaktivitäten zu

sorgewerte. Die übrigen Gutachter und Experten teilen diese Schlussfolgerung jedoch nicht. Die Ergebnisse sind im Internet auf der Homepage des Forschungszentrums Jülich nachzulesen: www.emf-risiko.de

Kommunikationsprobleme

GZ: Glaubt man den Mobilfunkbetreibern, ist die wissenschaftliche Sachlage klar: Mobilfunk ist ungefährlich. Warum lässt sich das so schwer vermitteln?

Gerstenschläger: Ein grundlegendes Problem ist die Tatsache, dass die Wissenschaft sich in einer Fachsprache ausdrückt, die für die Bevölkerung nicht leicht zu verstehen ist. Denn



Dr. Ine Gerstenschläger.

biologischen Wirkungen elektromagnetischer Felder und werten die Forschungsergebnisse fortlaufend aus. Darüber hinaus unterstützen wir auch aktiv Forschungsprogramme, beispielsweise über unser Engagement in der Forschungsgemeinschaft Funk. Aktuell haben die Mobilfunkanbieter in Deutschland weitere 8,5 Millionen Euro für Forschungsprojekte zur Verfügung gestellt. Die Koordination und Vergabe dieser Projekte erfolgt durch das Bundesamt für Strahlenschutz unter Einbeziehung der Deutschen Strahlenschutzkommission.

Beobachter und Förderer

GZ: Führt T-Mobile auch selbst Forschungsprojekte durch?

Gerstenschläger: Unsere Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, dass direkt von der Industrie beauftragte Forschungsprojekte in der Öffentlichkeit kritisch wahrgenommen werden. Wir sehen unsere Rolle daher eher als Beobachter und Förderer und bieten insbesondere auch Unterstützung bei der Lösung technischer Fragestellungen an.

GZ: Aber Sie haben selbst Studien in Auftrag gegeben. Stichwort: Ecolog-Studie.

Gerstenschläger: Das ist richtig. Dabei handelte es sich aber nicht um eine experimentelle Studie, sondern um eine Auswertung der vorhandenen Literatur. Es wurden Gutachten mit der gleichen Fragestellung bei vier unterschiedlich positionierten Institutionen in Auftrag gegeben. Ziel war es, zu hinterfragen, warum zum Beispiel das ECOLOG-Institut zu einer anderen Bewertung kommt, als die Deutsche Strahlenschutzkommission. Die Gutachten wurden anschließend in einem Diskussionsprozess unter Hinzuziehung weiterer Experten aufgearbeitet. Nur ECOLOG sah aufgrund der eigenen Literaturrecherche ein mögliches gesundheitliches Risiko und forderte schärfere Vor-

kerung bei.

GZ: Da Sie den erlaubten Grenzwert ja ohnehin nicht ausschöpfen, könnten Sie doch theoretisch kleine Ortschaften vom Ortsrand aus versorgen. Sie müssten eben nur den erlaubten Grenzwert voll ausschöpfen, oder?

Gerstenschläger: Die Forderung, die Sender an den Rand der Ortschaften zu stellen, ist aus psychologischer Sicht verständlich, physikalisch aber unsinnig. Eine Reduzierung der Belastung, wird damit nicht erreicht. Im Gegenteil, die Leistung der Sender müsste verstärkt werden und für die Nutzer von Mobiltelefonen würde sich die Belastung erhöhen. Das Handy müsste dann permanent mit maximaler Sendeleistung arbeiten, um den Sender noch zu erreichen.

Was bringt UMTS?

GZ: Für die neue UMTS-Technik müssen die vier Lizenznehmer jeweils ein eigenes Mobilfunknetz aufbauen. Bedeutet das, dass die Belastung durch elektromagnetische Felder um das Vierfache ansteigt?

Gerstenschläger: Nein, das ist nicht richtig. Messungen der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post haben gezeigt, dass auch in der unmittelbaren Nähe zu GSM-Sendeanlagen typischerweise elektromagnetische Immissionen erreicht

dy-Generation mit höherer Wattzahl arbeiten muss und damit die Abstrahlstärke direkt am Kopf zunimmt?

Gerstenschläger: Nein, im Gegenteil. UMTS-Handys arbeiten mit einer Leistung von maximal einem Viertel Watt, was der mittleren Sendeleistung auch heutiger GSM-Handys entspricht. Auch die Sendeleistungen der UMTS-Sendeanlagen sind mit denen der heutigen GSM-Netze vergleichbar.

Weitere Strahlungsquellen

GZ: Der Mobilfunk ist nicht die einzige Quelle für elektromagnetische Felder in unserer Umwelt. Welche gibt es noch und lässt sich eine Verursacher-Rangliste erstellen?

Gerstenschläger: Neben den natürlichen Strahlungsquellen unserer Umwelt wie Weltraum-/Höhenstrahlung, Gewitter und statischen Aufladungen findet man in der häuslichen Umgebung eine Reihe von künstlichen Feldquellen, wie zum Beispiel elektrische Haushaltsgeräte, schnurlose Telefone und Fernsehgeräte. Als externe Feldquellen kommen noch hinzu Hochspannungsleitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen sowie Funkanlagen von Polizei, Feuerwehr und Sicherheitsdiensten. Die meisten dieser technischen Anwendungen sind für uns heute unverzichtbar. Entscheidend für den sicheren Umgang mit ihnen ist, dass bereits bei der Konstruktion und dem Aufbau einige Grundregeln, die in Gesetzen und Normen festgelegt sind, eingehalten werden. Die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen bei Funksendeanlagen wird durch das Genehmigungsverfahren der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post gewährleistet.

„Duisburger Modell“

GZ: Die Stadt München lässt derzeit das „Duisburger Modell“ prüfen. In Duisburg werden Mobilfunkantennen ganz bewusst auf den Dächern von Schulen und Kindergärten errichtet, weil man sagt, dass unterhalb der Antenne die Belastung durch elektromagnetische Felder besonders niedrig ist. Liegen Ihnen hier schon Erkenntnisse vor?

Gerstenschläger: Es ist richtig, dass es aus physikalischer Sicht sinnvoll sein kann, eine Sendeanlage direkt auf einen sogenannten „sensiblen Standort“ zu errichten, um eine Immissionsminimierung zu erreichen. Aufgrund der besonderen Besorgnisse in der Bevölkerung an solchen Standorten haben die Mobilfunkbetreiber aber in der Selbstverpflichtung gegen-

GZ Kolumne Luitpold Braun

Diebe des



Deutschland marschiert bekenntlich wirtschaftlich ganz am Ende der europäischen Marschkolonnen. Seit Jahren stellen wir fest, dass das fehlende Wirtschaftswachstum zu einem massiven Rückgang der Steuereinnahmen und natürlich auch der Einnahmen der Sozialkassen führt. Der Streit darüber, wie diese unselige Situation beendet werden kann, ist umfangreich und geht tief.

Bayern hat hier wohl einen der ganz entscheidenden Wege zur Verbesserung der Lage

Vorschläge zur Deregulierung umsetzen!

den Versuch der Deregulierung nämlich. Es kann überhaupt keinen Zweifel daran geben, dass die Überregulierung vieler Lebensbereiche in Deutschland zu einer Lähmung der Entwicklungsmöglichkeit der Menschen führt. Dies gilt ganz allgemein und nicht nur für die wirtschaftlich Handelnde.

Bei diesem Personenkreis ist es allerdings besonders tragisch. Die Einengung durch Gesetze und Verordnungen im Verwaltungssektor, durch viel zu umfangreiche Tarifverträge, durch ein Steuerrecht, das kaum mehr jemand versteht. All dies trägt zur Verdrossenheit bei.

Wie soll jemand noch bereit sein, ein Unternehmen zu gründen oder dieses auszuweiten, wenn er verzweifelt

vor einem Wust von Regelungen steht? Ich glaube, das deshalb die von unserem Ministerpräsidenten initiierte Einrichtung der Deregulierungskommission unter Leitung von Prof. Dr. Herbert Henzler das

einzig Richtige ist. Zwischenzeitlich sind ja dort bereits eine Vielzahl von Vorschlägen eingegangen. Wie Staatsminister Huber im Hauptausschuss der KPV mitteilte, seien innerhalb von zwei Wochen 2.000 Unternehmen mit Vorschlägen vorgestellt worden.

Es bleibt nur zu hoffen, dass von diesen Vorschlägen viele umgesetzt werden können, um den Menschen in Bayern das Gefühl zu geben, dass ihre Probleme gesehen und ernst genommen werden.

Luitpold Braun

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

die breite Basis der Wissenschaft ist dieser Meinung. Immer wieder sind in den vergangenen Jahren weltweit wissenschaftliche Fachkommissionen nach Auswertung des Sachstands zu dem Schluss gekommen, dass sich aus Sicht der Wissenschaft kein begründetes Risiko ergibt. Auch die Deutsche Strahlenschutzkommission, die das Umweltministerium berät, hat gefolgert, dass die geltenden Grenzwerte den Gesundheitsschutz der Bevölkerung gewährleisten.

Diskussion der Grenzwerte

GZ: Warum wehren sich die Mobilfunkbetreiber eigentlich so vehement gegen die Absenkung der Grenzwerte? Überall wo Messungen durchgeführt werden, liegen sie doch deutlich unter der gesetzlich erlaubten Leistungsdichte.

Gerstenschläger: Das ist richtig. Das zeigt aber auch, dass das in Deutschland umgesetzte Standortgenehmigungsverfahren eine Reihe von Sicherheitszuschlägen enthält und damit bereits ausreichend Vorsorge gewährleistet. Eine Verschärfung der Grenzwerte um einen willkürlich gewählten Faktor ohne eine wissenschaftliche Basis lehnen wir jedoch ab. Wie das Beispiel Schweiz zeigt, tragen solche Maßnahmen zu einer weiteren Verunsicherung der Bevöl-

werden, die um den Faktor 100 oder mehr unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Durch den zusätzlichen Bau einer UMTS-Anlage an gleicher Stelle, werden die Immissionen sich maximal verdoppeln. Die gesetzlichen Grenzwerte werden auch nach Aufbau von UMTS weiterhin deutlich unterschritten.

Gepulst oder nicht gepulst?

GZ: Die bestehende GSM-Technik wird von Mobilfunkgegnern auch deshalb angegriffen, weil sie gepulst ist. UMTS ist nicht gepulst. Macht dieser technische Unterschied aus medizinischer Sicht einen Unterschied?

Gerstenschläger: Es ist richtig, dass die UMTS-Technik, die zur Zeit in Deutschland aufgebaut wird, keine gepulsten Signale sondern Signalformen verwendet, die einem gleichmäßigen Rauschen ähnlich sind. Grundsätzlich ist aber festzuhalten, dass aufgrund experimenteller Untersuchungen die breite Mehrheitsmeinung der Wissenschaft sowie die Fachkommissionen bei Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte auch kein gesundheitliches Risiko in gepulsten Signalen sehen.

GZ: UMTS soll neben Sprache auch größere Datenmengen übertragen können. Bedeutet das, dass die neue Han-

Beteiligung Privater kein Ausweg aus der Finanzkrise:

Städtetag warnt vor Verkauf von Stadtwerken

Gemeinsame Positionen mit VKU-Bayern

Die Teilveräußerung von Stadtwerken an private Unternehmen ist kein Ausweg aus der kommunalen Finanzkrise. Bereits bei einer Minderheitsbeteiligung gehen kommunale Steuermöglichkeiten verloren. Die Städte sollten deshalb alles daran setzen, ihre Werke als wichtige kommunalpolitische Instrumente in eigener Hand zu behalten. Dies ist die „Botschaft“ eines von den Vorständen des Bayerischen Städtetags und des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU)-Landesgruppe Bayern beschlossenen gemeinsamen Papiers.

Der Druck auf die Kommunen, die Einnahmesituation ihrer Haushalte zu verbessern, ist gewaltig. Vielfach wird deshalb erwogen, finanzstarke Partner an den Stadtwerken zu beteiligen. Die Zahlen sprechen für sich: Von den 975 Stadtwerken in Deutschland sind derzeit 650, also rund zwei Drittel, als AG oder GmbH organisiert. Knapp 300 Werke haben einen privaten Partner ins Boot geholt. In Bay-

über der Bundesregierung zugesagt, bei der Errichtung von Mobilfunkantennen in der Nähe von Schulen und Kindergärten alternative Standorte zu prüfen und diese möglichst zu bevorzugen.

Forschungsschwerpunkte

GZ: Welche Studien werden derzeit in den Laboren rund um die Welt durchgeführt und wann kann man mit neuen Erkenntnissen rechnen?

Gerstenschläger: Weltweit ist die Forschung zu der Thematik in den vergangenen Jahren intensiviert worden. Fortlaufend werden daher neue Erkenntnisse auf Fachtagungen vorgestellt und in Fachzeitschriften veröffentlicht. Schwerpunkte sind dabei neben Untersuchungen direkt am Menschen auch Lang-

zeitversuche mit Tieren, die eine Aussage über deren gesamte Lebensdauer erlauben. Weiterhin werden epidemiologische Studien durchgeführt. Hier ist besonders eine großangelegte Studie der WHO zu nennen, die einen Zusammenhang zwischen der Handynutzung und dem Auftreten von Tumoren im Kopfbereich überprüft. Mit ersten Ergebnissen dazu ist im Jahr 2004 zu rechnen. Dennoch darf man aus den verstärkten Forschungsanstrengungen nicht schließen, dass noch keine Forschungsergebnisse vorliegen. Mehrere tausend Studien zum Einfluss elektromagnetischer Felder wurden bereits durchgeführt und sind Basis der aktuellen Risikobewertung.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch.

erhebliche Marktchancen gerade in der traditionell von Stadtwerken angebotenen Rundumversorgung mit Strom, Gas, Wärme, Wasser und zusätzlichen Dienstleistungen. Vorteil des Stadtwerks ist auch die große Versorgungsdichte in städtischen Gebieten.

Strohfeuereffekt

Gegen die Beteiligung eines Privaten wird der bloße „Strohfeuereffekt“ bei der Verwendung des Beteiligungserlöses zur Finanzierung von Verlusten des Stadtwerks, etwa im chronisch defizitären Nahverkehr, genannt. Die Erlöse würden in kurzer Zeit verbraucht. An den Ursachen der Verluste ändere dies aber nichts. Problematisch ist auch, dass die Kommune einen Weiterverkauf der privaten Anteile oder die Übernahme des Beteiligungspartners durch ein anderes Unternehmen nicht verhindern kann.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Mobilfunk:

Zusammenarbeit zwischen Netzbetreibern und Kommunen hat sich deutlich verbessert

Bürger an Standortauswahl noch zu wenig beteiligt

Die Zusammenarbeit zwischen Mobilfunkbetreibern und Kommunen hat sich im vergangenen Jahr wesentlich verbessert, allerdings lässt die Einbeziehung der Bürger in die Auswahl der Mobilfunkstandorte noch zu wünschen übrig. Dies ist das Fazit der Bundesregierung aus dem ersten Rechenschaftsbericht der Netzbetreiber zur Umsetzung ihrer Selbstverpflichtung vom 6. Dezember 2001.

Der Bericht belegt aber insgesamt, dass die Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber erste sichtbare Früchte zeige, erklärte Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement und Bundesumweltminister Jürgen Trittin in einer gemeinsamen Stellungnahme. Grundlage des Berichtes ist eine umfangreiche Befragung der Kommunen durch das Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU). Danach bestätigen zwei Drittel der Gemeinden eine weitreichende Verbesserung in der Zusammenarbeit.

DIfU-Studie

In seiner Studie befragte das DIfU alle Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern. In kleineren Gemeinden und Landkreisen wurden die Daten anhand von repräsentativen Stichproben er-

mittelt. Gleichzeitig erfolgte eine Befragung der Mobilfunkbetreiber zu den einbezogenen Kommunen. Die Beteiligung an der Umfrage war bei größeren Städten besonders hoch und lag bei 60 - 90 Prozent, die der Gemeinden erreichte durchschnittlich 52 Prozent.

Unabhängiges Gutachten

Die vom Informationszentrum Mobilfunk (IZMF) im Herbst vergangenen Jahres in Auftrag gegebene Untersuchung wurde von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt. Die Netzbetreiber erfüllen mit der Studie ihre Verpflichtung, die Bundesregierung mindestens einmal jährlich durch ein unabhängiges Gutachten über die Erfahrungen mit den sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch den

kommunalen Spitzenverbänden eingegangenen Selbstverpflichtungen zu informieren.

Absprache der Betreiber

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement bezeichnete es als erfreulich, dass beim notwendigen und zügigen Ausbau der Mobilfunknetze bei der Auswahl der Antennen-Standorte die Zahl der Konflikte mit den Städten und Gemeinden deutlich zurückgegangen seien. Durch eine noch bessere Absprache der Betreiber untereinander könne der Abstimmungsprozess mit den Gemeinden noch weiter verbessert werden. Insbesondere kleinere Gemeinden seien auf eine klare, transparente und flexible Handhabung der vereinbarten Verfahren angewiesen, so Clement.

Trittin lobt Verbesserungen

Nach den Worten von Bundesumweltminister Trittin zeigt der Jahresbericht aber auch, dass die Information und Einbeziehung der Bürger in die Standortauswahl für Mobilfunkantennen noch unzureichend ist. Er fordert

die Betreiber und Kommunen auf, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wesentlich stärker als bisher zu informieren und einzubeziehen. „Ein Netzausbau an den Sorgen und Bedenken der Bevölkerung vorbei ist nicht akzeptabel. Wenn die Betreiber mehr Akzeptanz für den weiteren Ausbau der Mobilfunktechnik in Deutschland erreichen wollen, müssen sie die Anwohner rechtzeitig informieren,“ so Trittin. Der Bundesumweltminister begrüßte, dass die Betreiber dies erkannt haben und hier im Jahr 2003 für eine deutliche Verbesserung sorgen wollen.

Standortdaten erfassen

Bundeswirtschaftsminister Clement hob den Beitrag der Betreiber zur Erstellung der inzwischen den Behörden zugänglichen Standortdatenbank der Regulierungsbehörde für Post- und Telekommunikation (RegTP) hervor und kündigte an, die Standortdaten im Wege einer kartographischen Darstellung im Sommer dieses Jahres für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In ihrer Selbstverpflichtung hatten die Netzbetreiber auch zugesagt, ihre Planungen durch halbjährliche Erörterungen mit den jeweils betroffenen Kommunen offen zu legen und Standortalternativen in ihrer Netzplanung zu berücksichtigen. Außerdem sollen die Kommunen in die Standortwahl verbindlich einbezogen werden. Dabei haben die Gemeinden die Gelegenheit, innerhalb einer Frist von 8 Wochen zu den Planungen Stellung zu nehmen.

Verbraucherschutz

Weitere Bestandteile der Selbstverpflichtung sind Verbraucherschutz und Verbraucherinformation zu Handys, Forschungsförderung in Höhe von 8,5 Mio. Euro und Messungen zur Überprüfung der Grenzwerte in der Umgebung von Mobilfunkantennen als Beitrag zum Risikomanagement. Trittin begrüßte, dass die Betreiber im Zusammenhang mit der Erstellung des Berichts begonnen haben, die von ihnen zugesagten Mittel i.H.v. 8,5 Mio. Euro für das bereits angelaufene Forschungsprogramm des BMU nun endlich zur Verfügung zu stellen.

Blauen Engel akzeptieren

Trittin forderte die Handy-Hersteller auf, ihren Widerstand gegen das Umweltzeichen „Blauer Engel“ für besonders strahlungsarme Mobilfunkgeräte aufzugeben. Er begrüßte, dass die Netzbetreiber in ihrem Jahresbericht sechs Mobiltelefone hervorheben, deren Strahlungswert besonders weit unter dem gesetzlichen Grenzwert liegen. Trittin: „Wir unterstützen die Entwicklung und den Ausbau der neuen Techniken, die der Mobilfunk bietet. Wir wollen aber gleichzeitig, dass aus Vorsorgegründen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, etwaige Belastungen so gering wie möglich zu halten.“ Den „Blauen Engel“ erhalten Handys, deren spezifische Absorptionsrate (SAR-Wert) bei höchstens 0,6 Watt pro kg liegt. Der gesetzliche Grenzwert für die höchstzulässige Belastung liegt demgegenüber bei 2 Watt pro kg.

IZMF-Geschäftsführerin Dagmar Wiebusch zog eine positive Zwischenbilanz: „Die Studie zeigt eindrucksvoll, dass

sich die Abstimmung zwischen Kommunen und Mobilfunkbetreibern beim Netzaufbau wesentlich verbessert hat und es gelungen ist, Konfliktpotenziale bei der Suche nach Antennenstandorten abzubauen.“

Die Untersuchung verweist laut Wiebusch aber auch auf noch bestehenden Handlungsbedarf. Dies betreffe vor allem eine weitere Intensivierung der Informationsarbeit der Netzbetreiber insbesondere gegenüber kleineren Gemeinden und die Verbesserung der Transparenz und Handhabbarkeit der vereinbarten Verfahrensabläufe.

Handlungsempfehlungen

Das Informationszentrum Mobilfunk empfiehlt den kommunalen Spitzenverbänden, den Kommunen zu einzelnen Punkten der Verbändevereinbarung ergänzende, konkretisierende Handlungsempfehlungen zur Verfügung zu stellen. Das IZMF selbst wird darüber hinaus in Zu-

sammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden zusätzliches Material entwickeln, das besonders auf den Informationsbedarf der Kommunen zugeschnitten ist.

Informationsbedarf

Nicht Gegenstand der Studie war das Verhältnis zwischen Kommunen und Bürgern sowie zwischen Bürgern und Mobilfunkbetreibern. „Mit Blick auf den in vielen Studien nachgewiesenen großen Informationsbedarf, der auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger besteht, sollten sowohl Netzbetreiber als auch Kommunen hier einen Schwerpunkt ihrer künftigen Arbeit sehen“, rät die IZMF-Geschäftsführerin. „Mobile Kommunikation ist eine Schlüsseltechnologie, die unsere Arbeitswelt und unseren Alltag in Zukunft maßgeblich bestimmen wird. Voraussetzung dafür ist eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung“, so Wiebusch. **KK**

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Werkleiter der Stadtwerke ohne Kündigungsschutz

Nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 17.1.2002 - 2 AZR 719/00 - genießt der Werkleiter eines Eigenbetriebs einer Gemeinde keinen arbeitsrechtlichen Kündigungsschutz, wenn er die Gemeinde kraft Gesetzes in den laufenden Geschäften vertritt. Dies gilt selbst dann, wenn die gesetzliche Vertretungsbefugnis im Innenverhältnis starken Einschränkungen unterliegt und das zugrunde liegende Anstellungsverhältnis als Arbeitsvertrag zu bewerten ist. Maßgeblich dafür ist § 14 Kündigungsschutzgesetz. Die gesetzliche Regelung geht von der Vorstellung aus, dass bestimmte Personengruppen keine „Arbeitnehmer“ sind, da die Rechtsverhältnisse, auf denen die Stellung des Organvertreters beruht, keine Arbeitsverhältnisse sind. Maßgebend ist dafür die Erwägung, dass der gesetzliche Ver-

treter das Willensorgan der juristischen Person ist, durch das sie handelt, das für sie damit auch die Arbeitgeberfunktion ausüben muss und deshalb in jedem Falle von dem allgemeinen Kündigungsschutz ausgeschlossen sein soll. Ausdrücklich sagt das Bundesarbeitsgericht, dass die Kündigungsschutzklausel auch für die nicht beamteten organschaftlichen Vertreter juristischer Personen des öffentlichen Rechts ausgeschlossen ist. Nach der Gemeindeordnung hatte der Werkleiter einen eigenen Aufgaben- und Befugnisbereich; ihm war eine eigene gesetzliche Vertretungsmacht eingeräumt worden. Im Rahmen seiner Zuständigkeit trat der Werkleiter für die laufenden Geschäfte des Eigenbetriebs an die Stelle des Bürgermeisters. Der Begriff der „laufenden Geschäfte“ eines Eigenbetriebs wird allgemein weit gefasst. Laufende Geschäfte sind solche, die im täglichen Geschäftsgang nach Art und Ausmaß immer wieder anfallen. Teilweise werden hierzu auch Geschäfte gerechnet, die von grundsätzlicher Bedeutung sind und/oder erhebliche Verpflichtungen der Gemeinde erwarten lassen. Überhaupt kommt es aber nicht auf den Umfang der Handlungsmöglichkeiten an, sondern darauf, dass es sich um eine gesetzliche Vertretungsmacht handelt. Aber auch wenn der Bürgermeister im Einzelfall Geschäfte des Eigenbetriebs an sich ziehen kann, schränkt dies die gesetzliche Vertretungsmacht des Werkleiters nicht soweit ein, dass seine Organstellung deshalb zweifelhaft wäre. **Dr. O.**

Unzulässige Aufhebung einer Ausschreibung

Nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 8.1.2002 - 21 U 82/01 - kann bei der rechtswidrigen Aufhebung eines Ausschreibungsverfahrens Schadensersatz verlangt werden. Diese Ersatzpflicht findet ihren Grund in der Verletzung des Vertrauens der Bieter darauf, dass das Vergabeverfahren nach den einschlägigen Vorschriften des Vergaberechts, insbesondere unter Beachtung der VOB/A abgewickelt wird und dementsprechend regelmäßig mit der Erteilung des Zuschlags an einen Teilnehmer an dem Verfahren endet. Die Voraussetzungen, unter denen ein Ausschreibungsverfahren aufgehoben werden kann, sind in § 26 VOB/A abschließend geregelt. Diese Vorschrift ist eng auszulegen.

Die Frage, ob die Schadensersatzpflicht des rechtswidrig die Ausschreibung aufhebenden öffentlichen Auftraggebers nur das negative Interesse, also im Regelfall die Kosten für das vergebliche Angebot, oder das positive Interesse, insbesondere also den entgangenen Gewinn umfasst, wird allerdings unterschiedlich beantwortet. Nach der Auffassung des Bundesgerichtshofes kommt jedoch ein Anspruch auf Ersatz des entgangenen Gewinns nur in Betracht, wenn das zunächst ausgeschriebene Vorhaben später noch durchgeführt wird, ohne dass für die Aufhebung sachliche und willkürfreie Gründe festzustellen sind. **Dr. tt**

Keine Gnade für Plaudertaschen

Plaudertaschen unter Gemeinderatsmitgliedern kann es ans Portemonnaie gehen. Das entschied das Verwaltungsgericht (VG) Ansbach unter dem Aktenzeichen 4 K0101318. Zugrunde lag ein Bußgeld, das ein Gemeinderat über ein Ratsmitglied verhängte, weil es öffentlich über das Abstimmungsverhalten seiner Kolleginnen und Kollegen in einer nichtöffentlichen Sitzung über den Verkauf eines gemeindlichen Grundstücks berichtete. Auch den Kaufpreis schwatzte er noch aus. Wie die einzelnen Mitglieder eines Gremiums abstimmen unterliegt aber deren schutzwürdigen Interesse und somit der Geheimhaltungspflicht, so die Ansbacher Richter. Das Bußgeld ist zu Recht verhängt und muss gezahlt werden. **mpa**

Quo vadis Gewerbe ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ausführungen diskutierte der Hauptausschuss im Wesentlichen die beiden Grundmodelle der kommunalen Spitzenverbände bzw. des BDI/VCI. In einem gemeinsamen Modell haben die kommunalen Spitzenverbände die Revitalisierung der Gewerbesteuer gefordert. Sie plädieren für die Erweiterung der Steuerpflicht auf alle Selbstständigen, eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und die Entlastung der Steuerpflichtigen durch Senkung der Steuermesszahlen, differenzierte Steuermesszahlen für Personen und Kapitalgesellschaften sowie die Beibehaltung der Gewerbesteueranrechnung.

Keine Steuererhöhungen

Dieses Modell wurde vom Hauptausschuss mehrheitlich abgelehnt, da durch die Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler in der Öffentlichkeit der Eindruck einer Steuererhöhung entstände. Überdies würde mit der Revitalisierung der Gewer-

besteuer ein völlig ungerechtfertigter bürokratischer Aufwand beibehalten werden. (In der jetzigen Praxis können die Zahler von Einkommenssteuer die Gewerbesteuer bei ihrer Steuererklärung geltend machen, somit wird ihnen aus der einen Tasche genommen und in die andere Tasche zurückgegeben). Gerade in Zeiten, in denen die Bayerische Staatsregierung den Abbau von Bürokratie fordere, dürfe dieses „bürokratische Ungetüm“ nicht beibehalten werden, so die überwiegende Meinung im Hauptausschuss.

Stadt-Umland-Probleme nicht verschärfen

Der BDI/VCI wiederum fordert die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Einführung eines kommunalen Zuschlagsrechtes auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer. Auch dieses Modell fand bei einer Vielzahl von Anwesenden keine Akzeptanz. Zum einen wurde angeführt, dass mit der Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Zu-

schlagsrecht auf die Einkommenssteuer bei den Arbeitnehmern der Eindruck entstände, sie müssten die Lasten tragen, die eigentlich die Wirtschaft zu tragen habe. Von Vertretern der Großen Städte wurden Befürchtungen geäußert, dass dieses Zuschlagsrecht zu einer massiven Erhöhung der Einkommenssteuer führe und überdies die Stadt-Umland-Problematik verschärfte würde.

Als Alternativvorschlag brachte schließlich der Finanzreferent des Bayerischen Landkreistages, Emil Schneider, eine erhöhte Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer in die Diskussion ein. Darin sah er eine effektive „Auffangmöglichkeit“, die Finanzminister Hans Eichel vor Jahren bereits ins Visier genommen, dann aber wieder verworfen hatte. **DK**

Städtetag warnt ...

(Fortsetzung von Seite 3) Das gemeinsame Papier von Städtetag und VKU empfiehlt als Alternative zur Beteiligung die Kooperation mit einem oder mehreren Unternehmen. Wichtigste Beispiele dafür sind die fast flächendeckenden GmbH-Zusammenschlüsse der Stadtwerke für den gemeinsamen Einkauf von Strom und Material. Das Papier legt den Entscheidungsträgern nahe, auch dann die Besonderheiten der kommunalen Wirtschaft zu erhalten, wenn private Unternehmen beteiligt werden. Hierzu gehören der öffentliche Zweck, die Gebietsbezogenheit, der Querverbund, die Kundennähe und die bürgerschaftliche Kontrolle. Die Beteiligung sollte nicht vorrangig gegen Geld, sondern gegen adäquates Versorgungspotenzial eingegangen werden. Dann hat der private Partner auch die Chance, in die örtlichen Querverbundaktivitäten des Stadtwerks hineinzuwachsen.

Das gemeinsame Positionspapier kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden (Tel. 089/290087-15, E-Mail: post@bay-staedtetag.de. **z**

Konnexitätsprinzip auf Bundesebene

Landesvorsitzender Luitpold Braun informierte die Hauptausschussmitglieder über einen Antrag, den er an den CSU-Parteitag am 18./19. Juli in Nürnberg stellen wird. Darin heißt es: Der Parteitag der CSU möge beschließen, dass sichergestellt werden muss, „dass entweder eine unmittelbare Aufgabenübertragung des Bundes auf die Kommunen nicht mehr möglich ist oder im unvermeidlichen Ausnahmefall einer solchen Aufgabenübertragung die damit verbundenen Ausgaben vom Bund getragen werden“.

Begründet wird dieser Antrag damit, dass trotz des Fehlens unmittelbarer Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen ersterer auf die kommunale Ebene unmittelbar Aufgaben übertragen kann. In diesen Fällen sei - wie auch das Beispiel der Grundsicherung zeige - das Risiko für die Kommunen groß, so dass die mit diesen Aufgaben verbundenen Ausgaben ohne ausreichende Kompensation von ihnen selbst getragen werden müssen. Der Bund habe nämlich in solchen Fällen die freie Entscheidung, ob er Kompensationen an die Länder leistet und den Ländern stehe es frei, ob und wie viel dieser Mittel sie an die Kommunen weitergeben.

Deshalb sollen künftig derartige unmittelbare Aufgabenübertragungen entweder ausgeschlossen oder zwingend mit der entsprechenden Mittelausstattung seitens des Bundes verknüpft werden. **DK**

VBEW-Jahrespressekonferenz:

Elektrizitätswirtschaft sieht Versorgungssicherheit gefährdet

Kritik an geplanter Absenkung der Entgelte für die Netznutzung
„Auf dem Weg zum Strom-Hochpreis-Land“

In Deutschland ist nach Ansicht des Verbandes der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) die Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie gefährdet. Zwar habe das Land darin noch den höchsten Standard, doch, so mahnten der Vorstandsvorsitzende Peter Deml und sein Vorstandskollege Ewald Geis auf der Jahrespressekonferenz, könne die Versorgungssicherheit bald leiden, weil die Versorgungsunternehmen nicht mehr ausreichend in ihre Übertragungsnetze investieren könnten. Hinzu komme, dass Deutschland auf dem Weg zu einem Strom-Hochpreis-Land sei. Nach Jahren des Preisrückgangs werden die Strompreise steigen, und zwar vor allem die der Privatkunden.

Die Bundesrepublik gehörte in den vergangenen Jahren zu den Ländern mit den niedrigsten Stromausfällen. Fiel in Deutschland im Jahr 1999 der Strom je Kunde nur 15 Minuten aus, lag der Ausfall in Großbritannien zum Beispiel bei 60, in Norwegen bei 180 und in Italien sogar bei 190 Minuten. Die Versorgungssicherheit in Deutschland, unabdingbar für eine hochindustrialisierte Wirtschaft, war vor allem den hohen Investitionen in die Übertragungsnetze zu danken, die regelmäßig gewartet und gepflegt wurden. Es gab - und gibt - selbst Redundanzen, also über den Bedarf hinausgehende Installationen wie etwa die Versorgung über zwei Leitungen, um auf jeden Fall Ausfälle eines Netzes sofort kompensieren zu können.

Kommunen haben investiert

Insbesondere kommunale Netzbetreiber haben in Netze für neue Gewerbe- und Baugebiete investiert oder Freileitungen in die Erde verlegt, um den Kommunen - auch aus ästhetischen Gründen - entgegenzukommen. Deutschland hat mit 90 % in Niederspannungs- und 60 % im Mittelspannungsnetz einen sehr hohen Verkabelungsgrad.

Dies alles, so Deml und Geis, werde aber nicht so bleiben, wenn den Netzbetreibern die Mittel für Investitionen in die Netze fehlten. Der Mangel werde sich nicht morgen und übermorgen, aber in zehn oder 15 Jahren zeigen. Die Netze würden anfälliger und mit der Zeit sogar marode werden. Deml und Geis nannten als Gründe für ihre Befürchtungen die gesunkenen Strompreise, die den Netzbetreibern auferlegt seien, vor allem aber die unzureichenden Entgelte fremder Durchleiter für die Netznutzung.

zungsentgelte aus, die es auf Grund der Struktur der Netze geben könne. So ist die Verlegung von Leitungen in steinigem oder sandigen Böden teurer als in normalem Erdboden. Verkabelte Netze sind teurer (und sicherer) als Freileitungen.

Netzbetreibern wird Berechnungsgrundlage entzogen

Nach VBEW-Angaben sind seit der Liberalisierung durch die einheitlichen Berechnungsgrundlagen, aber auch durch das Herunterfahren der Investitionen, die Netznutzungsentgelte gesunken und haben sich bundesweit angeglichen. „Aber das Bundeskartellamt“, so Geis, der auch Technischer Leiter der Stadtwerke Bad Neustadt a.d. Saale ist, „fordert eine weitere Senkung der Entgelte, um insbesondere die Stromhändler zu begünstigen.“ Damit stelle die Behörde aber die VV grundsätzlich in Frage und entziehe den Netzbetreibern die Berechnungsgrundlage mit schlimmen Folgen: Die Rendite von Netzinvestitionen, die Kapital für 40 Jahre und länger bänden, werde zu gering. Bei weniger als 5 % - „so viel erkennt die Kartellbehörde derzeit an“ - werde kein Anleger mehr in Netze investieren. Schon in den vergangenen Jahren seien, ausgelöst durch sinkende Strompreise und große Unsicherheit bei den Rahmenbedingungen, die Investitionen in die Netze zurückgegangen. Erneuerungs- und Instandhaltungsarbeiten seien, wenn überhaupt, nur noch zögerlich durchgeführt worden. Geis: „Wenn hier nicht umgesteuert wird, leidet die Versorgungssicherheit.“

Rahmenbedingungen müssen gesichert sein

Der VBEW fordert daher für die Netzbetreiber rechtlich abgesicherte Rahmenbedingungen, besonders für die Preisbildung, auskömmliche Netznutzungsentgelte und die Beseitigung oder zumindest Linderung der bürokratischen Lasten, wozu besonders die Abrechnungen des Erneuerbaren-Energie- und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes zählten. Es könne nicht sein, dass das Energiewirtschaftsgesetz den Marktpartnern auferlege, die Bedingungen des Netzu-

Verbandsvereinbarung

Die Umsetzung der Liberalisierung beruht nach VBEW-Darstellung zu wesentlichen Teilen auf der sogenannten Verbandsvereinbarung (VV), die jedem Versorgungsunternehmen und jedem Händler das Recht gibt, Strom gegen Entgelt durch bestehende Netze anderer Unternehmen durchzuleiten. Die VV wurde zwischen den Marktpartnern vereinbart und mehrfach neuesten Erkenntnissen angepasst. Dadurch, so Deml, sei es gelungen, die Stromdurchleitung weitgehend reibungslos zu realisieren.

Netznutzungsentgelte

Die Netznutzungsentgelte, die dafür zu zahlen sind, werden an Hand eines betriebswirtschaftlich fundierten und gutachterlich anerkannten Kalkulationsleitfadens berechnet, der bundesweit von allen Netzbetreibern verwendet wird. Diese Berechnungsmethode schließt keineswegs unterschiedliche Netznut-



N-ERGIE-Wanderausstellung in Merkendorf

In einer Wanderausstellung präsentierten die Stadt Merkendorf und die N-ERGIE Aktiengesellschaft den Einsatz erneuerbarer Energiequellen und Energiesparkonzepte. Die Wanderausstellung wandte sich an Privathaushalte. Sie zeigte Lösungsvorschläge auf und regte zur Auseinandersetzung mit dem Thema nachhaltiges Wirtschaften an.

Etwa 20 Prozent der energiebedingten Kohlendioxidemissionen werden von Haushalten und Kleinverbrauchern verursacht. 90 Prozent gehen dabei auf das Konto für Raumheizung und Warmwassernutzung. Die insgesamt 13 Tafeln bieten Wissenswerte über Wärme und Strom aus Sonnenenergie, CO₂-Minderung oder Wärmepumpen. Die Besucher wurden auf wichtige Förderprogramme hingewiesen, die vor allem für Hausbesitzer oder künftige Bauherren von Bedeutung sind.

„Als Bürgermeister begrüße ich diese Ausstellung zum Thema ‚Einsatz erneuerbarer Energiequellen und Energiesparkonzepte‘. Besonders erfreulich finde ich, dass ein Energieversorgungsunternehmen Maßnahmen zur Energieeinsparung aufzeigt und hierfür auch Förderungen gewährt“, so Hans Popp, erster Bürgermeister der Stadt Merkendorf bei der Ausstellungseröffnung. „Unsere Kunden in der Region sollen die Serviceleistungen der N-ERGIE im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energiesparkonzepte kennen. Die Kontaktpflege zu unseren Kunden in den Kommunen ist uns ein zentrales Anliegen“, ergänzte Peter Saam, Abteilungsleiter Kommunale Kunden bei der N-ERGIE.

Unser Bild zeigt links Peter Saam, Leiter Kommunale Kunden von N-ERGIE Marktmanagement, gemeinsam mit zwei Kundinnen und Bürgermeister Hans Popp aus Merkendorf (r.).

gangs zu verhandeln, und hinterher könne jeder Kunde, jedes Gericht und viele Behörden das Ergebnis dieser Verhandlungen in Frage stellen. Die kommende EU-Binnenmarkt-Richtlinie werde, so der VBEW, eine Wettbewerbsbehörde für den Bereich der Energiewirtschaft verlangen, für ihre Aufgaben aber viel Gestaltungsspielraum lassen. Diese Chance, so Geis, sollte die Politik nutzen und das bewährte Instrument der VV erhalten. Sie sollte deren Inhalte eine rechtliche Verbindlichkeit geben und sicherstellen, dass durch auskömmliche Netznutzungsentgelte Investitionen in die Netze möglich blieben. Den Stromversorgern dürften keine weiteren bürokratischen Lasten aufgebürdet werden.

Stromverbrauch gestiegen

Der Stromverbrauch in Bayern hat im vergangenen Jahr um rund 0,5 % auf 70,55 (70,20) Mrd. Kilowattstunden (kWh) zugenommen. Dies entspricht dem Trend der Vorjahre. Verbrauchsfördernd haben die steigende Nutzung von Informations- und

Kommunikationstechniken sowie der Trend zu Single-Haushalten gewirkt, verbrauchssenkend neue Generationen von sparsameren Elektrogeräten. Die Stromerzeugung im Freistaat ist um rund 2,5 % auf etwa 71,30 Mrd. kWh zurückgegangen. Dennoch konnte der in Bayern verbrauchte Strom komplett im Lande erzeugt werden. Deml: „Und dies soll auch in Zukunft so bleiben.“

Plus bei Atomstrom und additiven Energiequellen

Die Erzeugung der Kernkraftwerke Isar, Gundremmingen und Grafenrheinfeld ist um 2,2 % auf nahezu 50 Mrd. kWh gestiegen. Damit stammt mehr als zwei Drittel des in Bayern erzeugten Stroms aus Kernkraftwerken. Dagegen war die Erzeugung aus fossilen Energieträgern stark rückläufig, und zwar die aus Kohle um 21,9 % und die aus Braunkohle um 41,3 %. Bayerns Kohlevorkommen sind erschöpft. Die Braunkohlekraftwerke Schwandorf und Arzberg wurden stillgelegt. Dagegen hat die Stromerzeugung aus Bio-

masse um 12 %, aus Windkraftwerken um 8 % und aus Photovoltaik um 10 % zugenommen.

In Bayern decken die erneuerbaren Energien rund 18 % des Stromverbrauchs. Allein 17 % trägt die Wasserkraft bei. Biomasse, Wind, Deponie- und Klärgas sowie Photovoltaik machen zusammen mit 800 Mio. kWh etwas mehr als 1 % des Stromverbrauchs aus. Der Biomasse werden, besonders bei Kraft-Wärme-Koppelung, gute Chancen für die Zukunft gegeben. So entsteht in Zolling zur Zeit das größte Biomasse-Heizkraftwerk in Bayern. Energie aus Windkraft hingegen führt wegen der schwankenden Windverhältnisse zu starken Netzschwankungen, sodass für Windanlagen fast dieselbe Kapazität in anderweitiger Reserve vorgehalten werden muss. Außerdem stößt sie im windarmen Bayern an Grenzen.

Höchster Wasserkraftanteil

Bayern ist das Bundesland mit dem höchsten Wasserkraftanteil. Allerdings nimmt seit einigen

(Fortsetzung auf Seite 7)

Energiepark KonWerk:

Zukunftsweisende Technologie auf dem Prüfstand

Biomasse HKW vom Energiedienstleister SFW GmbH

Um dem steigenden Anteil dezentraler Energieerzeugung bei gleichzeitig stark ansteigendem Einsatz regenerativer, diskontinuierlicher Energiequellen Rechnung zu tragen, bedarf es intelligenter Instrumente für ein integratives Erzeugungs- und Verbrauchsmanagement. Der Anteil allein von Windkraftanlagen an der Stromerzeugung in Deutschland wird von derzeit rund 3,5 Prozent auf rund 7,5 Prozent im Jahr 2010 ansteigen, so die Prognose des Bundesverbandes der WindEnergie.

Mit dem Projekt „KonWerk 2010“ wird eine durchgängige Lösung für ein dezentrales Energieversorgungssystem mit regenerativen Erzeugern, Kraft-Wär-

me-Kopplung und beeinflussbaren Lasten realisiert. Ausgangspunkt ist die Energieversorgung eines ehemaligen Militärgeländes der nordrhein-westfälischen Stadt Werl, auf dem neue Gewerbe- und Wohngebiete angesiedelt werden. Der bundesweit tätige Energiedienstleister SFW GmbH mit Sitz in Saarbrücken betreibt hierfür eine neue Fernwärmeversorgung auf der Basis eines Biomassegefeuerten Heizkraftwerkes.



Diskontinuierliche Energiequellen werden im Energiepark KonWerk optimal bewirtschaftet.

Bei der Umsetzung des Projekts sind folgende wesentliche Aufgaben zu bewältigen: Errichtung der Fernwärmeversorgung für den Energiepark, d.h. Bau des Biomasseheizkraftwerkes und des zugehörigen Fernwärmenetzes durch die SFW GmbH. Umbau eines unmittelbar neben dem Heizkraftwerk gelegenen ehemaligen Militärgeländes als Kompetenzzentrum, in dem die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Kompetenzzentrums. Installation der Messeinrichtungen sowie der Datenübertragung der elektrischen und thermischen Verbrauchs- und Erzeugungswerte. Datenübertragung einer in der Nähe von Werl gelegenen Windenergieanlage, Aufschaltung benötigter Wetterdaten für die

Dezentrales Energiemanagementsystem

Ziel ist es, an der Übergabestelle mit Hilfe eines dezentralen Energiemanagementsystems (DEMS) trotz unvermeidbarer Prognoseunsicherheiten eine möglichst gute Plantreue der resultierenden Stromnetzlast zu gewährleisten. Als Verbraucher werden Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser sowie gewerbliche Unternehmen und auf der Erzeugerseite der Mix aus Biomasseheizkraftwerk (Biomasse HKW), Windenergieanlage (WEA), Photovoltaikanlage (PVA), Brennstoffzelle und Batteriespei-

cher erfasst. Mit Hilfe des Projekts wird sowohl die technische als auch die wirtschaftlich optimierte Realisierbarkeit demonstriert.

Prognose der Wind- und Photovoltaikleistung. Entwicklung, Konfiguration und Installation von DEMS in zwei Teilbereichen: dem Biomasseheizkraftwerk und dem sog. Kompetenzzentrum.

Elektrische und thermische Energiewerte

Bei dem in Werl realisierten Managementsystem werden elektrische und thermische Energiewerte mit Hilfe von Zählern erfasst und übertragen.

Ein Zählermanagementsystem bildet Tageslastprofile im Viertelstunden-Raster, verwaltet und speichert die Profile. Automatisierungseinheiten sorgen für die Erfassung und Übertragung der elektrischen Leistungswerte als Momentanwerte und als einminütige Mittelwerte. Zur Übertragung der Daten kommen dabei unterschiedliche Kommunikationsverfahren zum Einsatz. Auch die Statusinformationen der beteiligten Prozessleitsysteme werden erfasst und übertragen.

Lastprognose

DEMS übernimmt automatisch die elektrischen und ther-

Zeittafel	
21.12.2000:	Unterzeichnung Kooperationsvertrag
21.05.2002:	Einrichtung Fernwärme-Info-Center in Werl
17.04.2002:	Baubeginn Biomasse-HKW
Mitte Nov. 2002:	Aufnahme Fernwärmeversorgung aus dem HKW
19.12.2002:	Erste Stromspeisung ins öffentliche Netz
30.01.03:	Abtransport der Mobilien Heizzentrale

mischen Lastprofile aus dem Zählermanagementsystem und bildet geeignete Lastarchive als Basis für die elektrische und thermische Lastprognose. Auch die historischen und prognostizierten Wetterdaten, die vom Deutschen Wetterdienst bereitgestellt werden, werden automatisch importiert.

Das Energiemanagementsystem erstellt daraufhin Prognosen für elektrische und thermische Lasten in Abhängigkeit von Tagestyp, Uhrzeit und Wettereinflüssen sowie für die regenerativen Erzeugungseinheiten (Windkraft, Solarkraft) in Abhängigkeit der Wetterbedingungen.

Minütliche Regeleingriffe

Die Überwachung der elektrischen Übergabestelle auf Einhaltung der am Tag zuvor geplanten viertelstündlichen Energiewerte geschieht über minütliche Regeleingriffe auf die schaltbaren Lasten. Störgrößen für das System stellen dabei unvermeidbare Prognoseunsicherheiten dar. Auch eine Fernbedienung des DEMS-Systems über PC wird ermöglicht. Die Sicherung der Datenbank von DEMS erfolgt zyklisch oder durch manuellen Eingriff. Mittlerweile hat das Biomasseheizkraftwerk seinen Betrieb aufgenommen. Es wird am 23.

Mai offiziell eingeweiht. Insgesamt hat SFW in Werl schon 11.000 Meter Fernwärmeleitungen verlegt und mit 120 Privat- und Gewerbebetrieben Fernwärmeversorgungsverträge abgeschlossen. Der derzeitige Anschlusswert liegt bei rund 6 Megawatt. Im Endausbau sind 12 Megawatt geplant. Drei Mitarbeiter betreuen Anlage und Kunden vor Ort. DK

E.ON in Oberfranken:

Erneuerbare Energien im Süden stärker fördern

Schnappauf: Bayern drängt auf Korrektur handwerklicher Fehler des EEG und auf höhere Förderung besonders für Biomasse-Strom

Bayreuth. Bei der Einweihung des neuen Netzzentrums Bayern der E.ON in Bayreuth forderte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf, dass im Interesse des Klimaschutzes Sonnenenergie, Biomasse, Biogas, Geothermie und Wasserkraft stärker gefördert werden. Die Fördermittel nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) sollen den erneuerbaren Energien in ganz Deutschland gleichermaßen zugute kommen.

Schnappauf: „Nicht nur der windreiche Norden, sondern auch der sonnige Süden sollen im Zuge der Novellierung des EEG verstärkt gefördert werden.“ Gegenwärtig profitieren vor allem Windkraftanlagen, während zum Beispiel Biomasse zu kurz kommt.

„E.ON stärkt mit seiner neuen Unternehmenszentrale den Dienstleistungsstandort Oberfranken und trägt zur Sicherung von 200 Arbeitsplätzen in der Region bei“, betonte Schnappauf heute bei der Eröffnungsfeier in Bayreuth. Der rund 10 Millionen

Euro teure Neubau war eine der größten privaten Investitionen in der Region. Schnappauf wertete das Engagement E.ONs als einen sichtbaren Beweis für die wirtschaftliche Attraktivität Oberfrankens.

Koordination von 2000 Mitarbeitern

Die neue Unternehmenszentrale von E.ON Netz koordiniert mehr als 2.000 Mitarbeiter an über 40 Standorten und versorgt mit 32.000 Kilometern Stromnetzen mehr als 20 Millionen



Eine innovative, architektonisch elegante und wirtschaftliche Montagetechnik der Solartechnik setzt, wurde bei den Barmherzigen Brüdern in Gremsdorf installiert.

High-Tech bei den Barmherzigen Brüdern

Tausend und eine Hightech-Solarzelle glänzen in der Sonne; der blaue Himmel spiegelt sich in den vier Energiedächern der neu errichteten Wohn- und Arbeitsstätte der Einrichtung, für Menschen mit Behinderungen, der Barmherzigen Brüder in Gremsdorf bei Höchstadt, die sauberen Sonnenstrom im Dienste des Ordens produziert. Die Barmherzigen Brüder bauen auf die Zukunft: mit der größten Photovoltaikanlage in der Umgebung zeigen sie Verantwortung und Engagement für die Umwelt und nachhaltiges Wirtschaften.

Mit über 600 modernsten Solarmodulen der Firma SUNSET Energietechnik, die auf 800 Quadratmetern des Neubaus im Dach integriert sind, wird Solarstrom mit einer Gesamtleistung von 130.000 WattP erzeugt und mittels 36 SUNstring® Wechselrichtern neuester Technologie ins öffentliche Stromnetz hocheffizient eingespeist. Die innovative Steuerung und Regelung der Wechselrichter erhöht die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Anlage. Günter Allinger, der Gesamtleiter der Einrichtung, hat die Firma SUNSET Energietechnik, aus dem nahe gelegenen Adelsdorf mit der Lieferung und Installation des Sonnenstromkraftwerks beauftragt.

Energielieferanten

Mit der termingerechten Fertigstellung der Anlage, im Dezember letzten Jahres, haben die Werkstätten der Einrichtung ihre Produktionspalette erweitert; neben ihrer Weberei, Schreinerei, Töpferei und natürlich ihrer Kickerproduktion, sind die Werkstätten jetzt auch Energielieferanten. Diese Investition hat der Orden, ohne Inanspruchnahme von Zuschüssen aus eigenen Mitteln finanziert. Mit einer Vergütung von 48,1 Cent für jede kWh erzeugten Sonnenstroms, haben die Barmherzigen Brüder eine neue, ertragreiche Einnahmequelle für ihre Einrichtung eröffnet, die

Menschen und zahlreiche Industriebetriebe mit Strom.

Der Strom aus dem E.ON-Netz stammt aus einem klimafreundlichen Energiemix von konventionellen und regenerativen Energien. Schnappauf hob besonders den hohen Anteil der Wasserkraft an der Stromerzeugung hervor. Schnappauf: „Bayern ist ein Wasserkraftland par excellence.“ Rund 18 Prozent des Stromes werden in Bayern über erneuerbare Energien erzeugt mit einem dominierenden Anteil Wasserkraft. Nach den Worten Schnappaufs müsse jetzt auch die Biomasse für energetische Zwecke verstärkt genutzt werden. Hierzu gehört auch, dass bei der anstehenden Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) die Stromerzeugung aus Biomasse und Biogas finanziell stärker gefördert wird. Dies kommt vor allem dem ländlichen Raum zugute.

Die von Trittin geplante Novelle des EEG setzt hingegen nach wie vor noch zu einseitig auf die Windkraftförderung. Schnappauf: „Durch die bisherige Regelung ist der bayerische Stromkunde überwiegend Netzzähler, da im Binnenland Bayern Windkraft nur in geringem Umfang nutzbar ist“. Beim neuen EEG müssen die strukturellen Fehler des bestehenden Gesetzes korrigiert werden.

Leistungsdaten Biomasse-Heizkraftwerk Werl

Kesselanlage:	
Dampfleistung:	5 t/h
Dampf Temperatur:	380 °C
Betriebsdruck:	29 bar
Mittel- und Spitzenlastabdeckung:	2 x 4,5 MW-Dampfkessel (Erdgas, HEL)
Altholzinsatz:	10.000 Tonnen pro Jahr (Altholzklassen A1-A2)
Turbinenanlage:	
Elektr. Klemmleistung:	480 kW
Wirkungsgrad:	> 80 %

den Bewohnern und sozialen Zwecken zu Gute kommen. Dieses Sonnenkraftwerk wird jährlich ca. 115.000 kWh sauberen Strom produzieren; über den Lauf ihres Lebens kumuliert, werden ca. 4.500.000 kWh ins Netz eingespeist. Dies entspricht einer Einsparung von ca. 1.227 Tonnen Heizöl oder entsprechend 3.314 Tonnen CO₂ Emissionen. Über eine elektronische Anzeigetafel werden alle Daten der Photovoltaikanlage der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Engagierte Bewohner und Mitarbeiter der Einrichtung können sich somit jederzeit über die Effektivität ihres Solarkraftwerkes informieren.

Die Integration der Solaranlage im Dach des Neubaus, als SUNpower Roof® Energiedach, ist eine innovative, architektonisch elegante und wirtschaftliche Montagetechnik für Neubauten, die Maßstäbe in der Solartechnik setzen. Mit seiner Begeisterung für regenerative Energien setzt der Orden ein sonniges und strahlendes Zeichen für das europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen.

Neue Maßstäbe

Spätestens zum Jahreswechsel steigen die Strompreise

E.ON Energie macht politisch verursachte Kosten dafür verantwortlich

Die Zeit sinkender Strompreise ist vorbei. Hatten nach der Deregulierung und Liberalisierung des deutschen Marktes im April 1998 die Strompreise für Industriekunden um bis zu 60 % und für Privatkunden (Tarifkunden) um bis zu 30 % zunächst nachgegeben, so ziehen sie seit einiger Zeit wieder an. Aber noch immer ist Strom nach Darstellung von Hans-Dieter Harig, dem Vorstandsvorsitzenden der E.ON Energie AG, heute für Haushaltskunden um etwa 25 % und für Industriekunden um etwa 15 % preiswerter als vor der Liberalisierung des deutschen Marktes.

Weil aber die Belastung der Strompreise durch die Ökosteuer und die Einspeisungskosten nach dem Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) und damit der politische Druck auf die Strompreise weiter zunehmen, „werden die Strompreise spätestens zum Jahresbeginn 2004 weiter steigen“, sagte Harig. Zuletzt waren sie zu Beginn dieses Jahres erhöht worden.

Kostenenkungen durch Fusion

Die E.ON Energie AG, München, ist eine Tochter des Düsseldorf E.ON-Konzerns und vor zweieinhalb Jahren aus der Fusion von Preußenelektra und Bayernwerk hervorgegangen. Als Folge der Fusion habe E.ON Kostenenkungen von 700 Mio. € pro Jahr erreicht. Innerhalb der vergangenen sieben Jahre hätten E.ON Energie bzw. die beiden Vorgängerunternehmen die Kosten um insgesamt 2,5 Mrd. € mindern können, sagte Harig. Ansonsten wären die Strompreise schon längst stärker gestiegen. Der staatlich zu verantwortende Anteil an den Stromkosten in Deutschland ist von 25 % im Jahr 1998 auf heute über 40 % gestiegen, und bei Industriekunden von 5 auf 25 %. In Schweden liegt dieser Anteil für Haushaltskunden bei 36 %, in England bei nur 5 %. „Ohne diese Zusatzkosten“, so Harig, „liegen die Strompreise in allen drei Ländern auf dem selben Niveau.“

E.ON Energie mit einem Umsatz in 2002 von 18,5 Mrd. € (+20 %) und einem Betriebsergebnis von 2,9 Mrd. € (+28 %)

verstehen sich als das führende Energiedienstleistungsunternehmen in Europa, das von Skandinavien und dem Baltikum bis Italien und Ungarn direkt und indirekt circa 24 Mio. Kunden mit Strom, Gas und Wasser versorgt. 73 % des Umsatzes kommen aus dem Stromgeschäft, 17 % aus dem Gasgeschäft. Den Rest steuern Wärme, Wasser und Abfallverbrennung bei. „Kein Energieversorger ist strukturell im Strom- und Gasgeschäft so europäisch aufgestellt wie E.ON Energie, das mittlerweile in 17

europäischen Ländern aktiv ist“, sagte Harig, der Ende April in Pension geht. Auf ihn folgt Johannes Teysen, der bisher Finanzvorstand war. Dieses Amt übernimmt Bernd Romeike.

Stromabsatz gestiegen

Durch Konsolidierung neuer Beteiligungsunternehmen, unter anderem der Sydkraft in Schweden, ist der Stromabsatz um 11 % auf 250,6 Mrd. kWh gestiegen. Der Gasabsatz in insgesamt 11 Ländern nahm um 22 % auf (umgerechnet) 117 Mrd. kWh zu. Zu den bedeutenden Transaktionen gehört auch die Aufstockung der Beteiligung an der Thüga AG, München, die Minderheitsbeteiligungen an zahlreichen kommunalen Versorgungsunternehmen hält, um einen Anteil von 25,1 %, den die Bayerische Landesbank gehalten hatte, auf jetzt 87 %.

Erdgasfahrzeug in Zukunft für die Stadt unterwegs

Dingolfing. „Mit Erdgas fahren und sparen“, frei nach diesem Motto entschied sich die Stadt Dingolfing, den städtischen Fuhrpark um einen erdgasbetriebenen Fiat Multipla zu ergänzen. Die Frage der Betankung ist kein Thema mehr, denn Mitte Januar dieses Jahres ging auf dem Gelände der OMV-Tankstelle in Dingolfinger Gewerbegebiet eine Erdgaszapfsäule in Betrieb.

Der ortsansässige Energiedienstleister Erdgas Südbayern GmbH (ESB) nutzte die Gelegenheit der Erstbetankung an der Zapfsäule der OMV-Tankstelle zur Übergabe eines Tankgutscheines in Höhe von 400 Euro.

„Der stadteigene Fiat Multipla wird in Zukunft für den Dingolfinger Bauhof unterwegs sein“, so Josef Pellkofer. „Wir sind stolz, mit dieser Anschaffung nicht nur Vorreiter auf diesem Gebiet der Antriebstechnik zu sein. Wir optimieren damit die Kosten und leisten gleichzeitig auch einen aktiven Beitrag zur Schonung der Umwelt. Diese Überlegungen spielten eine

große Rolle bei der Anschaffung“. Auf der Suche nach einer umweltschonenden alternativen Antriebsart kommt man derzeit und auch in Zukunft am Naturkraftstoff Erdgas nicht vorbei.

Von allen fossilen Energieträgern stellt Erdgas die günstigste CO₂-Bilanz auf: Im Vergleich zu einem Benziner verursacht Erdgas bis zu 25 Prozent weniger Kohlendioxid und trägt bis zu 80 Prozent weniger zur Smogbildung bei. Der Ausstoß von Stickoxiden-, Ruß - also unverbranntem Kohlenstoff - und anderen Staubpartikeln wird zudem bei Erdgas nahezu vollständig vermieden. Ein wesentlicher Grund

E.ON Energie nutzt als Primärenergiequellen Kernenergie (50 %), Steinkohle (25 %), Braunkohle (7 %), Wasserkraft (11 %) und sonstige Energieträger (7 %). Zu den sonstigen Energieträgern zählt zum Beispiel auch Windenergie, die in Deutschland 2002 massiv auf 12 000 MW ausgebaut worden ist. Harig hält Windenergie keineswegs für besonders günstig, „denn rechnet man alle Folgekosten wie konventionelle Ersatzkraftwerke für windstille Zeiten, Einspeisungsleitungen und dergleichen hinzu, ist Windstrom drei- bis viermal teurer als Strom aus dem gegenwärtigen deutschen Kraftwerkspark.“ Durch das EEG werde die deutsche Volkswirtschaft jährlich mit mehr als 3 Mrd. € belastet.

Der scheidende Chef von E.ON Energie teilte in der Pressekonzferenz die Befürchtungen des Verbandes der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW), dass wegen zu geringer Netznutzungsentgelte und der dadurch bedingten Vernachlässigung der Netze über kurz oder lang die Versorgungssicherheit in Deutschland beeinträchtigt werden könnte.

dho.

Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu:

Wirksamer Wettbewerb nötig bei Strom und Gas

München. „Gerade im Interesse der Kunden, egal ob private Haushalte oder Wirtschaft, brauchen wir einen wirksamen Wettbewerb bei Strom und Gas“, betonte Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu.

„Die Öffnung des Gasmarktes für den Wettbewerb ist längst überfällig. Deutschland ist mit der Umsetzung der europäischen Gasrichtlinie über eineinhalb Jahre im Hintertreffen. Wir brauchen deshalb so schnell wie möglich hier eine Gesetzeslage, die die weitere wettbewerbliche Entwicklung fördert und für alle Beteiligten möglichst schnell zu mehr Rechtssicherheit führt.“

Bayern wendet sich gegen die vorgesehene Verrechtlichung der Verbändevereinbarung Gas. Auf dem Gasmarkt habe die bisherige Verbändevereinbarung nicht dazu geführt, dass sich wirksamer Wettbewerb entwickeln konnte. Kein Haushalt profitiere bisher von Konkurrenzangeboten. Daher mache es keinen Sinn, diese Praxis in Gesetzesform zu gießen.

Die Verbändevereinbarung Strom habe dagegen zahlreiche Probleme des Netzzugangs gelöst und wurde mehrmals nachgebessert. Bayern wendet sich aber gegen die Verrechtlichung der Kalkulationsgrundsätze, da das zu überhöhten Netzentgelten und zu einer Steigerung der Strompreise führen könne. Dies habe auch das Kartellamt in einer Entscheidung festgestellt. Eine Verrechtlichung der Kalkulationsgrundsätze würde es den Kartellbehörden wesentlich erschweren, die Höhe von Netznutzungsentgelten zu prüfen, wodurch dann mittelbar der Wettbewerb leiden würde.

Durchschnittsverbrauch von sieben Litern und einer Fahrleistung von 15.000 Kilometern spart ein Autofahrer mit einem Fahrzeug der Mittelklasse gut 500 Euro im Jahr. Die in der Regel etwas höheren Anschaffungskosten haben sich schnell amortisiert: gegenüber der Dieselsonversion ist in zwei Jahren und gegenüber einer Benzinsonversion innerhalb von 2,7 Jahren die Anschaffung rentabel. Mit der Förderung von 400 Euro der Erdgas Südbayern GmbH (ESB) lohnt sich die Anschaffung noch zügiger.

Wie steht es um die Sicherheit bei gasgetriebenen Fahrzeugen? Ein noch immer weit verbreitetes und gepflegtes Vorurteil, das faktisch schon lange kein Thema mehr ist. Der TÜV und auch Herstellerfirmen haben die Praxistests intensiv betrieben. Die Ergebnisse sprechen eine klare Sprache für ein ausgereiftes Sicherheitskonzept. Der TÜV Süddeutschland bestätigt: „Fahren mit Erdgas ist genauso sicher wie mit Benzin oder Diesel, die Brand- oder Explosionsgefahr ist sogar geringer.“

↔

für die Bundesregierung die steuerliche Begünstigung von Erdgas als Kraftstoff bis Ende 2020 fortzuschreiben.

Spürbar geringere Kosten

Dies bedeutet spürbar niedrigere Kraftstoffkosten mit jedem gefahrenen Kilometer. Bei einem

Elektrizitätswirtschaft sieht ...

(Fortsetzung von Seite 5) Jahren der Druck auf die Wasserkraft zu. Sie hat mit dem starken Preisverfall - seit der Liberalisierung sind bei Privatkunden die Preise um 20 bis 30 % zurückgegangen, bei Gewerbe und Industrie sogar bis zu 50 % -, und mit staatlichen Belastungen, die noch aus Monopolzeiten stammen, zu kämpfen.

Zu den großen Belastungen zählen die Schwemmgutbeseitigung mit ihren hohen Deponiekosten, die Hochwasserschutzmaßnahmen und die Pflege der Dämme, aber auch die Wassernutzungsgebühren und die Heimfallverpflichtungen. Letztere werden beim Auslaufen der Nutzungsverträge fällig. Änderungen des Wasserrechts in Europa bringen weitere Lasten mit sich. „Diese Entwicklungen“, so Deml, „graben der Wasserkraft in Bayern im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser ab.“ Dazu dürfe es aber nicht kommen, denn die Wasserkraft stelle unbestritten die effizienteste Form der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien dar.

Unterstützung für die Staatsregierung

Der VBEW, dem u.a. auch etwa 200 kleine und mittlere Untern Betriebe angehören, unterstützt das Ziel der Staatsregierung, den Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromerzeugung

zu erhöhen. Die Energiewirtschaft trage auch die finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien und anderer zukunftsorientierter Technologien mit. Die sauberste Lösung wäre freilich, so Deml, die Förderung aus dem Staatshaushalt, „doch haben wir zu akzeptieren, dass der Gesetzgeber die Förderung über die Strompreise favorisiert.“ Für die bevorstehende Novellierung des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) wünscht sich der Verband den Abbau von Überförderung und Mitnahmeeffekten und die Förderung von Anlagen unabhängig von ihrer Größe.

Verzicht auf Kernkraft wird teuer

Eine Stromerzeugung ohne Kernenergie hätte in Bayern große Auswirkungen. Da die Kernkraftanlagen nahezu oder ganz abgeschrieben seien, müssten sie durch teurere Anlagen ersetzt werden. Nach einer Prognose-Studie müsste die deutsche Stromwirtschaft für den Umbau mehr als 250 Mrd. € aufbringen. „Der Ersatz“, so Deml, „könnte in alternativer Erzeugung liegen, etwa in Gas-Dampf-Kraftwerken, aber auch in Strom-Importen aus anderen Ländern.“

Steigende Kosten

Trotz der Strompreis-Senkungen nach der Liberalisierung des

Marktes 1998 sieht Deml „Deutschland auf dem besten Weg zu einem Stromhochpreisland“. Inzwischen seien die Rationalisierungspotenziale weitgehend ausgeschöpft und die Kosten stiegen wieder. Preistreibend wirkten insbesondere die politischen Kosten. Allein die Ökosteuer belaste die bayerische Stromkunden in diesem Jahr mit fast 1 Mrd. €. Das sei fast viermal soviel wie 1999. Die gesamten politischen Lasten auf Strom belaufen sich laut Deml pro Jahr auf rund 1,8 Mrd. € zuzüglich Mehrwertsteuer. 1999 seien es erst 0,6 Mrd. € gewesen. Dennoch schneide Bayern im bundesdeutschen Strompreisvergleich gut ab. „Das will bei den notwendigen Versorgungsstrukturen in diesem Flächenstaat etwas heißen“, sagte Deml nicht ohne Stolz.

Kritik an Europa

Kritik übte der VBEW am Stand des Wettbewerbs im europäischen Strommarkt, denn nur fünf von 15 EU-Staaten hätten ihren Markt bereits voll liberalisiert. Erst Mitte 2007 könnten in der EU alle Privatverbraucher ihren Lieferanten frei wählen, industrielle und gewerbliche immerhin von Mitte 2004 an. Deutschland habe seinen Markt zu 100 % geöffnet „und damit eine gewaltige Vorleistung erbracht“.

dho.

Dem eGovernment fehlt Bürgernähe

Von Prof. Klaus Jamin

Die Europäische Kommission hat in Zusammenarbeit mit der Management- und IT-Beratung Cap Gemini Ernst & Young festgestellt, dass dem eGovernment noch immer die Bürgernähe fehlt. Beileibe scheitert der Fortschritt in diesem Bereich nicht nur an den Kosten. Wünschenswert ist nach der Analyse auch eine Koordinierung sämtlicher eGovernment-Aktivitäten in Deutschland, damit vermieden werden kann, dass das Rad immer wieder neu erfunden werden muss. Außerdem werden dadurch Insellösungen verhindert, die einer späteren, bundesweiten Verbindung der Dienste im Wege stehen.

Während immer mehr Länder Europas allerdings einen hohen Grad an Online-Ausprägung ihrer Dienste erreichen, verlangsamt sich die Geschwindigkeit der Weiterentwicklung.

Die Möglichkeit, Daten im Dialog mit dem Kunden zu ver- und bearbeiten liegt im-

merhin in der Öffentlichen Verwaltung bei 60 Prozent.

Deutschland liegt hinten

Deutschland liegt mit einem Durchschnittswert von 48 Prozent der eGovernment-Aktivitäten nur an drittlezter Stelle im europäischen Vergleich. Bester ist Schweden mit 87 Prozent.

Für die Modernisierung von Staat und öffentlichen Verwaltungen, wird eGovernment gern als Leitmotiv gesehen. Hier kann jeder „kleine“ und „große“ Bürger hautnah die Möglichkeiten - und auch die Grenzen der Informationstechnologie erleben. Das kann durchaus auch zur Frage führen „Warum machen wir das in unserem Unternehmen nicht auch so?“.

eDemokratie bietet Mitwirkungsmöglichkeiten

Und ein gewünschter Nebeneffekt ist: eGovernment, weiterentwickelt zur eDemokratie, bietet die Chance, die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger entscheidend zu verbessern.

Kundenorientierte Dienstleistung

Bayern versteht seine Vision für eGovernment als kundenorientierte Dienstleistung. (Bayern Online). Das durchaus legitime Ziel sind Standortvorteile, die sich Bayern durch eGovernment erarbeiten will.

In einer zunehmend vernetzten Wirtschaft können die Länder ihre Wettbewerbsposition verbessern, die im Inernet präsent sind und ihre Dienstleistungen dort anbieten.

Motivierender Aspekt

Ein besonders wichtiger, da motivierender Aspekt ist, dass die Verwaltungen auch untereinander vernetzt sind. Man nennt das Government-to-Government (G2G). So kann eine maßgeschneiderte Dienstleistung für die Mitarbeiter selbst (G2E - Government-to-Employee) erarbeitet und angeboten werden.

Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung

eGovernment sollte also nicht bei dem Internet-Auftritt aufhören, sondern einen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung und zur Erneuerung der Arbeitsprozesse (im Hinblick auf das Qualitätsmanagement) bieten. Allerdings muss in diesem Bereich noch kräftig geschult werden, denn nur die Mitarbeiter, die täglich mit den

Prozessen umgehen, kennen die Probleme und können sie lösen - mit dem Ziel der Arbeiterleichterung und - beschleunigung für alle - Mitarbeiter und Bürger.

Größte Durchdringung

Die Abbildung zeigt, dass in den Bundesländern im Durchschnitt die Arbeitsvermittlungsdienste mit mehr als 80 Prozent über die größte Durchdringung in Bezug auf elektronische Dienstleistung verfügen.

Veränderte Altersstruktur

Bei den Leistungen im Gesundheitswesen sieht es dagegen besonders traurig aus. Im Zeichen der sich ändernden Altersstruktur sollte sich dieses Szenario möglichst bald ändern.

eGovernment in allen Bundesländern

Rangfolge, Zahlen im Durchschnitt

Arbeitsvermittlungsdienste	81
Einkommenssteuer	74
Mehrwertssteuer	68
Körperschaftsteuer	62
Neueintrag eines Unternehmens	58
Zolldeklarationen	57
Übermittlung von Daten an Statistik-Ämter	56
Sozialbeiträge für Mitarbeiter	50
Öffentliche Beschaffung	44
Sozialleistungen	43
Meldungen des Wohnortwechsels	40
Persönliche Dokumente	40
Öffentliche Bibliotheken	38
Immatrikulation	37
Kfz-Zulassung	33
Geburts- und Heiratsurkunden	31
Umweltzertifikate	29
Erklärungen gegenüber der Polizei	29
Beantragen von Baugenehmigungen	27
Leistungen im Gesundheitswesen	7

Die Arbeitsvermittlungsdienste haben die Umsetzung der **möglichen Online-Anwendungen bereits weitestgehend - bis 81 % - ausgeschöpft. Im Gesundheitswesen wurden die **möglichen Anwendungen bisher nur zu 7 % genutzt.****

Für gute eGovernment-Anwendungen gibt es Preise

Das Bundesinnenministerium will E-Government Anwendungen und damit die Verwaltungsmodernisierung fördern. Es vergibt daher für die besten Konzepte in verschiedenen Bereichen Preise. Die Gewinner dürfen je zwei Mitarbeiter auf Weiterbildungsreise in die USA schicken.

Bis Ende Januar 2003 hatten 17 Behörden und Verwaltungen des Bundes, 38 der Länder und 38 Kommunen auch ihre geplanten oder bereits realisierten Projekte eingereicht. Die Beiträge wurden von einer unabhängigen Jury bewertet

Ungewohnter Verwaltungszugang

Im Bereich Wirtschafts- und Bürgerdienste wurde die Berliner Senatsverwaltung für Inneres ausgezeichnet. Thema: Aufbau einer IT-Infrastruktur, die die Einrichtung von mobilen Bürgerbüros erlaubt. So können auch Bevölkerungsgruppen über das Internet Verwaltungszugang, die den Umgang mit Online-Systemen nicht gewohnt sind.

Die Auszeichnung für die beste Realisierung in der selben Kategorie erhielt Esslingen. Ein virtuelles Bauamt soll die Abwicklung von Verwaltungs- und

Wirtschaftsabläufen mit der Bauwirtschaft ermöglichen.

Für den besten Vorschlag in der Sparte Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau wurde das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen prämiert. Von ihm wurde ein Wasserstraßen-Geoinformationssystem „Wagis“ zur einheitlichen Nutzung raumbezogener digitaler Grundlageninformationen über Objekte an Bundeswasserstraßen entwickelt.

Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen erhielt den Preis für die beste Realisierung. Die Jury zeichnete auch das Daten-Informationssystem für Controlling und Berichterstattung („Discur“) aus. Es verbessert die Bearbeitung von Förder- und Vergabevorgängen und hilft bei der behördenübergreifenden Verwaltung in den Bereichen Haushaltsplanung, Projektentwicklung und Controlling. ja

Auf der CeBIT 2003 präsentierte Infoma weitere Produktentwicklungen:

Integrierte Komplettlösung newsystem kommunal®

Mit newsystem kommunal® stellt die Ulmer Infoma Software Consulting GmbH Kommunen aller Größenordnungen ein flexibles, projekt- und bedarfsorientiertes Verfahren für das neue Finanzwesen zur Verfügung. Die integrierte, modulare Gesamtlösung übernimmt sowohl die klassisch kamerale und erweiterte als auch die doppische Rechnungsführung. Gleichzeitig deckt sie alle übrigen Anforderungen, wie Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierung, Controlling, Anlagenbuchhaltung, Kasse, Berichtswesen, Steuern und Abgaben etc. ab.

Zur CeBIT 2003 präsentierte sich das System mit weiteren leistungsstarken Funktionalitäten. So wurde das Modul Abgaben, Gebühren und Beiträge um die Verbrauchsabrechnungen Wasser und Abfall ergänzt. Damit lassen sich ab sofort alle veranlagungsrelevanten Informationen für die Abrechnung von Wasser- und Abfallgebühren noch effizienter verarbeiten, speichern und auswerten.

Variabler Bescheiddruck

Auch die Veranlagungsmodul wartet aktuell mit einem zusätzlichen Produktmerkmal auf.

Der neue Bescheiddruck ermöglicht dem Anwender, Bescheidtypen und -aufbau variabel nach seinen individuellen Anforderungen einzurichten. Die Archivierung der Bescheide erfolgt datenorientiert im Rahmen von newsystem® kommunal.

User Portal

Für den Bereich e-Government stellt Infoma gleich zwei neue Funktionalitäten bereit. Mit dem User Portal als interaktiver Benutzerschnittstelle kann der Anwender nun ortsunabhängig per Internet auf newsystem® kommunal zugreifen, während

Hat IT noch eine Chance?

„IuK liegt in der Zukunft aller Dinge“

Zu einer interessanten Podiumsdiskussion unter dem Motto „Hat IT noch eine Chance“ lud ROSIK e.V., die Rosenheimer Initiative zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnik, Unternehmer sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung ins Rosenheimer Kultur und Kongresszentrum. Als Moderator der Veranstaltung fungierte Norbert Haimerl vom RFR.

In seinen Grußworten erzählte Stadtdirektor Diethard Schinzel in Vertretung von Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer von Rosenheims Einstieg in die Informations- und Kommunikationstechnik (IuK). Vor fünf Jahren beschloss die Stadt Rosenheim, auf Initiative von Professor Dr. Roland Feindor, Informatikprofessor an der Rosenheimer FH, der Profilbildung der Stadt ein weiteres Standbein zu geben. Neben der Holz-, Schul- und Einkaufsstadt sollte sich Rosenheim als IuK-Zentrum Südbayerns profilieren. „Die Idee wurde vom Stadtrat für gut befunden und gebilligt“, so Schinzel, der als IuK-Motor seither zahlreiche Projekte mit vorantrieb und unterstützte: „Der Verein ROSIK, ein Netzwerk von Firmen und Förderern der IuK-Technik wurde ins Leben gerufen und hat inzwischen 73 Mitglieder, Rosenheim ist an zwei grenzüber-

schreitenden EU-Projekten beteiligt, eine IuK-Akademie wurde gegründet, regelmäßig finden IT-Messen statt, das Rosenheimer Einkaufsnetz sowie e-commerce für Behindertenwerkstätten ist am Laufen und das Rosenheimer Schulnetz findet ebenso wie das fortschrittliche e-government der Stadt bayernweit große Beachtung“, betonte der Stadtdirektor. Aus seiner Sicht hat sich die Profilbildung als richtiger Weg in die Zukunft erwiesen. Zahlreiche Existenzgründer der IuK-Branche haben sich in Rosenheim und der Region angesiedelt und über 4500 Beschäftigte arbeiten in dieser Branche derzeit in Rosenheim, Tendenz steigend. Trotz dem allgemeinen Tiefpunkt auf dem IT-Markt ist in Rosenheim von Krisenstimmung wenig zu spüren. „Nur wenige ROSIK Mitgliedsfirmen mussten in den letzten Jahren Insolvenz anmelden. Die meisten IT-Unternehmen haben Nischen gefunden, in denen sie gut arbeiten und leben können“, so Schinzel.

Der Erfolgsfaktor

Auch Gastredner Professor Dr. Rudolf Hagenmüller, Geschäftsführer der FAST GmbH, Software Forum Bavaria e.V. sieht optimistisch in die IT-Zukunft Bayerns, dem „Silicon Valley Deutschlands“. 30 Prozent aller deutschen IT-Start-ups sind in Bayern angesiedelt. Ein Kriterium hierfür ist seiner Meinung nach die kommunale und politische Förderung von IuK-Technologien. Branchenübergreifend sieht Prof. Hagenmüller IT als Erfolgsfaktor für den bayerischen Mittelständler.

Blick nach innen

Gleich ob Kühlschranks, Chipkarten oder Autotüren - „IT ist das zentrale Element unserer Wirtschaft“ so Prof. Hagenmüller, der betonte: „Die letzten 10 Jahre wurde der Blick nach innen gerichtet, jetzt müssen Software-Firmen nach Außen agieren“. Internationale Kundenbeziehungen und Projektgeschäfte wie sie bereits der Rosenheimer Antennenhersteller Kathrein tätigt, sowie Partnerschaften mit Mittel- und

Osteuropa, oder auch der Einstieg in das Weltbank-Projekt „Reduzierung der Armut durch IT“, können bayerischen IuK-Unternehmen Wege in eine erfolgreiche Zukunft weisen. Gleich ob Softwareentwickler oder Dienstleister - Qualität wird letztendlich den Ausschlag für das Überleben der Unternehmen geben, denn preislich werden deutsche Unternehmen mit IT-Unternehmen aus Indien nie konkurrieren können.

Die Basis für Qualität bildet eine profunde Ausbildung auf allen Ebenen. Da dies auch von der Staatsregierung erkannt wurde, soll IT-Ausbildung laut Professor Hagenmüller noch weiter intensiviert und als Basiswissen bereits in der Grundschule unterrichtet werden.

Qualität hat Vorrang

„In den letzten sechs Jahren wurden viele neue IT-Ausbildungsberufe erfolgreich gestartet“, so Helmut Burger, von der IHK München. ROSIK-Vorsitzender Hans Lemke bildet ebenso wie GIS-Chef Erwin Kühnel seit Jahren junge Menschen zu IT-Fachkräften aus. Lemke betont allerdings den dringenden Bedarf weiterer Ausbildungsfirmen und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Region. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht mit der Entwicklung und Qualität hinten bleiben. Nur Qualität wird uns in Zukunft weiterbringen“, so der Itinion-Geschäftsführer, der sich vor allem in dieser Hinsicht Förderung durch den Staat wünscht.

Georg Bauer, Azubi im dritten Lehrjahr zum Fachinformatiker Anwendungsentwicklung bei der Firma GIS AG in Bad Aibling, ist mit seiner soliden, vielseitigen, praxisorientierten Ausbildung sehr zufrieden. Seiner Ansicht nach ist fundiertes Wissen Garant für einen erfolgreichen Berufseinstieg. Nach Abschluss der Ausbildung will er an der FH Rosenheim Informatik studieren.

Das Studium an der FH fast zur Hälfte absolviert hat dagegen Maria Paul. Die junge Informatikstudentin blickt erwartungsvoll und optimistisch in die berufliche Zukunft, die möglichst in der Region bis nach München beheimatet sein soll. Seit ihrem Praktikumsemester bei der Firma Orca in Rosenheim weiß sie: mit guten Ideen und dem Erkennen von Nischen hat man immer gute Chancen.

Eine zeitgemäße Lösung

baynet.de bietet den Kommunen eine eGovernment-Basis zum Nulltarif

Von Bernd Axmann, Geschäftsführer VMB Virtueller Marktplatz Bayern GmbH

„Wenn der Prophet nicht so gerne zum Berg kommt, muss der Berg eben zum Propheten nach Hause kommen.“ So könnte das Motto von eGovernment lauten. In einer Zeit, in der das Internet zunehmend an Bedeutung für das Berufs- und Privatleben gewinnt, kann und will auch Vater Staat nicht abseits stehen. In vielen Initiativen versuchen die Verantwortlichen daher seit einigen Jahren, virtuelle Behördengänge zu schaffen, um die Effizienz des oft gescholtenen Beamtenapparates zu erhöhen. Den Bürgern soll damit eine einfache und flexible Möglichkeit geboten werden, Verwaltungsformalitäten zeit- und ortsunabhängig via Internet zu erledigen.

Für die Mitarbeiter in den Behörden bietet die Digitalisierung des Kundenverkehrs andererseits eine deutliche Entlastung, da sich die Zahl der fehlgeleiteten oder falsch ausgefüllten Formulare durch die Online-Beratung minimieren lässt. Zudem entfallen die oftmals zeitraubenden Auskünfte darüber, welcher Kollege wofür zuständig ist und wo er wann anzutreffen ist.

Der Staat hinkt der Wirtschaft hinterher

Die Wirtschaft hat diesen Weg bereits seit längerem beschritten und trifft damit offenbar den Geschmack der Leute. Nach einer von der deutschen Postbank AG in Auftrag gegebenen Studie haben im Jahr 2002 weltweit fast zwei Drittel der Internet-Anwender Produkte oder Dienstleistungen online eingekauft. Zwei Jahre zuvor waren es gerade mal 36 Prozent. Deutlich wird dieser Trend auch im Bankenbereich: Vier von zehn der derzeit knapp 42 Millionen Internetbenutzer in Deutschland tätigen Bankgeschäfte über das Internet. Angesichts dieser Zahlen sehen auch zunehmend Kommunen ihre Chance, über das Internet mehr Bürger zu erreichen und ihren Service anzubieten.

Doch obwohl die Idee stimmt und die Bereitschaft sowohl bei den Behörden als auch bei der Bevölkerung festzustellen ist, sind es noch viele kleine Schritte auf dem Weg zu einem umfassenden eGovernment und Deutschland ist noch lange nicht da, wo es eigentlich sein sollte. Eines der Grundprobleme sind fehlende Standards und Vorgaben nach denen sich die Kommunen richten können. Das Ergebnis sind viele unterschiedliche Lösungen, die ein deutliches Qualitätsgefälle aufweisen.

Aktuelle Studie

Nach einer aktuellen Studie des Beratungsunternehmens Cap Gemini Ernst & Young, bei der 18 europäische Staaten verglichen wurden, rangierte „der deutsche Michel“ mit seinen virtuellen Amtsstuben nur auf Rang 16. Die Gründe hierfür sieht Cap Gemini Ernst & Young vor allem im vorherrschenden Online-Flickentepich, der aus den unterschiedlichen staatlichen Zuständigkeiten resultiert.

Doch neben fehlenden Standards und Vorgaben sind die leeren Kassen bei den Kommunen ein mindestens genauso gewaltiger Hemmschuh. Nach Aussagen des Deutschen Städtetages erwarten die Städte und Gemeinden für 2003 ein Rekorddefizit von knapp zehn Milliarden Euro. Das bedeutet einen weiteren drastischen Rückgang an Investitionen. Da laut Städtetag gleichzeitig die ständigen Ausgaben - vor allem für soziale Leistungen - im kommenden Jahr um knapp sechs Prozent auf über 30 Milliarden Euro ansteigen, bleibt wenig Spielraum für einen groß angelegten Ausbau der eGovernment-Strukturen. Ob das geplante Konnexität-Gesetz da Abhilfe schaffen kann, bleibt abzuwarten und zumindest fraglich.

In dieser Situation ist eine einheitliche, zentrale Plattform, wie sie die VMB Virtueller Markt-

Zunächst lokalisiert er sich auf der Startseite, in dem er seinen Heimatort eingibt. Danach wählt der Besucher eine Lebenslage zu seinem Anliegen, die er durch die dann folgenden Vorschlagslisten noch konkretisiert. Der Besucher findet so zu den online abrufbaren Leistungen der fachlich und örtlich zuständigen Behörden.

Umfangreiches Angebot

Dabei geht das Angebot weit über die Auflistung staatlicher Stellen hinaus und bietet zusätzlich Informationen aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Tourismus. Eine Gemeinde kann so neben dem Verwaltungsservice gleichzeitig auch das kulturelle

Angebot oder Fremdenverkehr darstellen.

Durch die Einbindung in das Lebenslagenkonzept von baynet.de erreichen vor allem kleinere Städte und Gemeinden ein ungleich größeres Publikum als mit der eigenen oder ganz ohne Internet-Präsenz. Ein Mehrwert, den der kostenpflichtige Eintrag in eine Suchmaschine nicht bieten kann, da dort die intuitive Führung der Besucher wie bei baynet.de fehlt.

Regionale Dienstleister

Neben den behördlichen Angaben bietet das Bayernportal noch eine Auswahl von regionalen Dienstleistern, die für das Anliegen des Besuchers relevant sind. Bei der Lebenslage Umzug erscheinen etwa neben den Angaben der zuständigen Meldebehörden auch Links zu professionellen Umzugshelfern oder Mietwagenfirmen. Die Datenbasis ist bei baynet.de ein Unternehmensver-



zeichnis mit derzeit ungefähr 700.000 Einträgen in Bayern. Im Idealfall können sich die Besucher auf diesem Wege gleich via E-Mail Informationen und Kostenvoranschläge einholen. Unternehmen, die gerne in diesen Übersichten erscheinen wollen, können sich kostenfrei eintragen.

Erweiterte Unternehmens- und Servicedarstellungen, etwa in Form einer Visitenkarte (Screenshot Visitenkarte), sind ebenfalls preisgünstig möglich. Des Weiteren sind externe Links zu weiterführenden Informationen aufgeführt. (Screenshot, Icon und Informationstypen).

Wohin geht die digitale Reise in der öffentlichen Verwaltung?

Kongress der dbb akademie gibt Auskunft

Im Juni ist es wieder soweit: Zum 4. Mal veranstaltet die dbb akademie zusammen mit dem dbb beamtenbund und tarifunion, Microsoft Deutschland und anderen namhaften Sponsoren wie SAP, KPMG und DBV-winterthur vom 3. bis 4. Juni 2003 den Kongress "Neue Technologien für eine neue Verwaltung" in Leipzig. Das moderne Kongresszentrum bietet die ideale Kulisse für zukunftsweisende Entwicklungen.

Vier Jahre „Neue Technologien für eine neue Verwaltung“ - Wo liegt das Erfolgsgeheimnis dieses Kongresses? Vorträge, Diskussionen, Foren, Fachausstellung - es ist die besondere Mischung, die von Besuchern und Ausstellern gleichermaßen geschätzt wird. Sie gestattet die Konzentration auf komplexe Themen, verbindet Theorie und Praxis auf höchstem Niveau und ermöglicht den qualifizierten Austausch von Referenten, Teilnehmern und Ausstellern. Gelegenheit für interessante Gespräche bieten nicht nur die beiden Kongresstage, sondern auch eine festliche Abendveranstaltung am ersten Tag.

Höhepunkte

Einer der Höhepunkte des diesjährigen Kongresses wird u.a. der Eingangsvortrag von Otto Schily, dem Bundesminister des Innern und Schirmherrn der Veranstaltung zum Thema „Innovative Verwaltung für ein erfolgreiches Deutschland“ sein. Weitere Vorträge von nam-

haften Vertretern aus der Wirtschaft und eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion ergänzen das Programm.

IT-Praxis in den Foren

Wirklich praktisch wird es in den 24 Fachforen. In diesem Jahr zum ersten Mal zeitversetzt bieten sie dem Besucher Gelegenheit, innovative IT-Anwendungskonzepte für die öffentliche Verwaltung kennen zu lernen. Und nicht nur das: Referenzkunden aus der öffentlichen Verwaltung berichten von ihren Erfahrungen mit den jeweiligen Produkten. Besser werden durch Lernen von anderen - neudeutsch auch der erste Schritt zum Benchmarking als Chance für richtige Entscheidungen.

Kompetentes Publikum

Ein weiteres Erfolgsgeheimnis des Kongresses sind seine Teilnehmer: Führungskräfte aus allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und allen Teilen

Deutschlands bilden ein kompetentes Publikum. Für sie geht es um die Weiterentwicklung in ihren jeweiligen Behörden, sie gestalten den Weg zum eGovernment maßgeblich mit.

Ähnlich verhält es sich bei den Personalvertretern, einer weiteren Zielgruppe des Kongresses. Für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist das Wissen über Stand und Möglichkeiten IT-gestützter Verwaltungsarbeit unerlässlich.

Die integrierte Verwaltung

Teil am Kongresserfolg haben natürlich auch die jährlich ausgewählten Schwerpunktthemen - sie müssen den Nerv der Zeit treffen und im wahrsten Sinne des Wortes diskussionswürdig sein. Auch in diesem Jahr ist das wieder gelungen.

Denn es menschelt geradezu beim Begriff der integrierten Verwaltung. Wer will wen zu welchem Preis integrieren? Die Verwaltung den Bürger und die Wirtschaft - der Bund die Länder und Kommunen - die Technik den Menschen? - Maßnahmen sind gestattet, fordert diese Begrifflichkeit sie doch geradezu heraus. Doch ernsthaft: Eine integrierte IT-Verwaltungslandschaft in Deutschland macht Sinn.

Mensch und Arbeitswelt und damit auch die öffentliche Verwaltung sind geradezu ins digitale Zeitalter katapultiert worden. Während vor zehn Jahren der PC eben mal ein gängiges Arbeitsmittel wurde, geht es

heute bereits um das virtuelle Rathaus mitsamt digitaler Signatur, Workflow, Storage und IT-gestütztem Benchmarking.

Einheitliche Standards statt Insellösungen

Unglaubliche Entwicklungen im Hard- und Softwarebereich haben diesen Weg ermöglicht. Einleuchtend ist: Je umfangreicher die Technik von immer mehr Organisationseinheiten genutzt wird, desto dringlicher werden einheitliche Standards.

Neben der Verbesserung der internen Kommunikation und Information liegt ein wesentliches Augenmerk auf der Einbindung von Dritten. Bürger, Firmen, Verwaltungen sollen künftig interaktiv in den Verwaltungsprozess integriert werden. Unverzichtbar ist dabei die Einbindung aller Verwaltungsebenen. eGovernment-Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen miteinander zu verbinden, wird in diesem Zusammenhang eine zentrale Aufgabe sein.

Basiskomponenten

Dabei muss aber nicht jeder das Rad neu erfinden - die gemeinsame Nutzung von Basiskomponenten vermeidet kostspielige Doppelentwicklungen und Insellösungen, die die Kommunikation untereinander erschweren. Hier setzt der Kongress der dbb akademie an: Unterschiedliche Lösungen werden von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft vorgestellt und diskutiert.

Fazit: Für jeden, der wissen will, wohin die digitale Reise in der öffentlichen Verwaltung geht, ist der Kongress in Leipzig ein „Muss“. Aktuelle Informationen unter www.neue-verwaltung.de

Katasterneuermessung Coburg:

Erfolgreicher Abschluss nach zehn Jahren

Positiv zum Abschluss gebracht hat das Bayerische Landesvermessungsamt das Projekt „Katasterneuermessung Coburg“. In einer Feierstunde im Rathaussaal der Stadt Coburg warfen Experten einen Rückblick auf die geleistete Arbeit und informierten über den Nutzen des Endprodukts, die sogenannte Digitale Flurkarte.

Die Stadt Coburg ist derzeit die einzige Stadt ihrer Größenordnung in Bayern, die flächendeckend diese mit hoher Genauigkeit erstellte Digitale Flurkarte besitzt. Damit ist sie in der Lage, ihre Verwaltung, Planung und Bestandsdokumentation nach modernsten und wirtschaftlichsten Gesichtspunkten zu organisieren. GIS - Geographisches Informationssystem - lautet das Zauberwort. Die Summe von etwa 3,5 Millionen Euro, die auf zehn Jahre verteilt an das Bayerische Landesvermessungsamt zu zahlen war, hat die Stadt Coburg gut angelegt. Auch die Städtischen Werke, Ingenieurbüros oder Architekten profitieren davon.

Historie

Die Katasterkarten im Herzogtum Coburg wurden in den Jahren 1855 bis 1863 im Auftrag von Herzog Ernst II. von Bayerischen Geometern erstellt. Anlass war der Bedarf nach einer Grundlage für eine gerechte Grundsteuererhebung. So entstand das genaueste und modernste Kataster seiner Zeit - bis in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Ansprüche an genauere Eigentumsverhältnisse und Grundstücksflächen wuchsen. Knapper Grund und Boden, steigende Bodenpreise, rege Bautätigkeit und der Wunsch, die Stadtgrundkarte in EDV-gerechter Form vorzuhalten, veranlassten den Stadtrat zu dem Beschluss, eine Katasterneuermessung durch das Bayerische Landesvermessungsamt durchführen zu lassen. Am 16. Januar 1991 gab Oberbürgermeister Norbert Kastner den Startschuss für das Projekt „Katasterneuermessung Coburg“.

Messtrupps im Einsatz

Im gesamten Stadtgebiet suchten die Mitarbeiter des Landesvermessungsamts ab sofort jeden Grenzpunkt auf, überprüfen oder erneuerten die Abmarkung und maßen die Grenzen zentimetergenau auf. Frühere Vermessungsergebnisse, die diese Genauigkeitsanforderungen erfüllten, wurden rechnerisch übernommen. Im Schnitt waren sieben, in Spitzenzeiten bis zu zwölf Messtrupps gleichzeitig im Einsatz. Die blauen VW-Busse mit Münchner Nummern sind vielen Coburgern sicher noch in Erinnerung. Im August 2001 war der Außendienst beendet.

Das Stadtgebiet Coburg hat gegenwärtig eine Fläche von rund 48 km², besteht aus 18.750

Flurstücken und 23.270 Gebäuden. Etwa 415.000 Einzelpunkte wurden vermessen. Die Digitale Flurkarte ersetzt am Staatlichen Vermessungsamt im Marstall die bisherige analoge Flurkarte und wird damit zur amtlichen Flurkarte. Jeder, der dort einen Lageplan bezieht, kann sich von der guten Qualität und Genauigkeit überzeugen. Fachkunden können diese Daten künftig tagesaktuell aus dem Internet beziehen, rund um die Uhr.

Die Daten der Digitalen Flurkarte werden zur Zeit mit den zusätzlichen Informationen der Stadtgrundkarte ergänzt. Abgeschlossen ist die Erfassung der Kanalfolie und der Höhenfolie. Wesentlich arbeitsintensiver ist die Bearbeitung der Topografiefolie. Diese ist komplett gesamt, vektorisiert und in die Datenbank eingelesen. Eine Überarbeitung der so gewonnenen Vektordaten ist noch notwendig. Voraussichtlich im Jahr 2004 werden diese Arbeiten abgeschlossen sein. Damit steht der Stadt dann ein digitales Kartenwerk zur Verfügung, das allen künftigen Anforderungen gerecht wird.

Erste Schritte

Derzeit wird die digitale Stadtgrundkarte von folgenden Ämtern bereits genutzt: vom Grünflächenamt für das Grünflächenkataster, vom Stadtplanungsamt teilweise für die Erstellung von Bebauungsplänen, vom Tiefbauamt zur Erfassung der Kanaldaten, sowie von SÜC H2O GmbH als Grundlage für ihr Leitungskataster.

Als nächster Schritt sollen die grafischen und grundstücksbezogenen Daten jedem berechtigten Amt zur Verfügung gestellt werden. Hier bietet sich die Web-Technologie an. Mit dem Intranet verfügt die Stadt über neueste Technik, mit der über einen grafischen Webserver alle Daten an jedem Arbeitsplatz angezeigt werden können. In einem späteren Schritt ist es möglich, diese auch über das Internet Architekten und Planungsbüros unter gewissen Voraussetzungen bereitzustellen.

Fazit: Mit der Katasterneuermessung hat die Stadt Coburg ein Kartenwerk erhalten, das den heutigen Bedürfnissen gerecht wird. Die Kosten konnten erheblich unter den Haushaltsansatz gedrückt werden. Erste Schritte, um diese Daten wirtschaftlich zu nutzen, sind mit der digitalen Abgabe an verschiedene Ämter und Ingenieurbüros bereits getan. **DK**

Microsoft steigert Gewinne

Q3: Neues Lizenzprogramm und Windows XP treiben Umsatz in die Höhe

Der US-Softwaregigant Microsoft hat im dritten Quartal seines Geschäftsjahres 2003 mehr verdient als allgemein erwartet wurde. Der Nettogewinn stieg von 2,74 Mrd. Dollar oder 25 Cent pro Aktie in der Vergleichsperiode des Vorjahres auf 2,79 Mrd. Dollar oder 26 Cent pro Aktie. Analysten hatten mit einem Gewinn von 24 Cent gerechnet.

Auch beim Umsatz konnte der Konzern deutlich zulegen. Dieser stieg um acht Prozent auf 7,84 Mrd. Dollar, teilte das Unternehmen mit. Für das Schlussquartal wurden die Erwartungen allerdings etwas zurückgenommen.

Starke Performance im dritten Quartal

CFO John Connors geht davon aus, im laufenden vierten Quartal einen Umsatz von 7,8 bis 7,9 Mrd. Dollar zu erzielen. Die starke Performance im dritten Quartal führte Microsoft in erster Linie auf ein neues Lizenz-Programm, steigende Verkäufe des Betriebssystems Windows XP und ein deutliches Plus von 21

Prozent bei den Server-Auslieferungen zurück.

Einziger Wermutstropfen war der rückläufige Absatz der Spielekonsole Xbox. Trotzdem blieb Connors für die Zukunft nur gedämpft optimistisch.

Keine Nachfragebelebung zu erwarten

Laut seiner Einschätzung ist auch im kommenden Geschäftsjahr keine Nachfragebelebung zu erwarten. Im Gegensatz zu optimistischeren Analystenprognosen rechnet Microsoft 2003/04 mit einem Gewinn zwischen 1,04 und 1,06 Dollar je Aktie. Der Umsatz soll 33,1 bis 33,8 Mrd. Dollar erreichen.

Grundsteinlegung für neues Telekom Center München

Stoiber: „Wichtiger Impuls für die Bauwirtschaft“

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber gab bei der Grundsteinlegung für das neue Telekom Center München ein Bekenntnis zur Informations- und Kommunikationstechnologie ab. Stoiber: „Das neue Telekom Center München ist eines der größten Bauvorhaben im Raum München.“

200 Millionen Euro Investitionen in 2.500 attraktive Arbeitsplätze geben ein Signal: IuK bleibt die Zukunftsbranche mit großen wirtschaftlichen Chancen. Daran ändert auch zwischenzeitliche Stagnation nichts.

Entwicklungssprünge

Technische Neuerungen werden zu weiteren Entwicklungssprüngen und immer wieder zu neuen Arbeitsplätzen führen.

Bayern ist als führende High-Tech- und Dienstleistungsregion gut aufgestellt. Es bleibt ein Schwerpunkt meiner Politik, die Attraktivität Bayerns für Zukunftstechnologie weiter auszubauen.

Wirtschaftsfreundliche und verlässliche Politik wecke Optimismus und ziehe Investoren an, erhebliche Mittel in den Standort Bayern zu investieren. Deshalb werde Bayern auch in Zukunft wirtschaftliche Dynamik und Unternehmertum fördern, herausragende Rahmenbedingungen für Investitionen in neue Technologien schaffen und die Standortattraktivität gezielt verbessern.

Bayern als Magnet

Mit dieser Politik sei Bayern zum Magneten für bedeutende Niederlassungen international operierender Konzerne geworden. Das gelte vor allem im High-Tech- und Medienbereich, zum Beispiel für Microsoft, Lucent, Oracle oder General Electric, das seine Deutschlandzentrale in Garching ansiedeln werde, erklärte Stoiber. Stoiber: „Aufgrund richtiger Weichenstellungen spielen wir im IuK-Bereich weltweit in der Spitzengruppe mit.“ Das Telekom Center München bilden sechs Gebäude mit einer Fläche von knapp 70.000 qm. Stoiber: „Eine Baumaßnahme dieser Größenordnung gibt auch einen wichtigen Impuls für die Bauwirtschaft, den diese dringend benötigt.“

China 2003 bereits der zweitgrößte PC-Markt weltweit

China soll im Jahr 2003 hinter den USA bereits der zweitgrößte PC-Markt der Welt werden. Laut einer Analyse des Marktforschers Gartner Dataquest <http://www.gartner.com> wird das Reich der Mitte Japan auf Platz drei verweisen. Insgesamt wuchs der PC-Markt in der Region Asien/Pazifik (exklusive Japan) um 8,6 Prozent und übertraf damit das weltweite Wachstum von 2,7 Prozent fast um das Dreifache.

Der chinesische PC-Hersteller Legend konnte seine Nummer-

eins-Position in der Region vor Hewlett-Packard (HP) und IBM behaupten. In der Region wurden 2002 rund 16,3 Prozent der weltweiten PCs verkauft.

Japan konnte seine Nummerzwei-Position im Vorjahr gerade noch retten, obwohl die Verkäufe um zehn Prozent rückläufig waren und auf 11,8 Mio. Einheiten zurückgingen. In China wurden im Vorjahr 9,3 Mio. PCs verkauft. Das größte Wachstum in der Region Asien/Pazifik wurde mit einem Plus von 40 Prozent in Thailand erzielt.

Ergebnis von BKPV-Prüfungen:

Defizite bei Wirtschaftlichkeit von IT-Maßnahmen

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband musste in der Vergangenheit bei Prüfungen der Informationstechnik (IT) von Mitgliedern häufig Defizite bei der Wirtschaftlichkeit von IT-Maßnahmen und im Bereich der IT-Sicherheit feststellen. Einige besonders häufige Prüfungsfeststellungen hat der Verband in seinen Mitteilungen kurz beispielhaft dargestellt.

Wie der BKPV feststellt, werden bei IT-Projekten häufig Kostenfaktoren nicht berücksichtigt, die eine spürbare Größe erreichen (z.B. Kosten für die Erhebung, Aufbereitung und Erfassung der Grunddaten, Schulungskosten, Personalkosten für die Datenpflege). Insbesondere in den Anwendungsgebieten Graphische Datenverarbeitung und Gebäudemanagement fallen erhebliche finanzielle und personelle Aufwendungen für die Erhebung und die laufende Pflege der benötigten Daten (Digitale Flurkarten, Raumdaten etc.) an.

Kostenplanung

Jedem IT-Projekt sollte deshalb eine gründliche Kostenplanung vorausgehen, die neben den Anschaffungs- und Herstellungskosten auch die Folgekosten über die vorgesehene Mindestnutzungsdauer berücksichtigt. Bei der Hardware ist laut BKPV im kommunalen Bereich von einer Mindestnutzungsdauer von etwa vier Jahren und bei der Anwendungssoftware von ca. acht bis zehn Jahren auszugehen.

IT-Lösungen unterliegen kurzen Innovationszyklen. Besonders wichtig ist deshalb eine zeitlich straffe Durchführung von IT-Projekten. Die folgenden beispielhaften Prüfungsfeststellungen zeigen häufige

Ursachen für vermeidbare Verzögerungen bei IT-Projekten auf:

- ≪ Erst nach Lieferung und Installation der neuen Hard- und Softwareausstattung stellte sich bei einer Gemeinde heraus, dass auch die Kommunikationsinfrastruktur (Netzwerkverkabelung) nicht mehr den notwendigen Anforderungen entsprach und erneuert werden musste.

- ≪ Zur Auswahl eines neuen Jugendamtsverfahrens gründete eine Stadt eine Projektgruppe. Mitglieder dieser Gruppe waren Mitarbeiter aus dem Jugendamt, dem Hauptamt und der IT-Abteilung. Nachdem die Auswahlentscheidung getroffen war, löste sich die Projektgruppe auf. In der Einführungsphase war das Jugendamt weitgehend auf sich alleine gestellt. Im Jugendamt bestanden jedoch noch keinerlei Erfahrungen mit der Einführung von Anwendungs- verfahren. Erhebliche Probleme bereiteten der Abnahme- und Funktionstest, die Reklamation von Mängeln des Anwendungs- verfahrens, die Übernahme der Altdaten und die Planung der Schulung. Die fehlende fachliche Unterstützung des Jugendamtes führte zu einer erheblichen Verzögerung beim Einsatz des Anwendungsverfahrens.

- ≪ Mit der Einführung eines Gebäudemanagements wollte eine Stadt Sachmittel im Gebäudeunterhalt einsparen. Ein Teil dieser Einsparungen sollte

für Aufgaben, die bislang nicht wahrgenommen werden sowie für qualitative Verbesserungen verwendet werden. Auf dieser Grundlage hatte die Stadt vier neue Planstellen geschaffen und bereits besetzt. Allerdings war das System zum Zeitpunkt der BKPV-Prüfung noch nicht in Betrieb, da kein Personal für die Datenerfassung und -erhebung bereitgestellt war.

Sicherheitsdefizite

Stichwort Defizite im Bereich Sicherheit: Durch technisches Versagen, versehentliches Löschen oder durch Manipulation können gespeicherte Daten unbrauchbar werden oder verloren gehen. Bei einem Landkreis wurden die Daten des Finanzwesens über einen Zeitraum von sieben Wochen nicht erfolgreich gesichert. Das eingesetzte Datensicherungsverfahren protokollierte zwar die Fehler bei der Datensicherung automatisch in einer Protokolldatei; allerdings wurden die Protokolle beim Landkreis nicht ausgewertet, so dass der Fehler unentdeckt blieb.

Der BKPV empfiehlt deshalb ein Datensicherungskonzept, das auch die eingesetzten Datenbanken mit einbezieht, zu erstellen, und dieses technisch entsprechend umzusetzen. Ein möglicher Aufbau eines Datensicherungskonzepts ist beispielhaft im IT-Grundschutzhandbuch aufgezeigt. Besonderes Augenmerk ist dem Prüfungsverband zufolge darauf zu richten, dass die Rekonstruktion von Daten mit Hilfe von Daten-

sicherungsbeständen sporadisch, mindestens aber nach jeder Änderung des Datensicherungsverfahrens, getestet wird. Hierbei müsse zumindest einmal nachgewiesen werden, dass eine vollständige Datenrekonstruktion, z.B. der Gesamtdatenbestand des Servers, möglich ist.

Auch schlägt der BKPV vor, aus Sicherheitsgründen sämtliche für den ausscheidenden/umgesetzten Mitarbeiter eingerich-

teten Zugangsberechtigten und Zugriffsrechte zu entziehen und zu löschen, wenn diese nicht mehr benötigt werden. Um dies sicherzustellen, sollte bei größeren Verwaltungen oder Organisationseinheiten die Personalverwaltung mit eingebunden werden, da diese in der Regel alle Neueinstellungen, Umsetzungen und das Ausscheiden von Bediensteten veranlasst.

Der Zugang zu den eingesetz-

ten IT-Systemen muss für jeden Benutzer durch ein Passwort gesichert sein. Hierzu erlauben es die marktgängigen Betriebssysteme, entsprechende Richtlinien für die Benutzung und Vergabe von Passwörtern zu definieren. Im Rahmen seiner überörtlichen Prüfungen stellte der Verband fest, dass entsprechende Möglichkeiten nicht in ausreichendem Umfang genutzt wurden. In einigen Fällen gelang es dem BKPV, ohne Einsatz sog. Hackertools in nur wenigen Minuten Zugang zum IT-System mit Administrationsrechten zu erlangen. Die häufigste Ursache war, dass Benutzerkonten für Systemdienste ohne oder mit einem leicht ermittelbaren Passwort versehen waren.

Orientierung an Richtlinien

Im IT-Grundschutzhandbuch sind für die Betriebssysteme Windows NT, Novell und Unix Richtlinien für die Benutzung und Vergabe von Passwörtern aufgeführt. Empfohlen wird, sich an diesen Richtlinien zu orientieren. Der „normale“ Benutzer sollte darüber hinaus keinen Zugriff auf Dateien/Anwendungen haben, mit denen Sicherheitslücken im IT-System aufgespürt werden können (z.B. net.exe bei Windows NT/Windows 2000). **KI**

e-procure 2003 in Nürnberg:

Vorteile bei Zeit, Qualität und Kosten

Vom 5. bis 7. Mai öffnet die e-procure 2003 in Nürnberg erneut ihre Pforten. Im Blickpunkt der Messe stehen Erfahrungen, Lösungen und Trends von der Optimierung betrieblicher Einkaufsprozesse bis hin zum Aufbau effizienter Beschaffungsnetzwerke über Unternehmensgrenzen hinweg. Neu im Programm ist diesmal die Experience Area: Hier werden namhafte Unternehmen aus den Branchen Automobil, Automotive, Energie sowie Geräte- und Apparatebau ihre E-Procurement-Lösungen gemeinsam mit den beteiligten Software-Herstellern und Dienstleistern präsentieren und über ihre Erfahrungen bei der Einführung der Systeme berichten.

Seit Mitte 2002 profitieren Energiedienstleister wie die Nürnberger N-ERGIE Aktiengesellschaft oder die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm von den Beschaffungslösungen aus dem Haus UTILITE-Place, die speziell für mittelständische Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsbetriebe zugeschnitten sind. Die Plattform beruht auf SAP-Technik und wird im ASP-Modus betrieben.

Gemeinsam mit dem Partner N-ERGIE bietet UTILITE-Place auch den kommunalen Kunden und Firmenkunden des Nürnberger Energiedienstleisters die Teilnahme am E-Procurement an. „Derzeit läuft das Pilotprojekt, wir sind mehr als zufrieden“, betont N-ERGIE-Einkaufsleiter Christof Helfrich: „Modellrechnungen zeigen, dass das damit verbundene Einsparpotenzial durchaus die Stromrechnung eines Handwerksbetriebs übersteigen kann.“

Paralleler Kongress

Auch heuer veranstaltet der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME), Frankfurt, den Kongress, der parallel zur Fachmesse e-procure im Messezentrum Nürnberg stattfindet. Sein Motto lautet: „Beschaffungs- und Lieferantenmanagement - Kostensenkung und Erfolgssteigerung durch moderne Konzepte und Systeme“.

Einblick in erfolgreich umgesetzte Projekte geben an drei Tagen hochkarätige Experten im Plenum, in neun parallelen Foren, in drei Branchenforen und vier Workshops. „Das Kongressprogramm ist sehr zukunftsorientiert. Die Referenten berichten aus ihrer Erfahrung, ob und wie die technischen Abläufe funktionieren. Und sie sagen auch, wie es nach der Implementierung von Tools weitergeht“, so Prof. Dr. Ronald Bogaschewsky, BME-Vorstand und fachlicher Berater des Kongresses. Zwei der Schwerpunkte im Kongress heißen Supply Chain Management und Supplier Relationship Management.

Als Eröffnungsdredner am 5. Mai sind mit dabei: Prof. Dr. Helmut Merkel, Mitglied des Vorstands der KarstadtQuelle AG, Walter Raizner, Vorsitzender der Geschäftsführung IBM Deutschland, und Prof. Dr. Horst Wildemann, Technische Universität München. Im Anschluss an die offizielle Eröffnung vergibt der BME den „BME Hochschulförderpreis“. Neu in diesem Jahr ist die Struktur des dritten Kongressstages, des sogenannten Branchentages am 7. Mai 2003. Dieser Tag ist unterteilt in parallel laufende Foren mit Fokus auf den öffentlichen Bereich, Auto-

Vernetzung von Geodaten vereinfacht kommunale Aufgaben:

Ilmünster nimmt GeoService-Portal von E.ON Bayern in Betrieb

Als erste bayerische Gemeinde wendet Ilmünster das von der E.ON Bayern AG entwickelte GeoService-Portal in kommunalen Aufgabenbereichen an. Das innovative System verknüpft lokale Verwaltungssoftware über Internet mit Geodaten, also alle Informationen über die kommunale Infrastruktur mit Bebauungsplänen, Raumordnung, Verkehrswegen und den Versorgungsleitungen. Ilmünster nutzt diese Geodaten zur Optimierung der Verwaltungsvorgänge. Den Aufbau, die Pflege und die Weiterentwicklung dieses gemeindlichen Geodaten-Netzwerkes übernimmt dabei die E.ON Bayern-Tochter, RDE Regionale Dienstleistung Energie GmbH & Co. KG als Betreiber des GeoService-Portals.

E.ON Bayern hatte im Auftrag der Gemeinde bereits im Juli mit der Übernahme des bis dahin nur auf handgezeichneten Plänen vorliegenden Kanal- und Wasserleitungsnetzes von Ilmünster in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Vermessungsbüro begonnen. Im November hatte sich die Gemeinde entschieden, auch die vorhandene Bauleitplanung, Straßenkataster, Ausgleichsflächen, Luftbilder sowie das Raumordnungskataster in das System zu integrieren.

Anton Steinberger, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ilmünster, Dr. Albrecht Schleich, Generalbevollmächtigter von E.ON Bayern, und Karl-Heinz Gerl, Vertriebsmanager bei der RDE Regionale Dienstleistung Energie GmbH & Co. KG, stellten das im Dezember eingeführte und in der Testlaufzeit bewährte Projekt nun der Öffentlichkeit vor.

Durch die hervorragende Zusammenarbeit mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung, der Regierung von Oberbayern und dem örtlichen Ingenieurbüro konnte die Gemeindeverwaltung bereits zum Jahresende die ersten Daten per Internet nutzen. Bürgermeister Anton Steinberger gab am 12. März mit der offiziellen

Freischaltung aller Daten über das GeoService-Portal den symbolischen Startschuss für höhere Leistungsfähigkeit und Qualität in der Verwaltung.

Verknüpfung der Systeme

Die Verknüpfung der verschiedenen Software- und Datensysteme straffe nicht nur die Abläufe im Bauamt sondern bringe auch wesentliche Vorteile bei der Bewältigung seiner Aufgaben als Gemeindeoberhaupt, erklärte Steinberger. Auch die zukünftige Einbindung des Wasserzweckverbandes Paunzhausen, der in Zukunft die Betriebsführung des Wassernetzes von Ilmünster übernimmt, sei mit diesem System kein Problem. Ein neues Kennwort genüge und schon könne der Wassermeister des Zweckverbandes bei Störungen auch an Sonn- und Feiertagen per Internet von zu Hause oder von unterwegs auf die Daten zugreifen.

Die Gemeinde Ilmünster ist damit die erste Kommune in Bayern, die das neue Angebot von E.ON Bayern zum wirtschaftlichen Einsatz von Geodaten nutzt. Teuere Investitionen in rasch wechselnde Technologien, der Aufbau von eigenem Personal

und die unvermeidlichen Risiken von GIS(Geo-Informationen-System)-Projekten gehören laut Dr. Schleich bei diesem Konzept der Vergangenheit an. In der professionellen Betreuung der Kommunen bei Aufbau und Nutzung der Geodaten zu marktorientierten Festpreisen und Anlaufzeiten von nur sechs Wochen nach Projektstart sowie der Datenbereitstellung sieht der Generalbevollmächtigte von E.ON Bayern die entscheidenden Erfolgskriterien des GeoService-Portals gegenüber den bisherigen Lösungen.

Mit diesem Konzept erweitert E.ON Bayern sein breites Dienstleistungsspektrum und ermöglicht allen Kommunen und Landkreisen den Aufbau eines gemeinsamen Geodaten-Netzwerkes mit vielfältigen Synergieeffekten. Gemeinsame Aufgaben, Interessen und Ideen wie aktuelles, online verfügbares Kartenmaterial, Bauanträge, Baugebiete, übergreifendes Störungsmanagement usw. lassen sich auf der Plattform GeoService-Portal zum Nutzen aller Beteiligten kostengünstig und rasch verwirklichen.

Über 50 Kommunen und Landkreise stehen derzeit in engen Verhandlungen mit E.ON Bayern, um auch für sich den Nutzen aus Geodaten über Internet zu realisieren. Interessant ist das GeoService-Portal auch für Kommunen, die bisher selbst CAD- und GIS-Arbeitsplätze betreiben oder die Daten von Dritten pflegen lassen. Geo-Daten sind dann für die gesamte Verwaltung, alle politischen Gremien und darüber hinaus optional auch für Bürger und Wirtschaft per Internet nutzbar. ≪

Auch Kommunen müssen sparen:

Ein Weg führt über Personaleinsatzplanungssysteme

Die Wirtschaft lahm, die Konjunktur kommt nicht in Schwung, doch die Ausgaben werden nicht weniger. An allen Ecken und Enden wird deshalb versucht, zu sparen. Dies trifft für den privaten Sektor ebenso zu wie für den öffentlichen. Gerade bei kommunalen Betrieben, wie Elektrizitätswerken, Berufsfeuerwehren, Krankenhäusern, Entsorgungsbetrieben, Wasserwerken und Kläranlagen, stehen sinkenden Einnahmen höhere Belastungen gegenüber. Einen der Kostenverursacher stellen die Personalkosten dar. Diese effizient zu minimieren, ohne Qualität einzubüßen, ist die Herausforderung der kommenden Jahre.

Wie lassen sich am einfachsten Personalkosten einsparen? Viele Unternehmer neigen dazu, diese Frage mit Freistellungen zu beantworten. Die Engpässe und Qualitätsverluste, die dadurch entstehen, bleiben zum Zeitpunkt der Entscheidung meist unberücksichtigt. Dabei wachsen Kosten bei genauerer Betrachtung meist nicht wegen einer zu großen Mannschaft, sondern weil diese ineffizient und daher kostenintensiv "verplant" wird.

Optimale Abstimmung

Die Folge: Die Mitarbeiter sammeln Überstunden an oder drehen, salopp gesagt, Däumchen, produzieren also Leerzeiten. Die Lösung: Mitarbeiter müssen so eingesetzt werden, dass Arbeitskraft und Arbeitslast optimal aufeinander abgestimmt sind. Planungen selbst sollten schnell und einfach durchgeführt und die Daten, beispielsweise an Lohn und Gehalt, auf kürzestem Weg übermittelt werden. Wie lässt sich dies bewerkstelligen?

Viele kommunale Betriebe

greifen auf Papier und Bleistift oder eine Excel-Tabelle zurück, um den Einsatz ihrer Mitarbeiter im Schichtbetrieb zu planen. Kurzfristige Ausfälle von Mitarbeitern lassen sich so jedoch nicht kontrollieren, da ein Einsatz nur mit einer gleichwertig qualifizierten Person möglich ist. Bei dieser sollte zudem das Überstundenkonto nicht zu stark belastet und eine Regelverletzung vermieden werden.

ASTRUM sorgt für Lösung

"Eine solche Planung ist zeit- und aufwendig, bietet eine unzureichende Unterstützung bei der Besetzungsübersicht, führt zu einem Mehraufwand an Arbeit und ist für die Kostenstellen- und Lohnabrechnung nicht zu gebrauchen", weiß Uwe Schilling, Werkleiter des Recklinghauser Entsorgungsbetriebs ESR. Sein Unternehmen erkannte das Manko und entschied sich dafür, dagegen vorzugehen. Das Personaleinsatzplanungssystem SP-EXPERT des Lösungsanbieters ASTRUM wurde eingeführt. Mit diesem ge-

lang es dem ESR, seine Arbeitszeitmodelle problemlos abzubilden, die Planung erheblich zu vereinfachen sowie darüber hinaus die Planer und die Personalabteilung zeitlich zu entlasten. Gerade letztere verbringt in kommunalen Betrieben meist viel Zeit damit, die Stundenabrechnungen der Mitarbeiter per Hand zu prüfen und in das Lohn- und Gehaltssystem einzugeben.

Ein solches Vorgehen bindet gerade an den Monatsenden die zuständigen Arbeitskräfte tagelang. Andere Tätigkeiten bleiben liegen und müssen in teuren Überstunden erledigt werden. Die richtige Software schafft hier Abhilfe und übermittelt die Daten innerhalb kürzester Zeit.

Parallele Zeitmodelle

Der Nutzen eines Personaleinsatzplanungs- und Zeitwirtschaftssystems endet nicht mit der Planung der Schichtdienste. Das Tool ermöglicht z.B. auch, die Vorplanung mit Vorschlagslisten zur kurzfristigen Besetzung unter Einbeziehung der Zeitwirtschaft zu verbinden. Zuschläge und Zulagen sind auf einen Blick ersichtlich. Zudem lassen sich verschiedene Arbeitszeitmodelle parallel verwenden.

Das System führt zu mehr Transparenz und Gerechtigkeit und damit zu einer fundierteren Kostenplanung, Kostenkontrolle sowie Kostenreduktion. Aus-

wertungen bieten den verschiedenen Ebenen kommunaler Betriebe die Garantie, stets bis ins Detail informiert zu sein und bei Bedarf rechtzeitig handeln zu können.

Langfristig planen

Es steht außer Frage, dass Softwareprojekte zunächst Kosten verursachen. Dies darf je-

Stadt Schweinfurt:

Mit neuer IT-Infrastruktur ins 21. Jahrhundert

Im Zuge der Modernisierung ihrer Verwaltung entschied sich die Stadt Schweinfurt zum Outsourcing ihrer gesamten IT-Infrastruktur. Die Deutsche Telekom übernahm als Systemleistungsdienstleister Aufbau und Betrieb einer zukunftsfähigen IT-Landschaft der Kommune.

Für das Outsourcing der IT-Infrastruktur der Stadt Schweinfurt konzipierte die Deutsche Telekom eine umfassende, maßgeschneiderte Komplettlösung aus den Produktbausteinen Desktop Services, T-LAN, Computing Services und einer ausgefeilten Call Center-Lösung auf der Basis des Systems Octopus CC 2000. Mit ihren Desktop Services bietet die Telekom Geschäftskunden ein modulares Service-Konzept von der Planung über die Implementierung bis zum Betrieb innovativer IT-Lösungen.

Computing Services - dieser Produktname steht bei der Telekom für den Betrieb der kompletten Informationsverarbeitung für Geschäftskunden oder der vom Kunden gewünschten Teilbereiche. Je nach Bedarf betreibt die Telekom Rechenzentren oder vernetzte Arbeitsplatzsysteme, stellt zentrale Anlaufstellen für IT-Anwender (User Help Desks) bereit und baut Kommunikationsnetze oder komplette Anwendungssysteme auf.

Mit der Call Center-Lösung Octopus CC 2000 bietet die Deutsche Telekom eine variable Systemplattform an, die Vertriebs- und Serviceaktivitäten in Abteilungen mit bis zu 100 Arbeitsplätzen optimal unterstützt.

Fünf-Jahres-Projekt

Das zunächst auf fünf Jahre angelegte Projekt der Stadt Schweinfurt umfasst ein Gesamtvolumen von 4,5 Millionen Euro. An der Umsetzung des Projekts sind die Telekom-Tochtergesellschaften DeTelLine, T-Service und T-Systems CSM beteiligt. Das Projektteam nahm im Januar 2001 seine Arbeit auf und erstellte einen Rollout-Plan zur Implementierung der Call Center-Lösung im Bürgerservice, zum Aufbau der neuen LAN/WAN-Struktur, zur Bereitstellung der PC-Arbeitsplätze sowie zur Durchführung der notwendigen Schulungsmaßnahmen für die Mitarbeiter in den Dienststellen. Mit der Inbetriebnahme der neuen Arbeitsplatzrechner im Oktober konnte der Projektplan auf die Woche genau eingehalten werden.

Die Deutsche Telekom richtete in der Stadtverwaltung Schweinfurt insgesamt 500 neue PC-Arbeitsplätze mit 185 Netzwerkdruckern und 70 Einzeldruckern ein. 40 aktive Netzwerkkomponenten wurden ausgetauscht und sieben Außenstellen, die bisher nicht eingebunden waren, wurden an das Netzwerk angeschlossen. Zusätzlich wurden insgesamt 40 sogenannte Fachverfahren neu installiert.

Im Februar wurde zunächst die Call Center-Lösung im Bürgerservice der Stadt Schweinfurt eingerichtet. Der Bürgerservice ist eine direkte Anlaufstelle im Rathaus, die Auskünfte gibt, Kontakte zu anderen Dienststellen knüpft und viele Verwaltungsaufgaben direkt vor Ort er-

ledigt - und das zu bürgerfreundlichen Öffnungszeiten. Das Call Center im Bürgerservice ist auf vier bis fünf Mitarbeiter ausgelegt und nimmt pro Monat mehr als 6.000 Anrufe entgegen.

Im Mai 2001 begann der Aufbau der komplett neu konzipierten LAN/WAN-Struktur mit einem redundanten Gigabit Backbone-Netz sowie des zentralen Rechenzentrums, das zunächst in den Räumen der Stadtverwaltung Schweinfurt verbleibt. Von Mitte August bis Ende September erfolgte der Austausch der Arbeitsplatzrechner, auf die sowohl die Windows-Standardsoftware als auch die Individualsoftware für die jeweilige Dienststelle aufgespielt wurden. Parallel dazu wurden die Daten und Anwendungen auf 250 Altrechnern unter Berücksichtigung der im öffentlichen Bereich geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen fachgerecht gelöscht.

Schließlich erfolgte der Aufbau einer User Help Desk-Struktur. Allen Mitarbeitern in den Dienststellen der Stadtverwaltung steht seit Inbetriebnahme der neuen IT-Infrastruktur unter einer freecall 0800-Nummer eine gebührenfreie Servicehotline zur Verfügung, über die Arbeitsplatzstörungen unbürokratisch behoben werden können.

Schließlich erfolgte der Aufbau einer User Help Desk-Struktur. Allen Mitarbeitern in den Dienststellen der Stadtverwaltung steht seit Inbetriebnahme der neuen IT-Infrastruktur unter einer freecall 0800-Nummer eine gebührenfreie Servicehotline zur Verfügung, über die Arbeitsplatzstörungen unbürokratisch behoben werden können.

Positive Resonanz

Werner Duske, EDV-Leiter der Stadt Schweinfurt, hebt die positive Resonanz der Dienststellen hervor, die mit dem neuen System arbeiten: "Die Möglichkeiten der schnelleren Rechner und die Stabilität des Systems wirken sich auf die Mitarbeiter sehr motivierend aus. Viele Kolleginnen und Kollegen haben bereits mehrere unserer Schulungsangebote wahrgenommen." Einen großen Vorteil sieht er darin, dass die Anwendungssoftware in der Hand der Stadtverwaltung bleibt und die Deutsche Telekom rund um die Uhr die Verfügbarkeit der technischen Plattform sicherstellt: "Unsere eigene EDV-Abteilung kann sich nun auf ihre Kernkompetenz konzentrieren und sich schwerpunktmäßig der Weiterentwicklung der Fachsoftware widmen."

„Die Stadt Schweinfurt hat das 20. Jahrhundert hinter sich gelassen und kann EDV-technisch mit innovativen Privatunternehmen gleichziehen“, resümiert Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser die bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Deutschen Telekom. Die Möglichkeiten des Bürgerservices sind für sie jedoch noch längst nicht ausgereizt. Sie könnten beispielsweise durch eGovernment-Lösungen ergänzt werden, die besonders für solche Kunden interessant sind, die häufig Dienstleistungen der Stadtverwaltung in Anspruch nehmen, etwa Autohäuser.

Gefahrstoff-Datenbank für Feuerwehren und Polizei

„Mit der flächendeckenden Herausgabe der neuen anwenderfreundlichen Software-Version der Gefahrstoffdatenbank 'CHEMIS' an Feuerwehren, Polizei und Gesundheits- und Umweltbehörden können die von Chemikalien und Gefahrgütern ausgehenden Gefahren schneller erfasst sowie effektiver analysiert und bekämpft werden“, betonte Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Vorstellung der vom Bayerischen Staatsministerium des Innern wesentlich mitentwickelten Software in Nürnberg. Die erste CD aus den Händen des Ministers erhielt dabei - stellvertretend für die bayerischen Anwender - der Leiter der Berufsfeuerwehr Nürnberg, Dipl.-Ing. Günter Bumiller.

Bei der Präsentation der neuen Version der Gefahrstoffdatenbank CHEMIS betonte Beckstein, seine persönliche Anwesenheit sei Ausdruck dafür, dass er die Optimierung der chemischen Gefahrenabwehr für unabdingbar halte. Den kommunalen Sicherheitsbehörden, also Gemeinden und Kreisverwaltungsbehörden komme dabei besondere Bedeutung zu, da der Schwerpunkt der Gefahrenabwehr und der Gefahrenprävention in deren Zuständigkeit liege. Welche Priorität der Minister diesem Aufgabenschwerpunkt zumißt, unterstreicht eine weitere Zahl: Von bundesweit 1.000 Anwendern von CHEMIS sitzen allein 350 in Bayern. Beckstein: „Wir haben deshalb die Überarbeitung der Software auf Bund-/Länderebene maßgeblich initiiert und vorangetrieben. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir unsere Anwender damit nachhaltig bei ihren schwierigen Aufgaben unterstützen können!“

Freigabe durch Code

Die Datenbank CHEMIS bietet Informationen zur Eigenschaft, zur Handhabung sowie zur Brand-, Gesundheits- und Umweltschädlichkeit für Stoffe, die in der Bundesrepublik Deutschland bzw. in der EU vermarktet werden. Derzeit sind in CHEMIS 15.000 Stoffe enthalten, allein 6.000 davon sind mit feuerwehrrelevanten Informationen und Einsatzhinweisen hinterlegt. Für die Benutzung der Software ist eine einmalige Freigabe durch einen speziellen Code erforderlich. Mit diesem Verfahren ist gewährleistet, dass nur berechtigte Nutzer aus dem Bereich der Gefahrenabwehr CHEMIS verwenden können und die erforderlichen Angaben über Gefahrstoffe und Gefahrgüter bundesweit einheitlich vorliegen.

Beckstein nahm aber auch den Bund ins Visier. Die vom Bund im Rahmen des Zivilschutzes zur Verfügung gestellten ABC-Erkundungsfahrzeuge stellen eine unverzichtbare Komponente im Rahmen der Gefahrenabwehr dar. Sie sind spezifisch zur Erkundung, Messung, Erfassung und Meldung auch von chemischen Stoffen ausgestattet. Beckstein: „Für die Feuerwehren stellen die ABC-Erkundungsfahrzeuge eine wertvolle Ergänzung bei Einsätzen mit gefährlichen Stoffen und Gütern dar. Deshalb erachte ich es für unumgänglich, die Fahrzeuge des Bundes auch mit CHEMIS auszustatten. Ich fordere deshalb Bundesinnenminister Schily auf, bundesweit umgehend die erforderlichen Maßnahmen hierfür zu ergreifen.“

Zum 50. Geburtstag von Harald Leitherer:

Reformorientierter Kurs für den Landkreis

Schweinfurt steht an der Spitze der Region

Wissen, Ideen und die Kraft, richtig Erkanntes durchzusetzen, sind für Harald Leitherer „Muss-Eigenschaften“ eines Landrats. Der Schweinfurter „Landkreisfürst“, der am 18. April seinen 50. Geburtstag feierte, vereint diese Stärken auf das Trefflichste. Am 16. Oktober 1994 wählten ihn die Bürger unter insgesamt vier Bewerbern bereits im ersten Wahlgang mit 54,9 Prozent der Stimmen zum Landrat. Bei seiner Wiederwahl am 15. Oktober 2000 wurde er in seinem reformorientierten Kurs für den Landkreis mit 66,4 Prozent der abgegebenen Stimmen eindrucksvoll bestätigt.

Harald Leitherer, studierter Rechtswissenschaftler, war bis zu seiner Wahl zum Landrat als Rechtsanwalt tätig. 15 Jahre lang fungierte er als Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Schwebheim und ebenso lange als Kreisrat im Landkreis Schweinfurt - davon fünf Jahre als Vorsitzender der CSU-Kreisfraktion.

Strukturwandel

Der dreifache Familienvater und passionierte Pfeifenraucher kann auf eine bislang äußerst erfolgreiche Amtszeit verweisen. Der Strukturwandel im Landkreis Schweinfurt hat längst begonnen, die Zahl der Arbeitsplätze hat sich erhöht, nirgendwo sonst in der gesamten Region ist die Arbeitslosenquote

niedriger als im Landkreis Schweinfurt. Neue Firmen siedeln sich an, der Landkreis kann mit dem höchsten Firmen-Gründungsüberschuss nach dem Landkreis Würzburg in Unterfranken aufwarten, große Investitionsvorhaben wurden durchgeführt.

Durch Umwandlung des Kreiskrankenhauses in die Geomed Klinik werden jetzt schwarze Zahlen geschrieben, die Einführung der pauschalierten Sozialhilfe wurde deutschlandweit zum Modell „Schweinfurt“. Nur so konnte die aktive Arbeitsvermittlung der Sozialhilfeempfänger im Landkreis eingeführt werden, die bereits zu erheblichen Einsparungen geführt hat.

Auch das Abfallwirtschaftssystem des Landkreises wird

von den Bürgerinnen und Bürgern hervorragend angenommen. Die Müllverwertung spart ihnen bares Geld und wurde entsprechend ein voller Erfolg - eine Tatsache, die laut Leitherer



Harald Leitherer.

sogar die Grünen neidvoll eingestehen mussten. Mit einem Wort: Der Landkreis Schweinfurt ist erfolgreich, liegt an der Spitze der Region.

Im Haushaltsjahr 2003 gehört der Landkreis Schweinfurt zu einer der wenigen bayerischen Landkreise, die den Kreisumlagesatz nicht anheben müssen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass in der Vergangenheit verantwortungsvoll mit den zur Verfügung stehenden Geldern umgegangen wurde, die Verschuldung um ca. 8 Mio. zurückgefahren werden konnte, weshalb Schweinfurt zur Zeit in diesem Bereich weit unter dem Landesdurchschnitt liegt, nämlich bei ca. 74 Prozent, im Schuldendienst sogar nur bei rund 60 Prozent des Landesdurchschnitts.

Verwaltungsreform

Sein besonderes Augenmerk setzt Harald Leitherer auf den seit 1999 laufenden Prozess der Verwaltungsreform. Dabei stellt die zum Juli 2002 in Kraft getretene umfassende Neuorganisation des Landratsamtes einen Meilenstein dar.

Mit dem neuen Organisations- und Geschäftsverteilungsplan ist es dem Landrat zuzugelungen, außerordentlich homogene Organisationseinheiten zu schaffen. Somit konnte der Grundstein für straffere Verwaltungsabläufe, kürzere Entscheidungswege, klarere Verantwortlichkeiten und eine weitere Optimierung der Arbeitsqualität gelegt werden.

Schlankere Struktur

Der Bürger kann das für ihn zuständige Sachgebiet wesentlich leichter erkennen als bisher. Der eine oder andere Weg ist entfallen. Zum Teil kommt es dadurch auch zu kürzeren Bearbeitungszeiten. Durch die Neuorganisation ist zudem die inter-

ne Struktur des Landratsamtes deutlich schlanker geworden.

Ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit im vergangenen Jahr war die Einrichtung eines Landkreisbehördennetzes, d. h. der Zusammenschluss der EDV-Systeme der Gemeinden mit dem des Landkreises. Damit wird den Gemeinden u.a. der Zugang zum größeren Bayerischen Behördennetz ermöglicht. Bis Mitte 2003 sollen sie alle angeschlossen sein.

Weichen auf Fortschritt

Auch in der Familienpolitik stellte Landrat Leitherer die Weichen auf Fortschritt: So schloss das Kreisjugendamt im vergangenen Jahr ein Fortbildungsprojekt seiner Mitarbeiter zur systematischen Unterstützung von Familien ab. Im Visier sind vor allem Familien, die bei der Erziehung ihrer Kinder in eine Krise geraten sind, die sie ohne Hilfe von außen nicht mehr bewältigen können. Hierbei sollen in erster Linie die Erziehungskompetenz der Eltern gestärkt und die Entwicklungschancen für die Kinder verbessert werden.

Neu für die Sozialarbeit im Jugendamt ist die konsequente Ausrichtung des Projektes an den Stärken und den Zielen der Familien und nicht - wie häufig noch Jugendhilfepraxis - die Orientierung an den Defiziten von Familien bzw. den Erwartungen des Beraters. Dieses Projekt ist bisher einmalig in Bayern und wird gerade wegen seiner hoffnungsvollen Ansätze vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen finanziell gefördert.

Als Schwerpunkt seiner zukünftigen Arbeit für einen

modernen Landkreis betrachtet der Jubilar neben einer massiven Stärkung seiner Wirtschaftskraft auch die Förderung der Kultur im Landkreis. Dass die beiden Themenbereiche durchaus Hand in Hand gehen, spricht verschiedene kulturelle Höhepunkte auch den Tourismus und damit die Wirtschaftskraft positiv beeinflussen können, ist für ihn eine besondere Herausforderung.

Tourismusregion

So könnten nach Leitherers Vorstellung die „Wernecker Schloßkonzerte“ mit dem Bau des „Teatro“ in Werneck dauerhaft etabliert und damit die Übernachtungszahlen gesteigert werden. Darüber hinaus plant der Landkreis mit dem 1. Internationalen Varieté-Festival, das möglicherweise in regelmäßigen Abständen wiederholt wird, ein eigenes, kulturelles Highlight zu schaffen, das die Bekanntheit für die Tourismusregion Schweinfurt-Land steigern und damit kreative Impulse für die Menschen, u.a. auch aus dem Landkreis, geben soll. Als Termin für das Varieté-Festival ist Juni/Juli 2004 geplant. **DK**

100 Jahre Wanderkarten des Frankenwaldvereins

Bad Steben (FR). Vom 25. April bis zum 11. Mai sind in der „Alten Trinkhalle“ von Bad Steben Wanderkarten des Frankenwaldvereins ausgestellt. Die Exponate reichen von der ersten Wanderkarte aus dem Jahre 1903 bis zur digitalen topographischen Karte. Weitere Auskünfte: Frankenwaldverein, Telefon 09282/3646.

Bayerischer Gemeindetag/Bezirksversammlung Oberbayern:

Die Zeit ist reif für massiven Druck!

Bei der Versammlung des oberbayerischen Gemeindetags in Aschheim, Landkreis München, ging es - wie könnte es anders sein - um das gähnend leere kommunale Finanzsäckel. Rudolf Heiler, Bezirksverbandsvorsitzender und Erster Bürgermeister der Stadt Grafing, wies darauf hin, dass zahlreiche Kommunen bereits im vergangenen Jahr ihre Verwaltungshaushalte nicht mehr hätten ausgleichen können und sich für heuer ein neuer Rekord in dieser Statistik abzeichne.

„Jetzt ist die Zeit gegeben, massiven Druck auszuüben. Dieser Druck muss von uns kommen - wir sind hierfür legitimiert - hierfür haben wir unseren Wählerauftrag“, betonte Heiler. Der Bayerische Gemeindetag habe zahlreiche Aktionen beschlossen - „Aktionen nicht um unserer Selbst willen, sondern in dem Sinne, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten, Märkten und Gemeinden sensibilisieren wollen, wie es um unsere Finanzen bestellt ist“.

Vorrangige Frage

Es gehe jetzt nicht um die alleinige Frage der Existenz von Gebietskörperschaften, um die Möglichkeiten, ob nun ein durchschnittlicher bayerischer Bürgermeister in seinem Rathaus mehr oder weniger Gestaltungsspielraum hat, oder er sich vielleicht fragen kann, wie gut er ist, bemerkte der Vorsitzende. Es gehe um sehr viel mehr. Die Frage sei die, „ob die Bürgerinnen und Bürger sehenden Auges Steuer- und Gebührenerhöhungen hinnehmen müssen, weil den Gemeinden kein anderer Ausweg verbleibt“.

Die Folgen der wirtschaftlichen Gesamtsituation, der völlig verschätzten Unternehmenssteuerreform der Bundesregierung ab 2001, des Grundsicherungsgesetzes, der anhaltenden Kofinanzierung der Deutschen Einheit auf hohem Niveau sowie der unberechtigten Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, die noch weiter ansteigen soll und „von der politischen Umsetzung her gesehen mit der Verfassung nicht vereinbar ist“, spotteten letztlich jeder Beschreibung, so der Bezirksvorsitzende.

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, hob hervor, dass die Bürgermeister den Rotstift in den Gemeinden nicht weiter zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger ansetzen könnten. Dringend sei den politisch Verantwortlichen in Bund und Freistaat zu verdeutlichen, dass dringend gehandelt werden muss. Es gehe nicht nur um die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch um die Zukunft des demokratischen Staatswesens, meinte Brandl.

Verschärfte Haushaltslage

„Die Städte, Märkte und Gemeinden befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik. Sie verlieren zunehmend ihre Handlungsfähigkeit und können ihre Leistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr erbringen. Drastische Einbrüche bei Steuereinnahmen und explodierende Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich, verschärfen zunehmend die Haushaltslage“, fuhr Brandl fort.

Vor diesem Hintergrund sei es notwendig, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, dass ein Umsteuern sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene erfolgen müsse. Brandl: „Wir müssen schleunigst aufhören, die Bürger zu verwöhnen.“ Für das lange gepflegte Anspruchsdenken sei kein Platz mehr, denn auch heute noch wohlhabende Gemeinden würden in Kürze dort stehen, wo die meisten heute schon angekommen seien.

Der Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, Dr.

Jürgen Busse, zeigte die Gründe für die kommunale Notlage auf: Zum einen gehe die Gewerbesteuer zurück, zum anderen stiegen die Kosten im Sozialbereich stetig. In den nächsten Jahren wachse der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter an, die Finanzlage bleibe desolat.

Bund und Land, so Busse, seien gleichermaßen in der Pflicht, die Gemeinden nicht pleite gehen zu lassen. Von der Bayerischen Staatsregierung fordere der Spitzenverband einen massiven Einsatz für eine unverzügliche Gemeindefinanzreform auf Bundesebene. Zudem müsse das Konnexitätsprinzip im Grundgesetz verankert werden. Auch wird gefordert, dass der Staat den Kommunen bei der Überwindung der finanziellen Notlage zur Seite steht und entsprechende Finanzmittel für notleidende Kommunen bereitstellt, damit auch diese Kommunen ihre Selbstverwaltungsaufgaben erfüllen können.

Sozialhaushalte entlasten

Vom Freistaat wird verlangt, sich weiterhin beim Bund für eine kurzfristige Entlastung der Kommunen, z.B. durch Senkung oder Abschaffung der Gewerbesteuerumlage, durch Aussetzung der Solidarumlage, oder aber durch Befreiung von der Flutopferhilfe, einzusetzen. Die Entlastung der kommunalen Sozialhaushalte sei zwingend notwendig. Die Staatsregierung werde aufgefordert, sich auf Bundesebene mit aller Kraft für eine Reform der Sozialhilfe einzusetzen. Außerdem müssten die explosionsartig gestiegenen Kosten der Kinder- und Jugendhilfe zurückgeführt werden. Auch erwartet man sich laut Busse, dass die Standards weiter abgesenkt und insbesondere im Förderwesen neue Spielräume gerade für finanzschwache Kommunen geschaffen werden. **DK**

Landratsamt Cham:

Mehr Bürgernähe durch elektronische Verwaltung

Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände bringen e-Government voran

Im Landkreis Cham wird nicht nur von elektronischer Verwaltung geredet. Für Landrat Theo Zellner ist es ein großes Anliegen, die modernen Technologien auch intensiv zu nutzen, um Verwaltungsvorgänge zu beschleunigen und für die Bürger und Unternehmen einfacher zu machen. Zellner: „Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen ein schnelleres und effektiveres Handeln der Verwaltung. Gerade im ländlichen Raum ist das ein bedeutender Standortfaktor.“

Der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Theo Zellner, ist sich mit seinem Kollegen vom Bayerischen Gemeindetag, Herrn Präsident Dr. Uwe Brandl, der bei der Präsentation dieser neuen Projekte in Wald auch anwesend war, darüber einig, dass zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger und zum Abbau von Reibungsverlusten

auf Verwaltungsebene die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den Landkreisen künftig noch intensiviert werden soll.

Erhebliche Vorarbeiten

Der Landkreis Cham hat dafür in den letzten Jahren erhebliche Vorarbeiten geleistet:

die Errichtung eines kommunalen Behördennetzes mit Anschluss an das Bayerische Behördennetz und die Entwicklung eines Systems, mit dem Verwaltungsvorgänge über das Internet abgewickelt werden können; konkrete Angebote zur Nutzung von elektronischer Verwaltung hat Landrat Theo Zellner im Beisein von Präsident Dr. Uwe Brandl (Bayerischer Gemeindetag) vor kurzem für die Bürgerinnen und Bürger freigegeben.

Zu dem schon bisher angebotenen umfangreichen Formular- und Informationsangebot unter www.landkreis-cham.de gibt es

jetzt auch die Möglichkeit, Kfz-Stillegungen und Änderung von Halteranschriften bei Wohnungswechsel innerhalb des Landkreises und bei Heirat „online“ bei der Heimatgemeinde vorzunehmen. In einem bayernweit erstmaligen Pilotprojekt wird dieser Service zunächst den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Furth im Wald und der Gemeinde Wald angeboten. Der Freistaat Bayern hatte zuvor mit der Änderung der Zuständigkeitsverordnung die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass diese staatliche Aufgabe von den kreisangehörigen Gemeinden erledigt werden kann.

Erstmaliges Pilotprojekt

Die entsprechenden Kfz-Papiere (Stillegungen/Neuer Kfz-Schein) werden direkt vom Bürgerbüro der Gemeinde ausgestellt. Ein Besuch im Landratsamt ist damit nicht mehr notwendig.

Schon jetzt möchte rund die Hälfte aller Kunden der Zulassungsstelle eine persönlich interessante Buchstabenkombination. Das Landratsamt Cham schaltete deshalb am 25. März auch die Wunschkennzeichenreservierung über das Internet

frei. Jeder Landkreisbürger, der über einen PC mit Internetanschluss verfügt, kann sich dann seine bei der Autonummer selbst aus allen freien Kennzeichen auswählen und reservieren. Auch dieser Service wird zu weniger Bürokratie beitragen, ist sich Landrat Zellner sicher.

Nutzung Geographischer Informationen

Zur konsequenten Optimierung der Organisationsstrukturen im Landkreis Cham übernimmt das Landratsamt für seine Kommunen und Zweckverbände seit Sommer 2002 die Aufgabe der Einführung eines Geographischen Informationssystem (GIS). Hierzu gehört in einem ersten Schritt die Bereitstellung von geographischen Basis-Informationen, wie sie beispielsweise die Digitale Flurkarte (DFK) und digitale Luftbilder (Orthophotos) der Bayerischen Vermessungsverwaltung darstellen.

Mit Hilfe des kommunalen Behördennetzes des Landkreises wurde für die Verwaltungsgemeinschaft Wald ein erster GIS-Prototyp realisiert, der sich bereits seit Anfang des Jahres

im praktischen Einsatz befindet. Er liefert landkreisweit dringend benötigte Informationen aus dem Bayerischen Flurstückskataster sowie grundlegende topographische Inhalte der Bayerischen Landesvermessung. Dieses GIS-Auskunftssystem ist ohne individuelle technische Erweiterungen auf alle Kommunalverwaltungen des Landkreises übertragbar. Der Einsatz soll ab dem 2. Quartal dieses Jahres Zug um Zug ausgebaut werden.

Zentraler Aufbau als entscheidender Vorteil

Der entscheidende Vorteil dieses Konzeptes liegt in seinem zentralen Aufbau. Das interkommunale GIS des Landkreises Cham (IGIS-Cham) wird zentral am Landratsamt geführt und erlaubt eine vereinheitlichte und zentral verwaltete Daten-Grundversorgung aller beteiligten Kommunen und Zweckverbände, wodurch wichtige Ressourcen im Landkreis gebündelt werden. Die angeschlossenen GIS-Partner erhalten dadurch Zugriff auf einen landkreisweit einheitlichen und stets aktuellen Geo-Datenbestand.

Strategische Personalentwicklung beim Landratsamt Lichtenfels:

Umfangreichere Aufgaben mit weniger Personal bewältigt

Landrat Reinhard Leutner hat im Zuge der aktuellen Haushaltsdiskussion auch die Entwicklung der Personalkosten bei der Landkreisverwaltung unter die Lupe genommen. Wie jeder Dienstleistungsbetrieb ist natürlich auch das Landratsamt personalkostenintensiv. Dementsprechend nehmen die Personalkosten neben der Bezirksumlage den zweitgrößten Ausgabeposten im Kreishaushalt ein. Beim Landkreis Lichtenfels zeigt sich ein außerordentlich erfreuliches Bild. Hierüber informierte der Landkreischeif in der letzten Sitzung die Mitglieder des Personalausschusses, die über den Stellenplan des Landkreises zu beraten hatten.

Die Personalkosten im Jahre 2002 bewegten sich mit rund 7 Mio. Euro fast exakt in der gleichen Größenordnung wie im Jahr 1994, d. h. die gesamten linearen Lohn- und Gehaltssteigerungen in diesem Zeitraum konnten aufgefangen werden. Zur Veranschaulichung: Allein im Jahr 2003 bewegen sich die linearen Personalkostensteigerungen in einer Größenordnung von rund 160.000 Euro. Auch die Zahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen wurde deutlich abgebaut. 1993 waren im Stellenplan noch 200 Vollzeitstellen ausgewiesen. Im Jahre 2002 waren es gerade einmal 157 Stellen.

Diese Zahlen belegen, so Landrat Reinhard Leutner, dass hier in den zehn Jahren seiner Amtszeit auch im personellen Bereich die Zeichen der Zeit erkannt worden sind und die vorhandenen Einsparungspotentiale konsequent genutzt wurden.

Strategische Personalentwicklung

Die vor einigen Jahren noch stark im Vordergrund stehende Personalverwaltung wurde in den letzten Jahren - verstärkt durch Überlegungen des neuen Steuerungsmodells - durch ganzheitliche Ansätze eines umfassenden Personalmanagements ergänzt. Die Personalentwicklung steht dabei im Spannungsfeld zwischen den Leistungsanforderungen, die seitens der Bevölkerung an einen modernen Dienstleistungsbetrieb gestellt werden einerseits und den Erwartungen, Bedürfnissen und Potentialen der Beschäftigten andererseits.

Mit Stolz erfüllt den Landrat die Tatsache, dass kontinuierliche Einsparungen realisiert wurden, obwohl auf die Landratsämter ständig zusätzliche Aufgaben zugekommen sind. Herauszuheben sind dabei u.a.: Die Eingliederung des Staatlichen Gesundheitsamtes und des Staatlichen Veterinärämtes in das Landratsamt.

Im Jahr 1999 wurde die Umweltschutzstation des Landkreises

Lichtenfels in Betrieb genommen.

Einrichtung der Kompetenzzentren Gesundheits- und Veterinärwesen, Ernährung und Verbraucherschutz.

Das Landratsamt Lichtenfels ist seit 01.01.2002 zuständig für die Heimaufsicht.

Zusätzlichen Arbeitsanfall gab es auch im Vollzug des Betreuungsgesetzes sowie durch die deutliche Zunahme im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe.

Das zum 01.01.2003 in Kraft getretene Grundsicherungsgesetz wird vom vorhandenen Personal zusätzlich erledigt.

EDV-Entwicklung

Die enormen Entwicklungen der vergangenen 10 Jahre im EDV-Bereich wurden ebenfalls ohne Stellenmehrung abgedeckt. Alle Mitarbeiter/-innen haben mittlerweile Zugang zum Bayerischen Behördennetz. Die gesamten Verwaltungsabläufe wurden durch die EDV deutlich beschleunigt. Überhaupt war die EDV-Entwicklung die Grundlage dafür, dass die vorhandenen Umstrukturierungen im personellen Bereich in dieser Form vorgenommen werden konnten.

Sozialverträgliche Lösungen

Besonders wichtig ist dem Landkreischeif die Feststellung, dass die getroffenen personellen Veränderungen der vergangenen 10 Jahre allesamt sozialverträglich abgewickelt wurden. Man hat also insbesondere auf die Altersfluktuation reagiert und die getroffenen Maßnahmen auch weitgehend mit den betroffenen Bediensteten und dem Personalrat abgestimmt.

Durch diese vorausschauende Personalpolitik war es möglich, dass beim Landkreis Lichtenfels bisher kein Einstellungsstopp verordnet werden musste. Auch ist man bei Neueinstellungen immer behutsam vorgegangen und hat nicht bei neuen Aufgaben kurzer Hand einfach zusätzliches Personal eingestellt. Dies belegt die niedrige

Personalquote bei der Landkreisverwaltung.

Der Landkreis Lichtenfels bildet seit Jahren seinen eigenen Nachwuchs sowohl im Beamten, als auch im Angestelltenbereich selbst aus. Gegenwärtig bietet der Landkreis (einschließlich Klinikum) mehr als 70 jungen Frauen und Männern mit einer qualifizierten Ausbildung die Grundlage für einen guten Start ins Berufsleben.

Teilzeitarbeitsplätze

Derzeit befinden sich beim Landkreis (einschließlich Klinikum) 240 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Teilzeitbeschäftigung. Dies entspricht einer Teilzeitquote von knapp 30 %. Im Jahr 1993 lag die Teilzeitquote noch bei 19 %.

Bei den Teilzeitbeschäftigten handelt es sich überwiegend um Frauen, die nach ihrer Rückkehr aus dem Erziehungsurlaub keine Ganztätigkeit mehr ausüben möchten, um ihre Kinder zu betreuen. Der Landkreis Lichtenfels bietet diesen Mitarbeiterinnen mittlerweile eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Teilzeitarbeitsplätzen an.

Altersteilzeit

Auch die Möglichkeit der Altersteilzeit ist mittlerweile zu einem wichtigen Faktor im Rahmen der Personalentwicklung geworden. Beim Landkreis Lichtenfels befinden sich derzeit 24 Mitarbeiter/-innen in Altersteilzeit. Grundlage ist der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit.

Nachdem die Altersteilzeitverhältnisse regelmäßig über einen Zeitraum von drei und mehr Jahren laufen, ermöglichen sie eine frühzeitige Personalplanung. Entsprechende Ausbildungsstellen können also rechtzeitig ausgeschrieben und besetzt werden. Diese Modelle wirken sich auch positiv auf den Kreishaushalt aus, weil die Übernahme von Auszubildenden auf solchen Stellen vom Arbeitsamt finanziell gefördert wird.

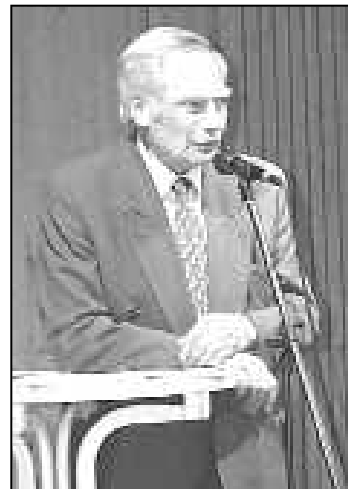
Der Personalausschuss des Landkreises hat den Vorschlag von Landrat Leutner positiv aufgenommen, gerade jetzt bei Beförderungen und Höhergruppierungen verstärkt auf das Leistungsprinzip zu setzen. Ein pauschal ausgesprochener Beförderungsstopp wirkt in einem modernen Personalentwicklungsprozess kontraproduktiv.

München:

Alt-OB Kronawitter feierte 75. Geburtstag

Georg Kronawitter, langjähriger populärer SPD-Oberbürgermeister von München, feierte am 21. April seinen 75. Geburtstag. Während seiner 15-jährigen Amtszeit von 1972 bis 1978 und 1984 bis 1993 galt der „rote Schorsch“ in seiner Partei als geschickter Populist und beim politischen Gegner als ein mit allen Wassern gewaschener Taktiker. Zu seinen wichtigsten kommunalpolitischen Leistungen zählt die Verlagerung der Münchner Messe nach Riem und der Bau des Gasteig-Kulturzentrums.

1928 im Landkreis Pfaffenhofen geboren, „baute“ der Bauernsohn auf dem zweiten Bildungsweg sein Abitur und studierte anschließend. Zwölf Jahre arbeitete Kronawitter als



Georg Kronawitter.

Foto: Jurksch

Lehrer, ehe er 1966 für die SPD in den Landtag einzog. 1972 gewann er als Nachfolger von Hans-Joachim Vogel erstmals die Oberbürgermeisterwahl in München.

Ausblick

Auch in den kommenden Jahren will Landrat Reinhard Leutner dieses Personalentwicklungskonzept konsequent fortführen. Für 2003 wurden bereits die Weichen gestellt:

Die Stelle des Kreisbaumeisters wird bis auf weiteres nicht neu besetzt. Hier setzt der Landkreischeif auf ein Team-Modell mit vorhandenem Personal.

Die Stelle des Hausmeisters bei der Korbfaehschule wurde eingespart. Diese Arbeiten werden jetzt vom Hausmeister des Landratsamtes miterledigt.

Auch im Verwaltungsbereich werden noch einige Stellen auf den Prüfstand kommen.

Im Streit mit dem linken Flügel der SPD scheiterte Kronawitter, der sich zeitlebens als Anwalt des kleinen Mannes verstanden hat, 1976 bei der Nominierung für eine zweite Amtsperiode. Erst 1984 gelang ihm mit der Ablösung von CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesel ein glänzendes Comeback. Dieses Erlebnis hat den Jubilar nach eigener Aussage in seinem politischen Leben am meisten gefreut.

Politischer Querdenker

1993 sorgte der nicht selten als Querdenker titulierte, passionierte Wanderer erneut für eine Überraschung: Mit 65 Jahren kündigte er kurzfristig seinen Rücktritt an, obwohl die Amtszeit noch drei Jahre lang gedauert hätte. Als Nachfolger schlug er den jetzigen Rathauschef Christian Ude vor. Für eine Legislaturperiode zog Kronawitter nochmals in den Landtag, 1998 ging er endgültig in den politischen Ruhestand. Seit her ist seine Frau Hildegard Abgeordnete im Münchner Maximilianium. **DK**

Zeichen der Zeit erkennen

„Wir stehen vor großen Herausforderungen“, so der Landrat, „weil natürlich auch die Qualität des Dienstleistungsbetriebs nicht leiden soll.“ Für den Landrat ist wichtig, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seiner Verwaltung die Zeichen der Zeit erkennen und dieser Veränderungsprozess auch vom Personalrat mitgetragen wird. „Wir stehen zwar nicht in unmittelbarer Konkurrenz zu anderen Landratsämtern, müssen aber unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wie ein Betrieb der freien Wirtschaft immer konkurrenzfähig bleiben“, so das Résumé des Landrats.

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kambuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen

Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Nicht nur blauer Dunst greift das Herz an, sondern auch heiße Luft.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las gerade wie jeden zweiten Montag im Monat die „Gemeindezeitung“, als ihm ein Artikel auffiel, wonach in einer amerikanischen Stadt die Zahl der Herzinfarkte um 60% zurückging, nachdem man überall das Rauchen verboten hatte.

Bezeichnenderweise heißt das Städtchen Helena - als ferne Assoziation an die Schöne der griechischen Sage ebenso wie an die gelben Zähne passionierter Raucherinnen. Dort hatte man radikal an jedem Arbeitsplatz - vom Büro bis zum Restaurant - das Rauchen untersagt und interessierte Medizinstatistiker haben flugs das Gebiet zum kardinalen Musterlande erklärt. Ob es wirklich nur der Bann des blauen Dunsts war, der Herzkrankheiten in Helena von einer Volksseuche in den



Tauschgröße vor der D-Mark: Die Zigarettenwährung. Und wenn mein Opa sich tüchtig belohnen wollte, wenn er etwa mit mir ganz doll geschaukelt hat, zog er sich mit einer „Amerikaner“ zurück, wobei nicht ein süßes Teilchen, sondern ein Glimmstengel aus Virginiatabak gemeint war. Und folgerichtig wurde der deutsche Wohlstand durch einen beleibten Herrn mit der unvermeidlichen dicken Zigarre versinnbildlicht. Ludwig Erhard sah ja wirklich wie das leibhaftige Schreckbild für einen Fitness- und Gesundheitsapostel aus.

Naja, ganz ehrlich stehe ich nicht so hundertprozentig auf Rauchen. Ich bin der Archetyp eines Schnorrers. Eine oder zwei Zigaretten an einem netten Abend oder im Café schmorchle ich mit Wonne, wenn ich sie angeboten bekomme. Mein Chef ist Sitzungs- und Interviewraucher. Während der Aschenbecher im Amtszimmer meist unbenutzt bleibt, zündet er sich gern in öden Palaverunden und bei Pressegesprächen ein Zigarillo an, damit die Hände was zu tun haben und es - anders als beim Spielen mit dem Kugelschreiber - nicht nach Nervosität ausschaut.

Also insgesamt stehen wir dem Rauchen eher passiv gegenüber. Dennoch ist es abzusehen, dass ein Stadtratsgeschäftlhuber das Thema aufgreift und einen Antrag auf Rauchverbote auch da stellt, wo sich bisher noch die Raucher in Nischen tummeln konnten. Fanny Bacher sucht ja immer ein Thema zum Profilieren. Aber auf dem heutigen Kalenderblatt steht etwas, das mein Chef, der Bürgermeister, ihr entgegenhalten könnte, wenn es hart auf hart kommt. Es ist ein Ausspruch von Thornton Wilder: „Wenn ein Mensch keine Laster hat, besteht die Gefahr, dass er seine Tugenden in Laster verwandelt“.

Heiße Luft und blauer Dunst in Helena

Status des exotischen Gebrechens gedrückt hat, werden die gleichen Statistiker sicherlich übers Jahr mitteilen, denn das strenge Verbot wurde mittlerweile aufgehoben.

Dennoch fasziniert immer wieder die Radikalität, mit der in den USA Problemen zu Leibe gerückt wird. Von der für den Geschmack des alten Europas manchmal zu konsequenten Außenpolitik will ich mal nicht reden. Aber stagnierendem Wirtschaftswachstum wird mit massiven Steuerenkungen begegnet und Phänomene wie dem Zusammenhang von Rauchen mit Krebs- oder Herzkrankheiten durch Rauchverbote quer durch die Staaten. Dabei gehört doch der GI mit der Chesterfield im Mundwinkel zur festen Ikonographie der Nachkriegszeit. Unsere Großeltern verdankten den gerollten Tabakstäbchen aus der Neuen Welt die erste stabile

the
Sabriul

Erstes Regionalforum:

„Kommunalpartnerschaften in Bayern“

Erstmals fand das Regionalforum Kommunalpartnerschaften, eine Veranstaltungsreihe, die das Bonner Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit seit November 2002 in verschiedenen Bundesländern anbietet, in Oberbayern statt. Im Wolfratshausener Rathaus ging es um aktuelle Informationen zur Europapolitik, um die Praxis der Partnerschaftsarbeit mit Erfahrungsaustausch, neuen Ideen und der Erläuterung der verschiedenen Förderprogramme.

Heinz Bröker, Wirtschaftsreferent in Wolfratshausen, eröffnete das Forum mit einem Bericht über die Partnerschaftsarbeit der Stadt. Er sprach über die seit 1970 bestehende Partnerschaft mit Barbezieux in Frankreich, ging dabei auf ihre Entstehungsgeschichte ein und berichtete ausführlich über vielfältigste Aktivitäten.

Entscheidende Bausteine

Dr. Gabriele Stauner, Wolfratshausener Europaabgeordnete, gab ihrer Überzeugung Ausdruck, dass die Förderung von Partnerschaften eine typisch europäische Aufgabe ist. Sie wies auf die große Bedeutung der Städtepartnerschaften für Europa hin und erklärte, dass gerade diese Arbeit entscheidende Bausteine für eine gemeinsame europäische Zukunft und gegenseitige Verständigung legt. Dies sei besonders wichtig angesichts der traurigen Tatsache, dass die allgemeine Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der EU abnimmt, fügte die Referentin hinzu.

Was den Konvent und seine Rolle im Hinblick auf die Zukunft der EU anbelangt, ging es vor allem um die Forderung nach einer Neuverteilung der Kompetenzen innerhalb der EU und somit eine Stärkung der Vertreter des EP, was jedoch momentan durch den Ministerpräsidenten nicht unterstützt wird. Ge-

fordert wird die Konzentration der Kernaufgaben auf europäische Kompetenzen und Förderungen, wobei hier der Schwerpunkt auf Umwelt und Bildung, insbesondere im Bereich Schul- und Universitätsaustausch, gelegt wird. So sollen Projekte wie Leonardo, Comenius oder Sokrates mehr gefördert werden, um die neue Generation besser und effektiver in die Gestaltung der Zukunft Europas einzubeziehen.

EU-Osterweiterung

Stichwort EU-Osterweiterung: Hier wurde die finanzielle Situation der EU ab 2004 erläutert und dabei unterstrichen, dass die alten Mitgliedstaaten keine Vorteile im Falle einer Erhöhung des Haushalts haben werden, da die neuen Beitrittsländer Geld für eine schnellere Entwicklung benötigen. Die Osterweiterung wird für die EU mit Problemen verbunden sein und auf Grund dessen große Umschichtungen sowohl fördertechnisch als auch bei den Strukturfonds erfordern. So werden Regionen, die bisher gefördert wurden, wegfallen und neue begünstigt werden. Und gerade die Partnerschaften werden an dieser Stelle umso wichtiger, denn sie helfen mit, Probleme zwischen den verschiedenen Nationen besser zu bewältigen und in der Bevölkerung herrschende Vorurteile ab-

zubauen. So wird der europäische Zusammenhalt gestärkt und das Ziel, ein gemeinsames Europa zu bauen, Schritt für Schritt weiterverfolgt.

Blasius Thätter, MdL, Europa- und Bildungsausschuss im Bayerischen Landtag, berichtete zunächst aus eigener Erfahrung über die seit 1973 existierende, besondere Partnerschaft zwischen seiner Stadt Dachau und Klagenfurt. Er sprach über Dachaus Schwierigkeiten, auf Grund seiner Geschichte eine Stadt zu finden, die bereit gewesen wäre, eine Partnerschaft einzugehen. Thätter hob hervor, dass im Rahmen von Partnerschaften entstandene und gepflegte Freundschaften derartigen Situationen besonders standhielten, da es sich hier um feste zwischenmenschliche Kontakte und nicht um nationale Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten handelt.

Offenes Jugendforum

Zu seiner Arbeit als Landtagsabgeordneter meinte Thätter, dass man sich dort zwar sehr viel mit unterschiedlichen europabezogenen Themen beschäftigte, der Bereich Partnerschaften jedoch wenig präsent sei. So werde dort der aktuelle Schwerpunkt auf den Konvent, die äußere Sicherheit Europas und ein funktionierendes Europa gelegt. Auf die Frage, ob grundsätzlich die Möglichkeit bestehen würde, ein offenes Jugendforum vom Landtag aus zu organisieren, meinte der Politiker, dass dies zwar nicht von seiner Person abhängig ist, er aber bereit sei, seine Hilfe anzubieten. Ein derart offenes Jugendforum würde Jugendlichen



Mobile Jugendverkehrsschule des Landkreises Weilheim-Schongau

Fa. Hoerbiger spendet Verkehrszeichenständer

In seiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender der Gebietsverkehrswacht Schongau konnte Weilheims Landrat Luitpold Braun (L) kürzlich 40 Verkehrszeichenständer für die mobile Jugendverkehrsschule des Landkreises Weilheim-Schongau entgegennehmen. Die Übergabe erfolgte durch den Vertreter der Fa. Hoerbiger, Charly Walter (r.). Die Aluminiumstative, die im Verkehrsunterricht der Kinder an den Schulen eingesetzt werden, dienen zur Aufnahme von Verkehrszeichen. Sie sind eine Spende der Fa. Hoerbiger und wurden im Ausbildungszentrum der Firma in Peiting im Rahmen der Ausbildung gefertigt. Über die Spende freut sich auch der Unterrichtsleiter der Jugendverkehrsschule Polizeihauptkommissar Franz Häubler.

„Neue Mitte Passau“ ist abgeseget

Der jahrelange Streit um die Neugestaltung der Passauer Innenstadt ist beendet. Drei Wochen nach Abschluss eines Architektenwettbewerbs hat der Stadtrat die Umsetzung des Siegerentwurfes eines Münchner Planungsbüros abgeseget.

300-Millionen-Projekt

Mit dem 300-Millionen-Euro-Projekt „Neue Mitte Passau“ sollen ab kommendem Jahr das Gelände der heutigen Nibelungenhalle sowie die angrenzenden Flächen neu gestaltet werden. Geplant ist, die insbesondere durch den Politischen Aschermittwoch der CSU bekannte Halle Anfang 2004 abzureißen. Ursprünglich sollte der Wiener Künstler André Heller das Gelände bebauen. Ende 1999 lehnte der Passauer Stadtrat allerdings das futuristische Konzept Hellers ab.

Konzerthaus als Zentrum

Zentrum des Innenstadt-Areals soll ein Konzerthaus für das Festival Europäische Wochen werden. Der Siegerentwurf des Büros Morpho-Logic aus München sieht vor, dass neben dem Kulturzentrum noch ein Hotel, ein Kino sowie ein Kaufhaus errichtet werden. Die Gebäude sollen um ein zentrales Forum herum angeordnet werden. KI

die Gelegenheit geben, sich über die Aufgabenbereiche des Bayerischen Landtags in Bezug auf Europa zu informieren und mit Mitgliedern und Abgeordneten über eigene Ideen und Projekte für ein gemeinsames Europa zu diskutieren.

Das Praxis-Programm wurde eröffnet durch den Bayerischen Jugendring, wobei die Erläuterungen zum EU-Programm Jugend im Mittelpunkt standen. In Arbeitsgruppen ging es um Themen wie „Belebung von Städtepartnerschaften“, „Interesse bei der Jugend wecken“, „Spezielle Förderprogramme für Partnerschaften mit Mittel- und Osteuropa“ oder die Versicherung bei Partnerschaftsreisen. Schließlich wurden die aktuellen Förderprogramme vorgestellt und erläutert, wobei insbesondere der Städtepartnerschaftsfonds der EU hinterfragt wurde. DK

Musik mit Feuerwerk im Jubiläumsjahr

Bayreuth (FR). Ein Leckerbissen für Freunde klassischer Musik wird am 31. Mai im Hofgarten Bayreuth die große Klassik-Openair-Veranstaltung anlässlich des Jubiläums „400 Jahre Markgräfliches Bayreuth“ und „250 Jahre Neues Schloss“ sein. Musik mit Feuerwerk ist der Titel dieses Konzertabends mit dem European Festival Orchestra unter Leitung von Wilhelm Keitel und Werken von Johann Strauß, Gioachino Rossini sowie der Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel. In prunkvollen Gewändern tanzen verzauberte Gestalten ein Menuett, erlesene Speisen und Getränke werden aufgetragen und ein grandioses barockes Feuerwerk erwartet die Gäste. Die Veranstaltung beginnt um 21.30 Uhr, Einlass ist ab 20.00 Uhr. Weitere Informationen: Kongress- und Tourismuszentrale Bayreuth, Luitpoldplatz 9, 95444 Bayreuth. Kartenreservierung: Telefon 0921/88532.

Regierung von Niederbayern setzt auf Nachhaltigkeit

Die Regierung von Niederbayern hat nicht nur eine eigene Umweltabteilung, sie geht im Umweltschutz selbst auch mit gutem Beispiel voran. Allein durch die fällige Erneuerung der Heizungsanlage im vergangenen Jahr konnten Einsparungen von 44.000 m³ Erdgas und 38.000 kWh Strom pro Jahr erzielt und der CO₂-Ausstoß um 112 Tonnen verringert werden. Die Verringerung des jährlichen CO₂-Ausstoßes durch die Sanierung der Heizungsanlage ist damit doppelt so hoch wie der Gesamtausstoß der 10 Dienstfahrzeuge der Regierung mit einer Laufleistung von insgesamt 500.000 km pro Jahr.

Diese eindrucksvollen Ergebnisse wurden kürzlich bei einer Sitzung der Nachhaltigkeitsgruppe der Regierung von Niederbayern vorgestellt, die unter Vorsitz von Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger tagte. Neben der Umweltentlastung und Kosteneinsparung durch die Sanierung der Heizung im Regierungshauptgebäude und durch Einsatz von Dieselfahrzeugen als Dienstwagen ging es dabei auch um die Reduzierung des Flächenver-

brauchs in der Bauleitplanung in Niederbayern.

Heizungssanierung

Baudirektor Ernst Weindorfer stellte die Heizungssanierung im Detail vor. Durch ein innovatives Versorgungskonzept mit Einsatz von Erdgas-Brennwertkesseln, moderner Regelungstechnik und Wärmerückgewinnung aus der EDV-Klimaanlage wurde eine umweltfreundliche und kostensparende Lösung in

die Praxis umgesetzt. Der eigentlichen Baumaßnahme folgte eine Optimierungszeit von rund drei Monaten, in der die moderne Anlage den konkreten Verhältnissen des denkmalgeschützten Regierungsgebäudes angepasst wurde. Resultat war nicht nur die Einsparung von Erdgas, Strom und CO₂ sondern auch ein beachtlicher wirtschaftlicher Effekt: Jährlich werden allein 23.000 Euro an Betriebskosten eingespart. Stellt man die jährlichen Einsparungen den einmaligen Kosten von 105.000 Euro gegenüber, ergibt sich eine Amortisationszeit von knapp über vier Jahren.

Dieseltreibene PKW's

Die Investition verdeutlicht eindrucksvoll, welche großen Kostensparpotenziale und Umweltentlastungseffekte bei der fachgerechten Sanierung von Heizungsanlagen möglich sind und widerlegt die oft vertretene Einstellung, Umweltschutz koste nur Geld.

Auch durch den Einsatz von dieseltreibenden Dienstwagen wurden im Vergleich zu Benzinfahrzeugen beträchtliche

Einsparungen erzielt: Insgesamt wird eine jährliche Minderung des CO₂-Ausstoßes um 22,7 Tonnen (25%) erreicht, an Betriebskosten werden pro Jahr 20.800 Euro (45%) eingespart.

Flächeneinsparung

Neben Verbesserungen im eigenen Haus befasste sich die Nachhaltigkeitsgruppe der Regierung mit Möglichkeiten der Flächeneinsparung in der Bauleitplanung. Klaus Hensold vom Landesamt für Umweltschutz betonte, dieses Thema stehe mittlerweile auch in der Agenda der Politik der Staatsre-

gierung ganz oben. Derzeit werde ein zwischen allen Ministerien abgestimmtes Konzept für die konkrete Umsetzung erarbeitet. Geplant seien außerdem Informationsveranstaltungen mit den Bürgermeistern in jedem Regierungsbezirk. Eine rege Diskussion der Alternativen speziell in Niederbayern schloss sich an. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass über allgemeine Appelle hinaus nur eine konkrete Schwerpunktsetzung in der kommunalen Bauleitplanung und die Vermittlung des Flächenspardankens an kommunale Entscheidungsträger wie auch an Planungsbüros zum Erfolg führe.

DK

Neuer Service in Hof:

Fahrräderverleih für Ausflüge

Mit Beginn der Sommersaison und rechtzeitig vor den Osterferien gibt es in Hof einen Fahrradverleih, der für Gäste wie Bürger der Stadt ein interessantes Angebot darstellt. „Das Besondere daran sind die ausgezeichneten Räder und die geplante Vernetzung mit einer ganzen Reihe von Verleihstationen“, erläutert Oberbürgermeister Dieter Döhla, der auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Saale-Radwanderweg ist.

OB Döhla: „Das Angebot der Firma „ferienfahrrad.de“ hat mich gleich begeistert, weil die Fahrräder einen sehr guten Eindruck machen und ein umfassender Service für die Anbieter vor Ort geleistet wird.“ Es sei deshalb nicht schwer gewesen, in Hof mit dem Hotel Maxplatz den

geeigneten Partner zu finden.

Erwachsene zahlen pro Tag 8 Euro, Jugendliche 6 Euro. Auch günstige Mehrtagesangebote oder ein Familienpreis stehen auf der Preisliste. Zunächst sind in dem Hof Hotel sechs Räder verfügbar. Das Kontingent kann aber jederzeit aufgestockt werden, wenn

Stellengesuch

Dipl.Ing. (FH)

Bauingenieurwesen, Qualitätsmanagement-Beauftragter TÜV, 30 J., im ungek. Arbeitsverhältnis, sucht interessantes Tätigkeitsfeld im Raum Unterfranken. **Chiffre GZ 09-025**

sich der Bedarf entsprechend entwickelt. Das ist auch kurzfristig möglich, wenn aufgrund der Reservierungen mehr Fahrräder benötigt werden. Die Firma bietet auch den Verleihstationen einen umfassenden Wartungsservice, so dass garantiert immer sichere und gut gepflegte Räder bereitstehen.

Komfort hat Vorrang

„Drahtesel“ wäre eine Beleidigung für die Aluräder, die mit einem tiefen Einstieg besonders bequem sind. Dem Komfort dienen auch die gefederte Frontgabel und die gefederte Sattelstütze. Die Sicherheitsausstattung umfasst Reflexreifen, Halogenbeleuchtung und eine Rücktrittbremse in der 7-Gang-Nabenschaltung. Natürlich ist das Rad in allen Details darauf ausgelegt, möglich alle Ansprüche von Gelegenheitsradlern zu erfüllen.

Selbstverständlich halten die Hoteliers Hannelore und Karl Helmut Ströbel auch Infomaterial über die Radwege vor und betonen, dass sich das Angebot nicht nur an Hotelgäste richtet. ☞

Vorschau auf GZ 10

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 10, die am 30. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- ◀ Umweltschutz
- ◀ Abfall • Recycling • Altlasten
- ◀ Wasserversorgung • Wasserentsorgung • Gewässerschutz